

Nr. 3 Sept. 2004
15. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Vernetzung als Organisationsform
des sozialen Lebens

Öffentlicher Sektor

Betrachtungen und Berichte

Ankündigungen und Initiativen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens (Christoph Strawe) S. 5

Öffentlicher Sektor: Public Public Partnership (C. Strawe) S. 15

Betrachtungen und Berichte

Wem gehört der Rationalisierungserfolg?
(Michael Rist) S. 19

Weltgeschehen und Dreigliederungsgedanken
(Hellmut Fischmeister) S. 20

Regulierung der Preise durch wirtschaftliche
Assoziationen (Stefan Reeder) S. 22

Statt Hartz IV Grundeinkommen für
alle (Michael Opielka) S. 26

Zum Genfer WTO-Abkommen (C. Strawe) S. 26

OECD-Bericht und Einheitsschule S. 27

Proeuropäisches Nein zur EU-Verfassung .. S. 27

Kenia: Wasserinitiative S. 28

BVG erklärt sich für unzuständig S. 28

Konferenz für alternative Wirtschaft S. 29

Ankündigungen / Initiativen

Überregionale Demonstration S. 30

EU-Verfassungs-Agenda 2009 S. 30

GLS-Akademie S. 32

Konferenz für alternative Medien S. 33

Veranstaltungen in Dresden, Cottbus,
Leipzig, Berlin, Dornach, Kehl S. 33

Umdenken - Umlernen S. 34

Literaturhinweise

Dietrich Spitta: Die Staatsidee Wilhelm
von Humboldts S. 35

Michael Opielka:
Gemeinschaft und Gesellschaft S. 35

Arbeitstreffen der
Initiative Netzwerk Dreigliederung S. 35

Seminar „Die Wirkung des
Doppelgängers im Sozialen“ S. 36

Arbeitstagung „Das Ringen um
eine soziale Geldordnung“ S. 36

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Dieser September-Rundbrief wird voraussichtlich viele Leserinnen und Leser erst Anfang Oktober erreichen. Für diese aus terminlichem Druck resultierende Verspätung bitte ich Sie um Nachsicht und hoffe, dass die Inhalte des Heftes etwas dafür entschädigen.

Ein Hauptthema ist die Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens unter dem Gesichtspunkt der überall zu entwickelnden Zusammenarbeit ohne Machtausübung. Horizontale statt vertikale Strukturen, periphere statt zentralistische Organisation, Verständigung statt Lenkung, Gliederung statt Teilung - das sind Elemente der Netzwerkbildung, mit denen wir heute lernen müssen umzugehen.

Im Anschluss an das Netzwerkkolloquium im Juli dieses Jahres geht es in einem weiteren Artikel um die Frage nach der Neustrukturierung des öffentlichen Sektors. Was ist die Alternative zur Kommerzialisierung? Welche Rolle spielt dabei eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Bereiche des Öffentlichen? Heißt „öffentlich“ gleich „staatlich“ und wenn nicht, welche anderen Formen des „Öffentlichen“ gibt es? Solche Fragen spielen hier eine Rolle.

Weiterhin stellen Michael Rist und Hellmut Fischmeister Betrachtungen zur Zeitlage an, Stefan Reeder untersucht in einem längeren Diskussionsbeitrag die Regulierung der Preise durch wirtschaftliche Assoziationen.

Auch finden Sie wieder eine Fülle von Berichten, zum Beispiel über die WTO-Rahmenverhandlungen in Genf und die Gründung eines „Netzwerks Grundeinkommen“, das eine Grundsicherung zugleich als Alternative zu Hartz IV sieht.

Besondere Beachtung erbitte ich für die dargestellten Initiativen, zum Beispiel zur europäischen Verfassungsentwicklung, und für die angekündigten Veranstaltungen, - darunter eine Konferenz für alternative Medien, eine Tagung in Stuttgart mit dem International Forum on Globalization, ein Seminar über die Wirksamkeit des Doppelgängers im Sozialen, eine Arbeitstagung über das Ringen um eine soziale Geldordnung und - last not least - ein Arbeitstreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung.

Ihr



Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Weitere Eskalation der Gewalt im Irak durch Anschläge, Entführungen und Ermordungen von Geiseln +++ Rebellenangriff in der russischen Teilrepublik Inguschetien fordert zahlreiche Todesopfer +++ Ein von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl erwirktes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts schränkt den Zugang der Öffentlichkeit zu Stasi-Akten ein +++ Vereinbarung zwischen Siemens und der IG-Metall über eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich im Gegenzug zur Sicherung von Standorten im Inland +++ Börsengang der Postbank +++ Überraschungssieger der Fußball-europameisterschaft in Portugal wird die Mannschaft Griechenlands +++ Einigung von Bundesregierung und Opposition im Vermittlungsausschuss über das so genannte Hartz-IV-Gesetz, das unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ab 1. Januar 2005 vorsieht. Langzeitarbeitslose müssen dann jede angebotene Stelle annehmen, auch wenn diese nicht dem früheren Beruf oder der Ausbildung entspricht +++ In einer Zeremonie in Bagdad übergibt US-Zivilverwalter Bremer die Macht an den irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi. Ex-Diktator Saddam Hussein wird der irakischen Justiz überstellt +++ Neuer EU-Kommissionschef wird der konservative bisherige portugiesische Premierminister Jose Manuel Durao Barroso. Der Amsantritt soll am 1.11. erfolgen +++ Der Oberste Gerichtshof der USA räumt Gefangenen von Guantanamo Bay das Recht ein, vor amerikanischen Gerichten gegen ihre Inhaftierung zu klagen. Die Bush-Regierung hatte dieses Recht verneint +++ Amsantritt des neuen deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler +++ Nach zähen Kompromissverhandlungen verabschiedet der deutsche Bundestag das neue Zuwanderungsgesetz +++ Senator John Edwards wird Vizepräsidentenskandidat der Demokraten +++ Der Internationale Gerichtshof in Den Haag erklärt in einem Gutachten den israelische Sperrzaun im Westjordanland für völkerrechtswidrig. Israel bestreitet die Zuständigkeit des Gerichts +++ Konflikt zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften wegen der Agenda 2010 +++ Tod des österreichischen Präsidenten Thomas Klestil zwei Tage vor Ende seiner Amtszeit, sein Nachfolger ist Heinz Fischer +++ In vielen Teilen der Welt ist der Lebensstandard heute niedriger als im Jahr 1990. Das geht aus einem Bericht der Vereinten Nationen hervor, demzufolge der Durchschnittsbürger in 46 Ländern der Welt heute ärmer ist als in den neunziger Jahren. Nach dem „Human Development Index“ (HDI), der sich vorwiegend über das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebenserwartung und den Bildungsstand der Bevölkerung errechnet, haben seit 1990 weltweit 20 Länder einen Entwicklungsrückschritt zu beklagen. Damit sei der Index in einer größeren Anzahl von Ländern gesunken als je zuvor, heißt es im Jahresbericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) +++

Festnahme des wegen Korruption und Steuerhinterziehung seit Jahren gesuchten ehemaligen CSU-Staatssekretärs Ludwig-Holger Pfahls in Paris durch das BKA +++ Die Wissenschaftler Bert Rürup und Eberhard Wille legen ein neues Modell zur künftigen Finanzierung der Krankenversicherung über eine Kopfpauschale vor +++ Vor dem Europäischen Gerichtshof setzt sich die EU-Kommission mit ihrer Forderung auf Einhaltung des Euro-Stabilitätspaktes gegenüber Deutschland und Frankreich durch +++ Flüchtlingsdrama vor Sizilien. Cap-Anamur-Chef Bierdel wird wegen „Begünstigung illegaler Einwanderung“ festgenommen +++ Präsident Jacques Chirac kündigt an, dass die Franzosen über die europäische Verfassung abstimmen dürfen, wahrscheinlich in der 2. Jahreshälfte 2005. Damit wird in 10 Ländern ein Referendum stattfinden. Die Bundesregierung lehnt ein Referendum nach wie vor ab +++ Die Welt-Aidskonferenz der UN in Bangkok fordert mehr Mittel zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit. Weltweit sind bereits 20 Millionen Menschen an Aids gestorben, weitere 38 Millionen sind infiziert +++ Tod der Schauspielerin Inge Meysel +++ Freisprüche im sogenannten Mannesmann-Prozess +++ Daimler-Chrysler einigt sich mit Betriebsrat und IG Metall über Einsparungen im Gegenzug zu Arbeitsplatzgarantien. Die Drohung des Konzerns mit Arbeitsplatzverlagerungen war von Teilen der Öffentlichkeit als erpresserisch kritisiert worden +++ Die Strauß-Tochter Monika Hohlmeier tritt als Bezirksvorsitzende der Münchner CSU nach Vorwürfen und Querelen zurück, bleibt aber bayrische Kultusministerin +++ In ihrem Abschlussbericht attestiert die Untersuchungskommission zum 11. September 2001 der US-Regierung und den Geheimdiensten schwere Versäumnisse vor den Anschlägen +++ Tod des Dirigenten Carlos Kleiber +++ Einigung bei der WTO in Genf auf ein Rahmenabkommen über die weiteren Verhandlungen auf der Grundlage eines Entwurfs der USA, der EU, Australiens, Brasiliens und Indiens +++ John Kerry wird wie erwartet als Präsidentschaftskandidat der Demokraten nominiert +++ Das Bundesverfassungsgericht erklärt die bundesweite Einführung der Juniorprofessur wegen Verletzung der Kulturhoheit der Länder für nicht rechtmäßig +++ Der Amerikaner Lance Armstrong gewinnt zum sechsten Mal die Tour de France +++ Tod des Politikers Wolfgang Ullmann. Ullmann war einer der Exponenten der Umbruchbewegung in der DDR und wirkte für Bündnis 90/Die Grünen u.a. im Europaparlament. Er stand den Ideen der sozialen Dreigliederung aufgeschlossen gegenüber +++ Tod von

IN EIGENER SACHE

Stand des Kostenausgleichs

Bis zum Redaktionsschluss waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) ca. 32.500 von geplanten 35.500 EUR eingegangen. 3.000 EUR bleiben also noch zu finanzieren. Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank.

* Bis 17. September 2004

Francis Crick, Mitentdecker der DNS-Doppelhelix und Nobelpreisträger + + + Neuer Streit um die Rechtschreibreform, nachdem „Spiegel“ und Springer-Verlag angekündigt haben, zur alten Rechtschreibung zurückzukehren + + + Terrorangst in den USA nach Warnungen der Behörden vor geplanten Anschlägen + + + Teilnahme von Bundeskanzler Schröder an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands gegen die deutschen Besatzer. In seiner Rede lehnt er Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebener an Polen ab + + + An die 500 Tote bei Brand in einem Einkaufszentrum in Paraguays Hauptstadt Asuncion. Der Geschäftsinhaber hatte nach Ausbruch des Feuers die Türen versperren lassen, um Plünderungen zu verhindern + + + Aus Gründen des Jugendschutzes wird in Deutschland eine Sondersteuer auf Alcopops sowie eine besondere Etikettierungspflicht eingeführt + + + Der Streit um die Agenda 2010 und speziell um die so genannten Hartz-IV-Gesetze spitzt sich zu. Insbesondere in den neuen Bundesländern lösen die Gesetze große Empörung aus. In zahlreichen Städten werden - in Anknüpfung an die Umbruchbewegung in der Endphase der DDR - „Montagsdemonstrationen“ durchgeführt, an denen sich Hunderttausende Menschen beteiligen. In der Folge beginnen solche Demonstrationen auch in den alten Bundesländern. Viele Menschen befürchten, dass Hartz IV zur Verarmung von Teilen der Bevölkerung führen wird. Kritisiert wird, dass Geringverdiener von Sozialkürzungen betroffen sind, während die Reichen nicht in die Pflicht genommen werden. Die Regierungskoalition beschließt Modifikationen beim ersten Auszahlungstermin und beim Kinderfreibetrag, beharrt aber auf der Notwendigkeit der Reform in allen wesentlichen Zügen + + + Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die im März an die Öffentlichkeit gegangen war, gewinnt an Zulauf. Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine kündigt seine Unterstützung der Initiative für den Fall an, dass es nicht gelinge, in der SPD einen Politikwechsel durchzusetzen + + + Tod des Historikers Wolfgang Mommsen + + + Olympische Spiele in Athen. Sie werden von zahlreichen Dopingfällen überschattet + + + Die USA wollen in zehn Jahren bis zu 70.000 Soldaten aus Europa und Asien abziehen + + + Eine von Premier Sharon favorisierte Koalition zwischen Likud- und Arbeitspartei scheitert am Widerstand einer Mehrheit des Likud + + + Einigung der irakischen Nationalkonferenz, die aus 1000 politischen und religiösen Vertretern des Landes besteht, über die Zusammensetzung des 100 Mitglieder umfassenden Nationalrats + + + Andauernde Gefechte zwischen der Miliz des Rebellenführers Muktada al-Sadr sowie US-Truppen und irakischen Sicherheitskräften in der Schiiten-Stadt Nadschaf. Schließlich gelingt dem als religiöse Autorität geltenden schiitischen Ajatollah al-Sistani, der zu einer Pilgerfahrt nach Nadschaf aufruft, eine Verhandlungslösung. Die Rebellen übergeben den Schlüssel der Imam-Ali-Moschee, in der sie sich verschanzt haben, an al-Sistani + + + Venezuelas Präsident Hugo Chavez wird in einem Referendum klar im Amt bestätigt. Wahlbeobachter bezeugen, dass die Abstimmung korrekt durchgeführt wurde + + + Börsengang der größten Internet-Suchmaschine Google + + + Tod des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Günter Rexrodt + + + Der

Absturz zweier in Moskau vom gleichen Flughafen gestarteter Passagierflugzeuge erweist sich als von Terroristen verursacht + + + Offizielle Berichte über die Folterungen im irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis enthalten schwere Vorwürfe gegen amerikanische Generäle und den US-Militärgeheimdienst + + + Nach einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamts wird die Kreditaufnahme von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen im laufenden Jahr den Rekord von vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen + + + Kunstraub in Oslo: Die Bilder „Der Schrei“ und „Madonna“ von Edvard Munch werden entwendet + + + Tod des Ökonomen Ota Sik. Sik war einer der führenden Exponenten des Prager Frühlings und lehrte nach seiner Emigration lange Jahre in St. Gallen + + + Tragödie in Nordossetien. Terroristen nehmen viele Hunderte von Menschen, darunter zahlreiche Kinder, in einer Schule als Geiseln, um den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien und die Freilassung inhaftierter Kampfgenossen in Inguschetien zu erpressen. Spezialeinheiten des russischen Militärs stürmen die Schule, es kommt zu einem entsetzlichen Blutbad, bei dem Terroristen auf fliehende Kinder schießen. Die Rede ist von bis zu 500 Toten. Die Gefühllosigkeit und Grausamkeit dieser Taten führt zu weltweitem Entsetzen, - ebenso wie das offensichtliche Scheitern der Politik Putins, Terror mit Staatsterrorismus zu bekämpfen. Später kündigt Putin Reformen des politischen Systems im Sinne einer radikalen Zentralisierung der Macht an. So sollen unter anderem die Gouverneure nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt werden + + + George Bush wird vom Parteitag der Republikaner wie erwartet als Präsidentschaftskandidat nominiert + + + Nach neuesten Plänen soll es jetzt doch keine Pauschale für Zahnersatz geben, sondern ein zusätzlicher Beitrag von 0,9 Prozent des Monatsgehalts soll zur Absicherung dienen. Ein Arbeitgeberanteil hierzu ist nicht vorgesehen. Die CDU lehnt den Plan ab + + + Verluste der SPD bei den Landtagswahlen im Saarland + + + Im Irak fällt der tausendste US-Soldat seit Beginn des Krieges im März 2003 + + + Der Hurrikan „Ivan“ fordert in Amerika zahlreiche Opfer und richtet Verwüstungen an + + + Anschlag in Jakarta + + + Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Geldstrafe von 21 Millionen Euro für die CDU wegen verdeckter Parteienfinanzierung für rechtens + + + Bundespräsident Köhler löst mit einer Aussage über das Wohlstandgefälle in Deutschland zwischen Nord, Süd, Ost und West eine heftige Debatte besonders in den neuen Bundesländern aus + + + Die aus 29 Ländern bestehende Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD kritisiert erneut das deutsche Bildungssystem. Die Rede ist von mangelnder Flexibilität, veralteten Schulstrukturen, zu geringen Bildungsausgaben und Akademikerzahlen. Verstärkt wird in Deutschland jetzt die Forderung nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems laut + + + Tarifkonflikt bei VW, der Konzern fordert über zwei Jahre eine Nullrunde beim Lohn, die IG-Metall will 4% und Arbeitsplatzgarantien + + + Der US-Verbraucheranwalt Ralph Nader darf nach einem Gerichtsentscheid als dritter Kandidat bei den Präsidentenwahlen am 2. November auch in Florida antreten + + +

Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens

Zusammenarbeit ohne Machtausübung - aber wie?

Zu diesem Thema fand vom 18.-20. Juni im Anthroposophischen Zentrum Kassel ein Seminar im Rahmen der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ statt. Die Referenten waren Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe¹, der hier eine konzentrierte Zusammenfassung wesentlicher Gesichtspunkte versucht.

VOM LINEAREN ZUM VERNETZTEN DENKEN²

In der Technik gehen wir heute ganz selbstverständlich mit Netzwerken um: Wir vernetzen die Computer lokal und weltweit im Internet. Im sozialen Leben wird ein wachsendes Bedürfnis nach „Vernetzung“ empfunden: Wo wir uns im Bemühen um sozialen Fortschritt miteinander vernetzen, da ist der Netzwerkgedanke primär nicht technisch gemeint, sondern man denkt an eine horizontale gleichberechtigte Form der Zusammenarbeit ohne Machtausübung, bei der verschiedene Menschen und Gruppen ihre Initiative einbringen können. Nicht umsonst dominieren heute in der Dreigliederungsarbeit Netzwerke wie z.B. die „Initiative Netzwerk Dreigliederung“ und das „Global Network for Social Threefolding“. - In der Ökonomie werden die „flachen Hierarchien“ beschworen, wobei viele eigentlich meinen, dass es keine Hierarchien traditioneller Art mehr geben sollte.

Aber wie macht man das - Zusammenarbeiten ohne Machtausübung? Das ist eine große Frage sowohl in der Selbstverwaltungspraxis als ganz allgemein im zivilgesellschaftlichen Engagement. Wer in der Praxis mit ihr umgeht, kennt auch die Gefahr der Rückfälle in altes Machtgebaren.⁴

„Vernetzung“ und „vernetztes Denken“ sind geradezu zu Modebegriffen geworden.³ Eine Quelle der Konzeption des „vernetzten Denkens“ ist die Kybernetik (vom Griechischen kybernetike: Steuermannskunst). Sie ist eine interdisziplinäre Wissenschaft, die sich mit Kommunikations- und Steuerungsprozessen in lebenden Organismen, Maschinen und Organisationen beschäftigt und deren Name 1948 von dem Mathematiker Norbert Wiener geprägt wurde. Die Kybernetik entstand aus Fragen, die im Weltkrieg bei der Entwicklung von „Elektronengehirnen“ und Bombenzielgeräten aufgetaucht waren. Um eine bestimmte Leistung zu erzielen, müssen Informationen und Rückkoppelungen vorhanden sein. Solche Selbstkorrekturmechanismen für Maschinen dachte man in Analogie zu Vorgängen in lebenden Organismus, insbesondere des höheren Nervensystems. Man begann schließlich, nach der Schaffung künstlicher neuronaler Netze zu streben.

So wurde die Hirnforschung zu einer Quelle der Konzeption des vernetzten Denkens.

Charakteristika der Neuzeit: Instrumentelle Vernunft, wachsende gesellschaftliche Komplexität (Pluralismus und Arbeitsteilung)

Den Gegensatz zum vernetzten Denken bezeichnet man als lineares Denken. Und der Übergang vom letzteren zum ersteren gilt als notwendiger Bewusstseinsfortschritt, um die Probleme der Gegenwart lösen zu können. Das Entstehen dieser Probleme ist mit der Entwicklung des linearen Denkens verknüpft. Die „instrumentelle Vernunft“ (Max Horkheimer), die in der Neuzeit die Beherrschung der Natur durch Wissenschaft und Technik in unerhörter Weise steigert, denkt in messbaren und berechenbaren Ursachen und Wirkungen, in linearen kausalmechanischen Verkettungen.

Zugleich ist diese neuzeitliche Entwicklung mit wachsender Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden: Die Ökonomie überzieht den Globus mit einem Netz von arbeitsteiligen Kooperationsbeziehungen. Wachsendes Selbstbewusstsein und Mündigkeitsbeanspruchung durch das einzelne menschliche Individuum führen zum Pluralismus und damit zu differenzierten Vernetzungen im kulturellen Subsystem der Gesellschaft. All das lässt das politisch-administrative Gebiet nicht unberührt.

Der Komplexitätsbegriff wird in der Wissenschaft im einzelnen unterschiedlich verwendet, eine gewisse Übereinstimmung herrscht aber doch darin, dass es sich um die „Existenz von vielen, voneinander abhängigen Merkmalen in einem Ausschnitt der Realität“ handelt, nicht wie bei bloßer Kompliziertheit um die hohe Anzahl der Elemente eines Systems.⁵

Die Theorie komplexer Systeme spielt in der heutigen Wissenschaft eine immer größere Rolle, weil sich immer deutlicher zeigt, dass lineare Ursache-Wirkungsketten die Realität nicht allseitig erfassen können, weil damit der gegenseitigen Abhängigkeit und Wechselwirkung der Erscheinungen nicht Rechnung getragen wird. Man nähert sich dem Lebendigen, indem man versucht, es als komplexes System zu beschreiben. Aber auch im Unlebendigen wirken im Sinne der Kybernetik komplexe Systeme, und damit bleibt fraglich, ob hier nicht immer noch ein Reduktionismus vorliegt.

Das Auftauchen des Begriffs „vernetztes Denken“ und seine symptomatische Bedeutung - Charakteristika vernetzten Denkens

Das Auftauchen der Forderung nach einer neuen Denkart ist gewiss kein Zufall. In den 50er und frühen 60er Jahren schienen die Möglichkeiten der instrumentellen Vernunft unbegrenzt. Das änderte sich Ende der 60er Jahre. Und es war vor allem die ökologische Frage, die zu einem Umdenken führte, weil das lineare Denken überall den Naturtod hervorzurufen drohte. 1972 veröffentlichte der Club of Rome seinen Bericht über die Grenzen des Wachstums. Man bemerkte nun, dass die Natur nicht ein willfähiges Objekt ist. Nachhaltigkeit in der einen Welt wurde ein neues Ideal, das dann zur Rio-Konferenz der UNO 1992 führte. 1970 veröffentlichte James Lovelock sein Buch über das „Gaia-Prinzip“ - so genannt nach der griechischen Erdgöttheit, der Urmutter Erde. In diesem Werk versuchte er, die Erde als lebendigen Organismus zu fassen. Unser Überleben, so Lovelock, hängt davon ab, dass wir ein richtiges Verhältnis zu Gaia gewinnen und ökologisch rücksichtsvoll handeln.

Forderungen nach einem ganzheitlichen Denken kommen auch durch die New Age Bewegung auf. Einer ihrer Vordenker, der Physiker Fritjof Capra, weist in der deutschen Ausgabe (1983) seines Buches „Wendezeit“⁶ auf die Ansätze eines ganzheitlich-ökologischen Denkens in der deutschen Geistesgeschichte hin, im Goetheanismus und im deutschen Idealismus. In Goethe und Hegel sieht er Vorläufer des heute sich seiner Meinung nach vollziehenden Paradigmenwechsels.

Es war Rudolf Steiner mit seiner Anthroposophie, der die Ansätze des Goetheanismus und des deutschen Idealismus aufgriff, entscheidend weiterbildete und zugleich als Pionier einer ökologischen Landwirtschaft und Begründer einer „sozial-organischen“, nicht-linearen Sozialwissenschaft hervortrat. Die Anthroposophie hat sicher mit dazu beigetragen, dass es zu dem charakterisierten Umdenkprozess gekommen ist. Gleichzeitig muss man nüchtern sehen, dass sich neue Gedanken vielfach auf anderen Wegen als dem der Beschäftigung mit der Anthroposophie gebildet haben und dass viele ihrer Ansätze immer noch wenig rezipiert werden.

Frederic Vester

Das Wort „vernetztes Denken“ als solches wurde vor allem durch Frederic Vester (1925 - 2003) populär. Manche nennen ihn gar den „Vater des vernetzten Denkens“. Vester trat als Verfasser zahlreicher fachwissenschaftlicher Publikationen auf den Feldern der Molekularbiologie, Biophysik und Forschungsplanung und als Sachbuchautor hervor. Er wurde Mitglied des Club of Rome. Ab 1970 leitete er die von ihm gegründeten Studiengruppe für Biologie und Umwelt Frederic Vester GmbH für interdisziplinäre Forschung, Publizistik und Beratung. Von 1981 bis 1989 war er Ordinarius für Interdependenz von technischem und sozialem

Wandel an der Universität der Bundeswehr München, 1989 bis 1991 ständiger Gastprofessor für Betriebswirtschaft an der Hochschule St.Gallen.

In seinem Buch „Leitmotiv vernetztes Denken - Für einen besseren Umgang mit der Welt“ widmet er sich der Frage, wie auf die tiefgreifenden Störungen unserer Lebenswelt zu reagieren sei. Diese entziehen sich linearem Entweder-Oder-Denken: Hungersnöte in den Entwicklungsländern trotz (oder wegen?) der „grünen Revolution“? Überschwemmungen und Berggrutsche trotz (oder wegen?) moderner Bachverbauung? Tschernobyl und Serienunfälle auf den Straßen trotz (oder wegen?) „High-Tech-Sicherheit“...? Durch vernetztes Denken soll ein isoliertes Behandeln der Symptome vermieden werden, weil die Wechselwirkung zwischen allen Einzelbereichen - Wissenschaft, Kultur, Umwelt und Wirtschaft - übergreifende Strategien notwendig macht. Ein wichtiges Prinzip ist hierbei etwa das der „negativen Rückkopplung“. Im Sinne der Kybernetik bedeutet dies Selbststeuerung durch Regelkreise anstatt ungehemmte Selbstverstärkung oder - nach dem Umkippen - Selbstvernichtung. Andere Stichworte sind z.B. Recycling und Symbiose. „Die Kunst vernetzt zu denken. Ein neuer Umgang mit Komplexität“ lautet ein anderer Buchtitel des Bestsellerautors (vgl. Kasten). Ein interdisziplinäres Denken in Zusammenhängen wird gefordert, denn die gesellschaftlichen Probleme kümmern sich nicht um die Grenzen der Disziplinen.⁷

Charakteristika vernetzten Denkens

„Es bedeutet die Abkehr vom einfachen Ursache-Wirkung-Denken und versucht, die komplexen Zusammenhänge zwischen Teilsystemen zu erfassen.“ (Peter Schweizer im Buch „Systematisch Lösungen finden“ im Text „Methodenüberblick“, 1999, auf Seite 30)

„Mit Vernetztem Denken meine ich ein Denken, das mehr berücksichtigt als einfache Ursache-Wirkungsbeziehungen. Vernetztes Denken umfasst folgende Fähigkeiten: - auch indirekte Wirkungen zu erkennen und zu beurteilen; - dabei insbesondere auch Rückwirkungen auf die Ursache (feedback loops) zu erkennen; - ganze Netze von Wirkungsbeziehungen aufbauen und verstehen zu können.“ (Günther Ossimitz im Buch „Entwicklung systemischen Denkens“ im Text „Theoretische Untersuchung zur Frage: Was ist systemisches Denken?“, 2000)

„Ich hoffe hinlänglich klargemacht zu haben, dass man das, was oftmals pauschal ‚vernetztes Denken‘ oder ‚systemisches Denken‘ genannt wird, nicht als eine Einheit, als eine bestimmte, isolierte Fähigkeit betrachten kann. Es ist ein Bündel von Fähigkeiten, und im wesentlichen ist es die Fähigkeit, sein ganz normales Denken, seinen ‚gesunden Menschenverstand‘ auf die Umstände der jeweiligen Situation einzustellen.“ (Dietrich Dörner im Buch „Die Logik des Misslingens“, 1989, im Text „Was tun?“ auf Seite 310)

Zitiert nach: „Beats Biblio Netz“, <http://beat.doebe.li/bibliothek/w00746.html>

Vom vernetzten zum gestaltenden - aktiv vernetzenden - Denken und Handeln

So bedeutungsvoll die Beiträge auch sind, die zur Entwicklung eines neuen Denkens von Menschen wie Vester geleistet worden sind, so lässt sich letztlich die Frage nicht umgehen, ob der Kontext, in dem dieses Denken betätigt wird, wirkliche Gestaltung zulässt, oder ob nur pragmatisch-technokratisches Handeln mit neuen Instrumenten ausgestattet werden soll. Wenn eine „Manager- und Beratersoftware“ namens „Heraklit“ (<http://www.vernetzt-denken.de>) verspricht: „Durch systemisches Management wird Ihr Unternehmen ‚Fit für die Zukunft‘, fragt man sich, ob mit einer solchen Anwendung das vernetzte Denken sein Potential wirklich ausschöpft.

Damit hängt die Frage nach Wesen und Methode des vernetzten Denkens zusammen. Die gesellschaftlichen Probleme können nicht durch die Denkart gelöst werden, aus der sie entstanden sind. Eine bloße Vernetzung fertiger Elemente wäre nur ein komplexere Form des Kombinierens. Das hilft vielleicht, sich in Situationen besser zurechtzufinden, aber zu einem tieferen Verständnis und einer Heilungsstrategie für die Krankheiten des sozialen Organismus ist es nicht ausreichend. Reduziert das lineare Denken Lebendiges auf Unlebendiges, so muss das vernetzte diese Reduktion vermeiden. Damit muss es sich aber über die bloße Kybernetik erheben und selbst in seiner eigenen Bewegung organisch-lebendig werden. Ein solches Denken muss von der Logik des Raumes zur Logik der Zeit aufsteigen, denn alles Lebendige entfaltet sich in der Zeit, bildet Metamorphosen. In Hegels dialektischer Form der Begriffsentwicklung, in Goethes Methode der anschauenden Urteilskraft haben wir Ansätze zu einem solchen Denken vor uns. Erkenntnistheoretisch unternahm Rudolf Steiner den Versuch, zu zeigen, dass wir im gestaltenden Denken nicht eine äußere Wirklichkeit abbilden. Das Denken ist in sich vernetzt und bringt in der Vernetzung der Einzelwahrnehmung deren geistiges Band selbst zur Erscheinung.

Selbstverwaltungsgedanke und Organismus-Begriff

Es geht um das Verständnis des gesellschaftlichen Gefüges. Besteht die Gesellschaft aus - wie auch immer komplexen - gesellschaftlichen Regelkreisen, die automatenhaft wirken, oder ist sie ein lebendig sich Entwickelndes, in dem die Selbstregelung durch die Akteure selbst erfolgen kann, weil das gesellschaftliche Netz offen ist für die Selbstverwaltungskräfte der Beteiligten? Anders gewendet: müssen wir den Menschen aus unserem Kategoriensystem herauswerfen, um die Gesellschaft zu verstehen, oder müssen wir umgekehrt die gesellschaftlichen Verhältnisse und das menschliche Verhalten miteinander in Beziehung setzen, um Gesellschaft zu verstehen? Die Systemtheorie behauptet

vielfach das Erstere und negiert das Letztere. Anstelle der „verbreiteten Vorstellung, ein soziales System bestehe, wenn nicht aus Personen, so doch aus Handlungen“ setzt etwa Niklas Luhmann eine neue Umkehrungsfigur: „Sozialität ist kein besonderer Fall von Handlung, sondern Handlung wird in sozialen Systemen über Kommunikation und Attribution konstituiert als eine Reduktion der Komplexität, als unerlässliche Selbstsimplifikation des Systems“. Wird „alltagsweltlich Handeln auf Individuen zugerechnet“, so kann für Luhmann ein „so stark unrealistisches Verhalten [...] nur von einem Bedarf für Reduktion von Komplexität erklärt werden“.⁸

Das geforderte „Management der Komplexität“⁹ kann nicht im Eingriff von außen liegen, sondern nur in der Herstellung der Bedingungen dafür, dass sich die sozialen Prozesse von innen, durch Selbstverwaltungsorgane und damit durch die Verantwortungskräfte der beteiligten Menschen selber fassen können. Es geht um die Einsicht, dass individuelle soziale Erkenntnis an eine Grenze kommen muss, jenseits derer kommunikatives Handeln greift, das nicht auf dem Einzelurteil, sondern auf dem Zusammen-Urteilen von einzelnen beruht. Wir sprechen vom sozia-

„Die Kunst, vernetzt zu denken“

„Die Optimierung der Überlebensfähigkeit ist ein wichtiges Prinzip der Natur“, betonte Vester. Den Schwerpunkt seiner Club of Rome-Mitarbeit legte er daher auf den Systemansatz und „die neuen Möglichkeiten, mit ‚unscharfer Logik‘ Komplexität besser zu erfassen.“ [Fuzzy Logic] Und „wieder mehr Publizistik“, meinte er „täte dem Denkerzirkel auch nicht schlecht, weil es schließlich um die Schaffung von Bewusstsein geht, wenn unsere Zivilisation durch Destruktion der sie tragenden Ökosysteme nicht wie ein Krebsgewebe scheitern soll, das mit dem Wirt auch sich selbst vernichtet.“

So lag es nahe, dass er sein 1999 erschienenes Buch *Die Kunst, vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität* um neue Kapitel und Fallstudien zur Komplexität der Genmanipulation, Kernenergie, kybernetischer Medizin und Terrorprävention erweiterte, so dass es im Frühjahr 2002 als Bericht an den Club of Rome erschien. Es wurde vom deutschen Buchhandel zum „Sachbuch des Monats“ gekürt.

Inzwischen haben Konzerne wie IBM und Siemens Vesters Methoden teilweise übernommen, hat die Wirtschaftshochschule in Köln ein biokybernetisches Controlling entwickelt. Daimler-Benz, die Hoechst AG, Sachversicherungen, Ministerien und immer mehr Universitätsinstitute arbeiten mit dem von Frederic Vester entwickelten Sensitivitätsmodell, einem computergestützten Instrumentarium für den Umgang mit komplexen Systemen.

Dennoch ist die Studiengruppe für Biologie und Umwelt nie über zehn Mitarbeiter hinaus gewachsen und arbeitet im Bedarfsfall mit freien Mitarbeitern zusammen. Hauptkriterium für die Übernahme von Aufträgen: „Sinnliche Bejahung des Lebens.“

Aus: Jürgen Streich, <http://www.aussichten-online.de/vester.html>

DIE ZEHN GESETZE DER NETZE

Michael Gleich im Buch „Web of Life“ (2002), nach <http://beat.doebe.li/bibliothek/w00029.html>

Ein Netz

ist die Verbindung vieler Lebewesen zu einer neuen, funktionierenden Einheit. Lebewesen sind die Knoten eines Netzes. Es besitzt Eigenschaften, die auf der Ebene seiner Knoten noch nicht existieren. Diese neuen Qualitäten entstehen durch die Zahl und die Anordnung der Knoten und vor allem durch die Interaktion zwischen ihnen.

Netzgesetz Nr. 1: Komplexität

Lebende Netze bestehen aus vielen Komponenten, die untereinander agieren und reagieren. Auf Impulse von außen antworten, aufgrund der Verflechtung nicht einzelne Knoten, sondern ein ganzes Ensemble. Dadurch lässt sich das Verhalten eines Netzes schwer voraussehen und kontrollieren.

Netzgesetz Nr. 2: Nichtlinearität

Aufgrund von zahlreichen inneren Wechselwirkungen zeigen Netze nichtlineares Verhalten, das heißt, Ursachen und Wirkungen stehen nicht in proportionalem Verhältnis. Durch positive Rückkopplung können sich kleine Ereignisse folgenreich aufschaukeln.

Netzgesetz Nr. 3: Emergenz

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Dieses „Mehr“, die neue Qualität, entsteht durch die jeweilige Art der Vernetzung. Sie erzeugt höhere Komplexität aus vielen einfachen Komponenten. So wächst das Einzelne über sich selbst hinaus. Mehr ist anders.

Netzgesetz Nr. 4: Lernfähigkeit

Netze sind in der Lage, ihre Stabilität zu bewahren, während sie auf Veränderungen und Impulse der Umwelt reagieren. Bei Störungen von außen verändern sie das Muster ihrer Verschaltung. Je komplexer, desto mehr Optionen für den Wandel.

Netzgesetz Nr. 5: Selbstorganisation

Komplexe, nichtlineare Systeme können sich aus eigener Kraft strukturieren und Stabilität gewinnen. Die interagierenden Elemente handeln nach einfachen Regeln und erschaffen dabei aus Chaos Ordnung, ohne eine Vision von der gesamten Entwicklung haben zu müssen.

Netzgesetz Nr. 6: Chaos

Lebende Netze bewegen sich in einem kritischen Phasenübergang zwischen Chaos und Ordnung. Dort finden sie Kreativität und Stabilität in optimaler Mischung. Am Rande des Chaos ringen sie um ein Fließgleichgewicht, das innovationsfeindliche Erstarrung ebenso hindert wie krisenanfällige Anarchie.

Netzgesetz Nr. 7: Robustheit

Rechnen, Denken und Handeln verteilen sich in Netzen auf eine Vielzahl von Komponenten. Wichtige Funktionen sind redundant, das heißt mehrfach angelegt. Versagt ein Teilsystem, springen andere ein. Das System duldet kleine Fehler, um große zu vermeiden.

Netzgesetz Nr. 8: Symbiosen

Bündnisse zu wechselseitigem Nutzen sind eine Form von Vernetzung, bei der die Partner gemeinsam gewinnen und verlieren, gleichzeitig lernen und lehren. Symbionten können aber auch zu Parasiten werden und umgekehrt. Das Auftreten von Schmarotzern stimuliert oft eine Koevolution von Fortschritten.

Netzgesetz Nr. 9: Diversität

Netze vereinen die verschiedensten Varianten, Charaktere, Funktionen, ohne deren Unterschiede zu nivellieren. Hohe Vielfalt erschafft ein Mehr an Möglichkeiten, flexibel auf Umweltveränderungen zu reagieren.

Netzgesetz Nr. 10: Small World

Obwohl selbstorganisiert, verknüpfen sich lebende Netze nicht nach dem Zufallsprinzip. Sie zeigen immer ähnliche Muster: Eine kleine Zahl von Knoten ist hochgradig, der überwiegende Teil gering vernetzt. Die inhomogene Struktur wirkt stabilisierend, denn zufällige Ausfälle treffen mit hoher Wahrscheinlichkeit gering vernetzte Knoten. Das System funktioniert weiter.

len Organismus eben deshalb, weil er das von den Menschen zu gestaltende soziale Beziehungsgefüge darstellt. Das Netzwerkproblem entzieht sich dem Modelldenken, es ist nur aus der Beteiligung, nicht aus der Distanz heraus zu verstehen. Die Dreigliederung des sozialen Organismus ist die Frage nach den struktu-

rellen Bedingungen der Gestaltbarkeit des sozialen Lebens. Menschen müssen das Netzwerk ihrer Beziehungen immer neu ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten gemäß knüpfen können.

CHARAKTERISTIKA DER VERNETZUNG¹⁰

Die ganze Welt ist ein Netzwerk, in dem alles mit allem in einer Beziehung steht und in dem mit fortschreitender Evolution die Eigenaktivität und die Eigenintentionen der beteiligten Elemente eine immer größere Rolle spielen. In der Geschichte des sozialen Lebensnetzwerks sehen wir den Umschlagpunkt, den wir mit dem Begriff der Individualisierung bezeichnen. Die Mündigkeitsbeanspruchung durch den einzelnen Menschen bedeutet ein sich Herausarbeiten aus der Verstrickung in vorgefundene Netze, die als Fesselung erlebt werden. Jetzt gilt es, neue Netze zu knüpfen. Aber das wird zunächst zum Problem: Denn der einzelne wird jetzt tendenziell eine Monade, ein Ganzes für sich. Ein Zusammenhang will sich nur noch additiv herstellen, in der Ökonomie aus dem Resultat der aus betriebswirtschaftlichem Einzelbewusstsein gesteuerten Handlungen. Die nötige bewusste Vernetzung im Hinblick auf das Ganze kann nur durch horizontale Verständigung der peripherischen Elemente gelingen, nicht durch zentralistisch-vertikale Organisationsstrukturen. Sonst würde nur ein Gedankenkonstrukt, wie die Welt zu sein hat, dem Leben von oben übergestülpt.

Der Primat der Gemeinschaft vor dem einzelnen, die alte bindende Form des „Eingeknotet-Seins“ der Menschen in gegebene Netzwerke, die aus einem Zentralbewusstsein heraus geordnet wurden, hat sich überlebt. Ihre Notwendigkeit in der Menschheitsvergangenheit muss damit nicht bestritten werden, mussten die Menschen doch erst jenen Grad an individueller Selbstständigkeit erreichen, der das Zentrum in jeden einzelnen verlegt. Heute jedoch muss Hierarchie sich auflösen, an die Stelle des Machtprinzips muss das Prinzip der verantwortlichen Eigenaktivität treten. Dem Menschen diese zuzutrauen, heißt nicht, ihn für vollkommen zu erklären. Wohl aber heißt es, ihn als Werdenden und Entwicklungsfähigen zu sehen. Alles andere wäre mit der Menschenwürde nicht vereinbar.

Die neuen Netzwerke sind „Aktivnetzwerke“, nicht „Passivnetzwerke“ wie die alten. Sie sind notwendig polyzentrisch, während die alten zentralistisch waren. Die Handhabung solcher neuer Formen verlangt ein hohes Maß an sozialer Technik. Immer besteht die Gefahr der Rückentwicklung in den alten Zentralismus. Man muss gewissermaßen immer wieder dagegen ankämpfen, dass sich ein Zentrum neu bildet, das dann sogleich besetzt würde und oft auch oft besetzt wird - von einzelnen oder Gruppen, die in Anspruch nehmen, „das Sagen zu haben“.

Heißt das Gesagte, dass es überhaupt kein Zentrum-Peripherie-Verhältnis in den neuen Netzwerken gibt? Es gibt ein solches Verhältnis, aber nicht mehr in der Form, dass Menschen im Zentrum stehen und Weisungen erteilen. Im Zentrum einer modernen Arbeitsgemeinschaft steht die Aufgabe. Auf diese müssen *alle* hinblicken. Aus dem Aufgabenbewusstsein entwickelt sich individuelle Verantwortlichkeit immer neu. Ganzheit entsteht in einem Netz, in dem Aufgabenbewusstsein gepflegt wird, dann als Wirklichkeit, nicht als Abstraktion.

Freie Gemeinschaften geben sich selbst den Inhalt, suchen ihr „Leitbild“. Ein Leitbild muss beweglich sein, ohne dadurch schwammig zu werden, offen, ohne dadurch beliebig zu werden. Ein Leitbild ist kein umzusetzender Standard, sondern ein Inspirationsquell für freie Handlungen.

Autonomie und Selbstverwaltung sind gedeckt durch die in den Verfassungen garantierte Vertragsfähigkeit des mündigen Menschen. Das Recht muss sich heute dahingehend wandeln, dass es eine Art Sperre gegen den Rückfall in den Unrechtszustand bildet. Gemeinschaft und Staat dürfen jedoch nicht mehr Genehmigungsinstanz der Inhalte sein. Davor gibt es immer noch die alte Angst, die Gesellschaft müsse zusammenbrechen, wenn jeder mache, was er wolle - als hätte eine vormundschaftliche Ordnung noch eine Lebensperspektive!

Es gibt heute vielfältige Suchbewegungen nach einem neuen Ganzheitsbewusstsein. Die Frage nach Öko- und Sozialbilanzen gehört hier hin, auch das Aufkommen des Begriffs des Stakeholder Value anstelle des Shareholder Value, des Gewinns der Aktionäre. Der schwer übersetzbare Stakeholder-Begriff lenkt den Blick auf die Gesamtheit der Betroffenen und des Umfeldes, auf das sich die Arbeit eines Unternehmens auswirkt. Stakeholder-Value-Orientierung meint Sozialbindung der Ökonomie.

Damit Gesamtbewusstsein entstehen und gelebt werden kann, braucht es Begegnungs- und Beratungsorte sowie Begegnungsformen - in der Institution und überinstitutionell -, und das heißt, es braucht „Sozialzeit“ neben Arbeitszeit und Freizeit. Notwendig ist dabei, über den Tellerrand der eigenen Organisation hinausblicken zu lernen. Denn es geht um das Wachwerden für das eigene Drinnenstehen in der Welt: für das, was ich als einzelner anderen verdanke, für den großen überbetrieblichen Zusammenhang, in dem eine Organisation steht.

Aber vielfach wirkt auch noch die Angst, durch neue Netzwerkbildung in seiner „Freiheit“ eingeschränkt zu werden. Man fürchtet Selbstbegrenzung, Rücksichtnahme usw. Es ist die Angst davor, aus dem Punktbewusstsein herauszutreten - in dem das Ich bzw. die eigene Organisation den Mittelpunkt bildet - und verobjektivierende Gesichtspunkte in das eigene Handeln aufzunehmen, das gerade dadurch jedoch erst wahrhaft frei und schöpferisch werden kann. Freiwillig will keiner loslassen, und so geschieht notwendiges Loslassen dann nicht im unternehmerischen Handlungsstrom, sondern erzwungen durch den Bankrott.

Um das Heil des Ganzen zu bewirken, reicht es nicht, soziale Gesinnungen zu haben, sondern es müssen - wie Rudolf Steiner 1904/05 in seinen Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ eindrücklich unterstreicht - entsprechende Einrichtungen geschaffen werden: Verantwortung kann zwar nicht erzwungen werden, aber Einrichtungen müssen sie ebenso fördern, wie sie gleichzeitig die Verantwortungslosigkeit nicht begünstigen dürfen.

DIE ERNEUERUNG DES VERBANDS- WESENS UND DIE ÜBERWINDUNG DES STÄNDISCHEN DURCH VERNETZUNG¹¹

Neue Formen müssen immer aufs neue mit Leben erfüllt und dabei weiterentwickelt werden, wenn sie nicht neue Hemmnisse hervorrufen sollen. Dieses Problem zeigt sich im Verbandswesen auf besondere Weise, im Umfeld der Anthroposophie z.B. in der Waldorfschul-, der Demeter- und der heilpädagogischen Bewegung. Ein Verband ist zunächst eine soziale Form, die auf Interessensverstärkung hinausläuft. Der Verband vereint Menschen mit gleichen Interessen, oft mit gleicher beruflicher Ausrichtung. Das unterscheidet Verbände von Organisationsformen, die dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen dienen, z.B. Zusammenarbeitsorgane von Produktion, Handel und VerbraucherInnen.

Historisch entwickelt sich dieses (Berufs-)Verbandswesen aus dem Ständischen. Ärzte, Beamte, Architekten, Steuerberater, Anwälte usw. bilden heute noch „Standesorganisationen“ mit eigenen Honorarordnungen usw., wenn auch die neoliberale Welle die Tendenz mit sich bringt, das Tätigkeitsfeld dieser Berufszweige weitgehend nach und nach in ganz gewöhnliche Leistungsmärkte zu verwandeln.

Damit käme eine Nivellierungstendenz zur Vollendung, die gegenüber dem mittelalterlichen Standeswesen das spezifische Ethos des Berufs - in dem „Meisterschaft“ immer auch eine geistige Dimension hatte - zu beseitigen strebt. Was bliebe, wäre gesellschaftliche Vertretung im Sinne von politischer Lobbyarbeit. In der Tat ist die alte soziale Einbettung der Berufsrollen, mit den durch die Kleinräumigkeit der Städte gegebenen unmittelbaren Begegnungsmöglichkeiten, unwiederbringlich dahin. Dennoch - oder gerade deshalb - stellt sich die Frage, worin denn der Ersatz für die alte Meisterschaft liegen könne. Gerade diejenigen, die der Umwandlung aller menschlichen Berufstätigkeit in Kommerz kritisch gegenüberstehen, müssen so fragen.

Eine moderne Vernetzungsform besteht darin, dass sich der einzelne einer Pflegegemeinschaft seines Berufs anschließt. Kollegiale Führung und kollegiale Arbeit, und zugleich geistiger Diskurs über das Aufgabenfeld - Pädagogik, Medizin usw. -, sind die Stichworte. Damit ist zugleich gesagt, dass es eben nicht Standards, Richtlinien, oder gar Dogmen sein dürfen, die das Verbindende einer solchen Vernetzung ausmachen. Man schließt sich einer Arbeitsgruppe an, einer „Aufgabengemeinschaft“, keiner „Fürwahrhaltgemeinschaft“. Der Impuls wird vor Verformung durch den lebendigen Umgang mit ihm geschützt, nicht durch äußere Sicherheitsregeln und „Überprüfungen“.

Die Teilnahme am Diskurs, das Ringen um die Fragen der Praxis, sind Kriterien dafür, ob jemand den Impuls glaubwürdig lebt und damit für Menschen, die als Patienten, Betreute, Eltern usw. diesen Impuls für anziehend und berechtigt halten, vertrauenswürdig ist.

Die Aufgabe eines modernen Verbandes als „interinstitutioneller“ kollegialer Zusammenschluss wäre also

die autonome Pflege des jeweiligen Impulses, wäre Mithilfe bei der Ausbreitung, Förderung und Stützung der Initiativen vor Ort unter dem Gesichtspunkt des dort Gebrauchten. Ein moderner Verband darf nichts für sich wollen, denn sein „Zentrum“ (im Sinne von Bedeutungsschwerpunkt) liegt an der Peripherie. Zentral für die Waldorfbewegung sind die Schulen, nicht der Bund der Freien Waldorfschulen. Das Subsidiaritätsprinzip hat hier zu gelten: Hilfestellung ist wünschenswert, Regelung von oben dagegen nicht im mindesten. Ganz wichtig ist natürlich auch in der Verbandsarbeit die Wahrnehmung, das Hinhören auf gesellschaftliche Tendenzen, die die Arbeit an einem bestimmten Impuls beeinflussen. Dauerfunktionarität ist eher ein Problem, ein Machtproblem und Problem des Verlustes realer Erfahrung in der Verbandsarbeit, bei der man überhaupt auf der Hut sein muss vor der Tendenz aller Formen, ein Eigenleben zu entwickeln.

Jeder weiß aus Erfahrung, dass die lebendige Impulspflege in der Gefahr steht, durch die Alltagsroutine zurückgedrängt zu werden. Es bleibt dann vielleicht nur noch das Geschriebene, auf das man sich bei Gelegenheit berufen kann, schließlich drohen Beliebigkeit oder rechthaberisch geführte „Realo-Fundi“-Gefechte. Sobald die innere Spannkraft nachlässt, hat etwas Äußerliches die Tendenz, sich an die Stelle des inneren Impulses zu setzen.

Wie fasst man überhaupt dieses innerlich Impulsierende und in äußeren Gründungen zur Erscheinung Kommende? Ein Gründungsimpuls schafft sich eine reale Form, es entsteht z.B. die erste Waldorfschule überhaupt. Aber die reale Form, die da entsteht, ist nicht ein Muster, das man zu kopieren hätte. Die Urform ist nicht die reale Form, sondern der Archetypus, aus dem man viele verschiedene konkrete Formen lebendig entwickeln kann. Deshalb kann man die Urform auch nicht in einen äußeren Kriterienkatalog umsetzen, ohne sie dabei abzutöten. Ob das noch Waldorfpädagogik sei, oder nicht mehr oder schon wieder oder erst recht, das kann so nicht entschieden werden. „Waldorfpädagogik“ ist ein lebendig sich Entwickelndes und eben darin mit sich Identisches, kein normatives Muster.

Wenn ein Impuls seine Lebendigkeit verliert, wird er zur Maske. Eine Maske ist starr. Das Lebendige ist durch Diversität und Beweglichkeit charakterisiert. Es ist ein ständiger Kampf mit der Form, die dadurch wandlungsfähig bleibt. Müssen denn alle Waldorfschulen gleich sein? Sie müssten nicht einmal alle ähnliche Namen tragen!

Wo das Impulsbewusstsein unsicher geworden ist, gibt es die Neigung, den Impuls definitorisch durch soziale Vereinbarung festzulegen. Das wird unterstützt durch die normierenden Tendenzen in der Gesamtgesellschaft, die ein glasklares Label fordern. Die Frage ob der Bauer ein Bewusstsein davon hat, was er warum an biologisch-dynamischen Präparaten aufbringt, oder ob er nur ein Rezept äußerlich korrekt umsetzt, gerät in den Hintergrund.

Erst mit der Norm entsteht aber auch das Problem der „Abweichung“. Normatives Herangehen verträgt sich schlecht mit „Erziehung zur Freiheit“. Bekanntlich lehnte R. Steiner in seiner Philosophie jede Normethik ab und begründete einen ethischen Individualismus.

Oft ist übrigens die gewachsene Größe von Einrichtungen eine Quelle der Normierungsgefahr: sie erzeugt die Neigung, von außen zusammenhalten zu wollen, was sich nicht mehr richtig durchdringen lässt. Neugliederung heißt eine der Antworten darauf, die dazu führen muss, dass die Einrichtung für die Beteiligten wieder erfahrbar wird.

Normierung droht nicht nur durch starre Gedanken und Vorstellungen, sondern auch durch eine bestimmte Weise des Herangehens an das Erfahrungsproblem. Wer das - durch Statistik erhärtete - erfahrungsgemäß Beste zur Norm macht, verhindert, dass ein freies Reflektieren der Erfahrung und des allgemein Erfolgreichen im Hinblick auf das situativ und individuell Notwendige noch stattfinden kann. Die statistische Wahrscheinlichkeit setzt sich dann an die Stelle der Wirklichkeit. Wirklichkeitsgemäß wäre die Frage des Arztes, was dieser bestimmte Mensch unter diesen bestimmten Bedingungen braucht, und nicht, was „allgemein“ bewährt ist. Hier liegen die Gefahren der sogenannten Evidence Based Medicine. Eine Erfahrungsdogmatik droht.

Wir haben es also mit einem doppelten Druck gegen neue Impulse zu tun: dem Verlust innerer Lebendigkeit und dem äußeren Druck, der auf Normierungen geht. So verlangt die Gesamtgesellschaft nach dem „Direktor“ selbstverwalteter Einrichtungen, trotz deren kollegialer Führung, weil einer doch für die Sache „gerade stehen“ muss. Im New Public Management drängt man auf die Trennung von operativer und strategischer Führung von Einrichtungen, weil doch die „Tätigen notwendig befangen sind“, und richtet so den Stoß gegen den fremdbestimmungsfeindlichen Kern der Selbstverwaltung, der darin besteht, dass die Tätigen auch die Verwaltenden sein müssen. Der Verlust der „Be-Geisterung“, lähmende Probleme aus kontraproduktiver Handhabung der Selbstverwaltung in Verbindung mit diesem Druck, können dazu führen, dass solchen Tendenzen gar noch in vorauseilemdem Gehorsam von Einrichtungen nachgegeben wird. Teilautonomie heißt das Schlagwort des New Public Management: Fremdbestimmung der Inhalte durch „die“ Gesellschaft, faktisch die in ihr herrschenden Interessen, Autonomie nur im Wie, der konkreten Umsetzung der Verpflichtung, einen bestimmten „Output“ zu erzeugen.

In der Schweiz entstand vor einigen Jahren die Situation, dass zunächst in der Heilpädagogik die Kantone im Rahmen des NPM Qualitätsmanagement durchsetzen wollten, wobei drohte, dass ein bestimmtes Verfahren verbindlich gemacht würde. In der Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen und im Versuch, die Selbstverwaltungskräfte zu stärken und die Impulspflege lebendig zu halten, entstand das Qualitätsmanagementverfahren „Wege zur Qualität“. Einer seiner Grundsätze ist, dass das Zentrum einer modernen Aufgabengemeinschaft immer virtuell-geistig sein muss und nicht real sein darf, denn sonst entstünde ein Machtzentrum. Eine Gemeinschaft muss sich bewusstseinsmäßig dieser Mitte immerfort widmen, „Grundlagenarbeit“ betreiben, die Mitte darf aber nicht zum Handlungsraum der Gemeinschaft werden. Denn diese würde damit die freie Handlung des Einzelnen verunmöglichen, an deren Zu-

standekommen aber gerade die Qualität von „Beziehungsdienstleistungen“ hängt, um die es in Pädagogik, Medizin, Heilpädagogik usw. geht. Ein Netzwerk braucht auch keine solche reale Mitte, denn es koordiniert sich selbst, muss nicht von außen koordiniert werden. In „dynamischer Delegation“ führt gemeinschaftliche Beratung zu verantwortlicher individueller Gestaltung und im Rückblick auf diese wiederum zu gemeinsamem Bewusstsein des Ganzen. Während die Normierung dazu führt, die Menschen als potentielle Störquelle der Organisation zu sehen, stehen im Netzwerk freie Menschen und ihre Fähigkeitsentwicklung im Mittelpunkt.

FORMEN DER VERNETZUNG IN DER KULTURELLEN, POLITISCHEN UND ÖKONOMISCHEN SPHÄRE¹²

Jeder von uns agiert in einer Vielzahl von Netzen, den technischen Netzen, die weltumspannend immer dichter geknüpft werden, im Netzwerk der Arbeitsteilung, dem der menschlichen Beziehungen usw., und nicht zuletzt in der Natur als dem Netz des Lebens. Wir können und müssen vom „Web of life“ lernen, ohne es in analogiehafter Weise im Sozialen kopieren zu wollen. In diesem Sinne spielt der Vergleich zwischen menschlichem und sozialem Organismus in der sozialen Dreigliederung seine Rolle. Es geht um das Studium der Zusammenhänge von Strukturen bzw. Organen und Lebensprozessen bzw. Funktionen, in dem von der Evolution als Instrument menschlichen Denkens, Fühlens und Wollens zur Verfügung gestellten natürlichen Organismus, um daraus für den vom mündigen Menschen zu gestaltenden sozialen Organismus zu lernen. Die gestaltenden Kräfte des „Web of Life“ sollen erkannt werden, damit solche Kräfte in bezug auf das Soziale als Selbstgestaltungs- und Selbstverwaltungskräfte besser entwickelt werden können.

So studiert man das Sich-Gliedern eines Organismus in relativ selbstständige und doch zusammenwirkende Subsysteme als eine Lebensgesetzmäßigkeit, die in der Neuzeit ihre besondere Brisanz im Sozialen gewinnt: Im Aufbrechen der territorialen und sozialen Enge der alten Gemeinschaft und der für sie typischen Form von Netzwerken entwickeln sich Spannungen, die eine Lösung durch die Gliederung des sozialen „Web of Life“ fordern. So widerspricht das territorial grenzbildende Prinzip des Staates den immanenten weltweiten Vernetzungstendenzen der kulturellen und ökonomischen Sphäre, - solange der Staat sich nicht umformt, durchlässig wird und sich auf Realisierung der Menschenrechte konzentriert, statt überall einheitlich regelnd in alle nicht-staatlich-politischen Gebiete der Gesellschaft überzugreifen.

Aus dem alten Machtprinzip hat sich die gestaltende Weisheit, die unter älteren Kulturverhältnissen bis in die feinsten Verästelungen des sozialen Web of Life gewirkt hat, zurückgezogen. Die Gestaltungsmacht muss nun an die einzelnen mündigen Menschen übergehen: der „Goldpunkt“ der Weisheit ist nicht mehr an der Spitze

MARTIN ZEIS: ZUSAMMENARBEIT IM NETZWERK

Beim Begriff NETZ-WERK bitte ich darum, sich bildlich ein Netz vorzustellen, mit unterschiedlich großen Maschen, verschiedener Stärke der die Netzknoten verbindenden Fasern, mit unterschiedlicher Größe, Farbe und Struktur der einzelnen Knoten. Darüber hinaus ist es wichtig, sich dieses Netz vierdimensional vor Augen zu halten, als einen nach AUSSEN nicht klar abgegrenzten, wabernden Raum und in permanenter Veränderung und Interaktionsintensität in der Zeit. Kommt es in diesem Netz-Raum zu einer negativen, verletzenden Energieentladung im INNEN und/oder vom AUSSEN, so reißen Fasern, gehen einzelne Knotenpunkte vorübergehend, für längere Zeit, evtl. für immer verloren - werden verschiedene Fasern bis zum Zerreißen gedehnt, gespannt, finden das Ganze oder Teile des Netz-Werks erschütternde Vibrationen, Gestalt-Veränderungen in Raum und Zeit statt und es bildet sich - langsam - nach von vielen Einzelknoten in Gang gesetzten Flickarbeiten möglicherweise eine neue innere Balance und eine Phase beruhigterer Interaktionen. Bestenfalls entwickelt sich ein Verständnis der Geschehnisse und eine Lernerfahrung bei Teilen oder dem GANZEN wie künftig bei ähnlich gelagerten Fällen die Balance mit einem geringeren, klügeren Energie-Aufwand wieder gefunden werden kann.

Attac-Stuttgart ist eine Hoffnung, eine Projektionsfläche, ein unkompliziert ausleihbares Symbol, eine Headline, ein Netz-Werk im Netz-Werk - und - ein Zusammenhang von über 200 Menschen unterschiedlicher Couleur, Herkunft, Alters, sozialer Lage, politischer, weltanschaulicher, religiöser Verankerung, verschieden strukturierten Alltags beruflich, privat, - miteinander verbunden in der Vorstellung/dem Wunsch, menschliche/re, sozial gerechte Verhältnisse in den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft/Welt etablieren zu können. Dabei ist das WIE wesentlich: eine Kultur des Zuhörens, Wahrnehmens, des Warten-Könnens, des zur Kenntnis-Nehmens einer großen Vielfalt Milieu-geprägter Behaviours, das Prinzip der Freiwilligkeit: „Ich hab was vor, wer macht noch mit?“, das sich Bemühen um Streiformen, die Diskriminierungen im Gestus und in der Sprache vermeiden. Dies ist inkompatibel mit einem strategischen Zentrum, das für alle denkt, womöglich noch lenkt - inkompatibel mit Anweisungen, sog. Empfehlungen (die Ortsgruppen sollten..., wir haben das Ziel) von einem OBEN für die UNTEN (dabei können oben und unten auf beiden Seiten vollständig imaginiert sein - eine Halluzination, ein irgendwie in der jeweiligen Biographie gewachsenes Muster/Bedürfnis).

Attac-S ist kein Dienstleistungsunternehmen, an das von „Außen“ Ansprüche gestellt werden können - wer was machen will, tue das, klinge sich ein. Attac-S ist kein Verband, keine NGO, die sich in der Hoffnung auf Fürstenreform (d.h. heute: Groß-Eigentümer, Konzernvorständler, direkt danach aggregierte Funktionsebenen) verausgabt. Eher ein Zusammenschluss von Menschen, die sich selbst und andere aufklären mittels Lektüre, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Seminaren, mehr oder weniger kreativen Aktionen in Zusammenarbeit mit dem emanzipativen Feld in der Region - also Wirkung in der Horizontalen und Runder Tisch. Vielleicht zweitausend verschiedene Leute haben sich auf diese Weise in den letzten zwei Jahren bei Ereignissen im Themenfeld der Attac-Erklärung getroffen und in nicht eruierbarer Weise die verschiedensten Impulse in andere soziale Räume getragen. [...]

Zum Internet: Dieses technische Medium ist in seiner Grundstruktur eigentlich kalt, jedoch behilflich in relativ kurzer Zeit an einen fast beliebig großen (interaktiven) Kreis von Leuten Daten zu übermitteln - Texte, Einladungen, Meinungsäußerungen, Hinweise, Beleidigungen, ... auch rasches Abgleichen von gemeinsam geplanten Veröffentlichungen ... Das WWW, speziell das Mailing, hält jedoch auch einige Fallstricke bereit [...]

Das Fehlen von Hierarchien ist für einige in Attac-S, im Umfeld, in straff organisierten beruflichen/außerberuflichen Arbeitszusammenhängen, für die Verlautbarungs-Medien und auch für einige Leute aus Attac-D ungewohnt, gewöhnungsbedürftig. Für andere geradezu attraktiv. [...]

Aus: ATTAC-Reader, Ergebnisse der 1. ATTAC-Regio-Konferenz am 28./29. Juni 2003 in Stuttgart-Zuffenhausen.

einer Pyramide zu finden. In sich selbst muss der Mensch ihn entdecken. Das vertikale Prinzip - Gestaltung, Auf- und Einteilung von oben - wird vom horizontalen verdrängt: Menschen vernetzen sich und durch dieses Vernetzen differenziert und gliedert sich das soziale Gewebe als Ganzes.

Ökonomie

Die neuzeitliche Entwicklung führt zunächst zu einer Dominanz des Wirtschaftslebens. An die Stelle der alten Selbstversorgung tritt immer mehr ein reales, den Globus umspannendes Beziehungsgeflecht arbeitsteiliger Zusammenarbeit. Dieses wird allerdings verformt durch

Konzernmacht und wuchernde Finanzspekulation. - Die Ökonomie ist in vielfacher Hinsicht der Abbaupol des sozialen Web of Life: Sie vernutzt die Ressourcen und zugleich muss sie - je weiter Produktion und Bedarf durch die Arbeitsteilung auseinandergezogen werden - Instrumente der Bedarfswahrnehmung und Informationsverarbeitung ausbilden. So lassen sich gerade für die Ökonomie viele Gesichtspunkte aus dem Studium des menschlichen Nerven-Sinnes-Systems gewinnen.

Durch die „Marktwirtschaft“¹³ ist dabei eine Vernetzungsform zum Ideal geworden, die sich unterhalb der Bewusstseinssebene bildet: Die unsichtbare Hand soll den sozialen Ausgleich bewirken, der niemandem als

bewusstes Handlungsziel vorschwebt, ja nicht einmal vorschweben darf, soll das Ganze der Theorie gemäß funktionieren. In der Planwirtschaft dagegen wird eine Form der Vernetzung aus einem Zentrum heraus betrieben, was zur bürokratischen Bevormundung und zum Wahrnehmungsverlust in bezug auf die konkret-individuellen Verbraucherbedürfnisse führen muss.

Beide, Plan- und Marktwirtschaft, sind vom Misstrauen in die Kraft des Menschen geprägt, sich frei und bewusst zu vernetzen. Misstrauen ist aber generell der Netzbildung abträglich. André Bleicher schreibt dazu, Vertrauen sei „schon als Bedingung der Möglichkeit für Netzbildung anzusehen. Ohne Vertrauen ist eine Zusammenarbeit nicht denkbar.“¹⁴ Vertrauensbildende Maßnahmen sind daher essentiell. Wirklich vernetztes Handeln würde bedeuten, dass von der Produktion bis zum Verbraucher die Ökonomie regional und in ihren Branchen mit „Assoziationen“, d.h. Verständigungs- und Vertragsorganen, durchzogen würde, die das System der Arbeitsteilung als wirkliches Füreinander im gegenseitigen Sich-Versorgen gestalten. Angesichts der Verständigungsverbote des Marktfundamentalismus kommen solche Vernetzungen gegenwärtig nur selten zustande, zuweilen entstehen allerdings Kooperationsformen, um Konkurrenzvorteile zu erlangen (strategische Allianzen etc.). Dagegen sind Verbandsformen im Sinne der Interessenverstärkung vielfältig vorhanden (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften etc.). Die Tendenz zur Verständigung und Vernetzung ist der modernen Wirtschaft immanent und wird nur durch eine falsche Ordnungspolitik zurückgedrängt. Jeremy Rifkin konstatiert die Grundtendenz, die mit dieser Politik immer mehr in Kollision gerät: „Der Markt als Grundlage des neuzeitlichen Lebens“, so Rifkins These, „befindet sich heute in Auflösung. Im kommenden Zeitalter treten Netzwerke an die Stelle der Märkte, und aus dem Streben nach Eigentum wird das Streben nach Zugang (access), nach Zugriff auf das, was diese Netzwerke zu bieten haben. Unternehmer und Verbraucher machen erste Schritte, den zentralen Mechanismus des neuzeitlichen Wirtschaftslebens auszuhebeln - den Tausch von Eigentum zwischen Verkäufern und Käufern auf Märkten.“¹⁵

Zu ergänzen ist noch, dass vor allem in den Ländern des Südens die Formen der Vernetzung eine gewaltige Rolle spielen, die man unter dem Begriff des informellen Sektors fassen kann. In Kenia z.B. arbeitet die überwiegende Mehrheit der geschätzten 14,9 Millionen Erwerbstätigen des Landes entweder als Subsistenzfarmer bzw. -hirten oder in der so genannten Schattenwirtschaft als Kleinhändler, Handwerker und Kleinunternehmer.¹⁶ Die Übergänge zwischen der Subsistenzwirtschaft¹⁷ (hauptsächlich der Selbstversorgung dienend) und der Schattenwirtschaft sind fließend. Auch Korruption und Schmuggel¹⁸ haben mit Netzbildung zu tun. Ein klassisches Netzwerk ist z.B. der sprichwörtliche „Kölsce Klüngel“.

Staat

Damit gelangen wir aber bereits in die politische und Rechtssphäre, in der eben faktisch auch Tausch- und Gefälligkeitsnetzwerke, Seilschaften etc. eine Rolle spie-

len. Die Gestaltung des Netzwerks der Rechtsbeziehungen der Menschen, insbesondere der sozialen Rechte wird heute durch den Druck der konzerngesteuerten Ökonomie auf die Staaten gefährdet. Wie können in der richtigen Weise, ohne Behinderung ökonomischer Vernetzung, die Grenzen gezogen werden, die die Ökonomie „von Rechts wegen“ zu respektieren hat? Diese Frage gewinnt zunehmende Brisanz. Wo behindert die Regelungsichte das soziale Web of Life, wo wird Netzbildung pathologisch, weil jede regelnde Gestaltung fehlt? Eine besondere Rolle für das moderne Netzwerk der Rechtsbeziehungen spielt das Vertragsrecht. Föderalismus, Basisdemokratie und Subsidiarität sind weitere Themen, bei denen es immer auch um Vernetzungsfragen geht.

Kultursphäre

Im Geistesleben gibt es Wissens- und Informationsnetzwerke. Wir erleben eine Tendenz zur weltweiten Wissensgesellschaft, die Abschottungen anachronistisch werden lässt. So gibt es eine wachsende Kritik an der ausufernden kommerziellen Verwertung geistigen Eigentums oder desjenigen, was dafür ausgegeben wird. Open Source Software wie Linux, ein Internet-Projekt wie „Wikipedia“ - eine Enzyklopädie, an dem jeder Internetnutzer mitschreiben kann -, all das sind Symptome für den Wandel. In dem Maße, in dem das individuelle Urteil für das geistige Leben entscheidend wird, entwickelt sich die Tendenz weltweiter Vernetzungen geistig Gleichgesinnter, z.B. in der Pädagogik oder der Medizin. Auch hier sind es aus Misstrauensreflexen erwachsende ordnungspolitische Behinderungen radikaler Selbstorganisation, die solche Entwicklungen bremsen, ohne sie ganz verhindern zu können. Die Behandlung übergreifender Fragen des geistigen Lebens wird in Zukunft weniger beim Staat liegen und eigene Formen der Vernetzung hervorbringen (z.B. Kulturräte). Sowohl die Vormundschaft des Staates über die Kultur als auch eine Machtausübung der Kultur über den Rechtsbereich und die Ökonomie, wie sie für Theokratien typisch ist, sind heute unzeitgemäß. - Zu den Vernetzungen in der Kultursphäre gehört schließlich auch die Herausbildung eines weltweiten Zusammenhangs der Zivilgesellschaft.

Vernetzung und Regionalität

Die Entwicklung der Globalität führt unter Bedingungen des marktwirtschaftlichen Kapitalismus zur Zerstörung regionaler Vielfalt. Gleichzeitig entstehen als Gegenteil regionale Vernetzungen vielfältigster Art, zunächst häufig unter Gesichtspunkten des Regionalmarketing, letztlich aber als Ausdruck des Empfindens, dass gerade das weltumspannende Web of Life lebensfähige Regionen als seine Subsysteme erfordert. Die Globalisierung wird nur dann heilsam wirken, wenn sie gewachsene Netze und Subsistenzformen nicht zerstört, sondern transformiert. Regionen bieten gestaltbare Handlungsräume. Dabei übergreifen die wirtschaftlichen Regionen staatliche Begrenzungen; diese dürfen die vom Leben geforderten Vernetzungen nicht behindern.

DIE ÖKONOMIE ALS VERNETZTES SYSTEM¹⁹

Wie wir gesehen haben, ist die Assoziation in der Ökonomie ein Vernetzungsvorgang, muss die moderne Ökonomie ganz generell als vernetztes System beschrieben werden. Dieses bedarf der Gestaltung. Unter dem Ansturm der Industrialisierung zerbrechen die alten Sozialzusammenhänge und es entsteht das soziale Chaos und die Unsicherheit des 19. Jahrhunderts. Diese wird durch die Schaffung sozialer Sicherungssysteme gemildert, wobei die Ökonomie jedoch von sozialer Verantwortung freigesprochen bleibt. Nun, wo die Staaten in die Globalisierungsfalle geraten sind und die Sicherungssysteme unter Druck geraten, zeigt sich, dass das keine wirkliche Antwort auf das Problem war. Die Globalisierung verlangt eben, mehr in die Ökonomie einzubringen als den Egoismus des einzelnen, der sich in der Konkurrenz mit den Egoisten der anderen wie durch einen Automatismus ins soziale Wohl umwandeln soll. Der allein Egoismusgesteuerte homo oeconomicus ist ein theoretisches Konstrukt, das die Wirklichkeit verzerrt widerspiegelt. Ein Mann wie der ehemalige Weltbankdirektor und Nobelpreisträger Josef Stiglitz gibt das unumwunden zu.

Selbstverständlich ist die Planwirtschaft keine Alternative. Ihr gegenüber weist der Markt immer noch ein höheres Maß an Lebendigkeit auf. Planwirtschaftlicher Zentralismus führt zur Übersteuerung wie der Marktmechanismus zur Untersteuerung führt: beides bedeutet mangelnde Gestaltung. Die entscheidende Frage, wie in der Ökonomie mit den Verantwortungskraften der Menschen zu rechnen und zu arbeiten sei, beantworten weder Plan noch Markt.

Die Verantwortlichkeitsfrage der Ökonomie kulminiert in der Preisgestaltung. Aus Preisen werden die Einkommen generiert, an den Preisen entscheiden sich die Lebenslagen-Relationen der arbeitenden und wirtschaftenden Menschen zueinander. Eigentlich wäre der Preis, den der Verbraucher am „Point of Sale“ bezahlt, eine unter allen Beteiligten in der Wertschöpfungskette ökonomisch und sozial gerecht und richtig aufzuteilende Größe. In der heutigen Wirklichkeit aber tobt auf allen Stufen der Kette der Kampf. So ist heute der Handel kein Mittlerorgan zwischen Produktion und Verbrauch. Seine Marge müsste eigentlich eine Art Maklerprovision sein. Aber die Aufhebung aller Preisbindungen führt zum permanenten Preiskampf, wobei der Handel das Eigengeschäft sucht. Makler suchen die Banken ihr Eigengeschäft, statt Makler im Geldstrom zu sein. Dass die Löhne nicht auf der Ertragsseite landen, sondern als Kosten zu Buche schlagen, weil die Erträge den Kapitalgebern gehören, dass Boden, Arbeit und Kapital auf Faktormärkten gehandelt werden, all das gehört zu den Defekten der ökonomischen Ordnung, die eine lebensgemäße assoziative Vernetzung von Wirtschaftspartnern unendlich erschweren. Das vom Zinseszinsmechanismus angetriebene Wachstum der Ökonomie ist längst pathologisch geworden. Die Fusion, d.h. die Interessenbündelung, wird zum Surrogat einer Interessen ausgleichenden assoziativen Vernetzung. Der Preiskampf und die Ausnutzung von Marktmacht, Mengenrabatte und Mischkalkulation, zerstören die Preiswahrheit und erschweren damit dem Konsumenten die Orientierung und sinnvolle Entscheidung.

Von objektivem Gemeinsinn und empfindender Erfahrung ist bei Rudolf Steiner im Zusammenhang mit den Assoziationen die Rede. Wie entsteht Preisverant-

wortlichkeit? Wie entstehen die inneren Antriebe zum Arbeiten für andere, durch die alleine - und nicht durch äußeren Zwang! - wahrhaft soziale Verhältnisse erwachsen können? Sie entstehen nur da, wo sich Vertreter der verschiedenen Interessen und Bereiche am runden Tisch begegnen können. Da, wo die menschlich-soziale Relevanz ökonomischer Entscheidungen ebenso wie die sachlichen Bedingungen und Zwänge wirklich abgewogen werden können.

Die alten Netze zerfallen. Neue Vernetzung entsteht nicht von alleine, sondern nur durch uns. Es ist wichtig, dass die Bewegung für eine andere Wirtschaft eine Größenordnung erreicht, die eine Blockadepolitik einzelner Unternehmen einer Branche oder Teilbranche - man denke an die Naturkostszene - erschwert und eine Dynamik des Mitmachens erzeugt. Gelingt eine solche Vernetzung nicht, werden Zerrbilder der Vernetzung entstehen. Auch die Mafia und El Kaida bilden Netzwerke, auch Krebszellen „vernetzen“ sich. Das Wie, nicht nur das Was, sind entscheidend für die Bildung von Netzwerken, die dem Menschen dienen.

Anmerkungen

1 Ergänzt durch Übungen im Formenzeichnen mit Tobias Schaumann und einen Beitrag von Harald Benz über „virtuelle Netzwerke“, in dem er einige wesentliche Ergebnisse des von ihm mitverfassten Buches „Besser arbeiten in Netzwerken - Wie virtuelle Unternehmen Erfolg haben“ darstellte. Das von Heike Arnold, Harald Benz, Petra Bonnet, Peter Bürkle, Achim Götz, Josephine Hofmann, Jörg Jakobi und Jürgen Schulte-Wiekung verfasste Werk ist im Shaker Verlag Aachen 2003 in der Reihe „Berichte aus der Betriebswirtschaft“ erschienen.

2 Zu diesem Thema referierte einleitend Christoph Strawe.

3 „Semantisch finden das seinen Ausdruck in immer neu aufgelegten Wortschöpfungen. Managementkonzepte heißen heute nicht mehr Reengineering oder TQM, sondern lernende Organisation, Supply-Chain-Management und Netzwerkmanagement“ (André Bleicher: Wie funktionieren Netzwerke? Zu Architektur und Genese von Netzwerkorganisationen. Arbeitspapier, als pdf-Datei zu beziehen über den Autor, bleicher@TU-Cottbus.de)

4 Man vergleiche auch den Artikel von Chico Whitaker im Rundbrief Dreigliederung 1/2004 über das Weltsozialforum als Offener Raum.

5 Dietrich Dörner, Die Logik des Misslingens.

6 Fritjof Capra: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Deutsche Ausgabe München 1983.

7 Es gibt verschiedene Versuche, diesem Problem bereits in der Pädagogik Rechnung zu tragen, der wohl früheste - bis heute wirksame - ist der der Waldorfschulen, ein jüngerer besteht in der Schaffung von sogenannten Club-of-Rome-Schulen.

8 Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt 1984 (1970), S. 191, S. 229.

9 So beklagte der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) einmal, dass die Bürokratie auf wachsende Komplexität der gesellschaftlichen Probleme mit wachsender Kompliziertheit reagiere, und fordert „ein Management der Komplexität“. („Komplexität und Kompliziertheit“. In: Informatik-Spektrum, 1994, 17, S. 82-86.)

10 Hierzu referierte Udo Herrmannstorfer.

11 Hierzu sprach Udo Herrmannstorfer.

12 Hierüber sprach C. Strawe.

13 Genau genommen ist es die marktfundamentalistisch-dogmatisch verstandene Marktwirtschaft; empirisch reale Märkte funktionieren anders, als die Theorie es annimmt. Die Konformität von Theorie und Wirklichkeit muss erst durch eine auf die Theorie gestützte Ordnungspolitik erzwungen werden.

14 André Bleicher, a.a.O.

15 Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden. Aus dem Englischen von Klaus Binder und Tatjana Engelberg. Frankfurt/New York 2000, S. 10.

16 Vergl. Artikel „Kenia“, Microsoft Encarta Enzyklopädie 2001.

17 Vgl. Artikel „Subsistenzwirtschaft“, in Microsoft Encarta Enzyklopädie 2001.

18 Vgl. http://www.uni-bielefeld.de/sdrc/teaching/sso2/laaser_korruption_ss02.pdf

19 Hierzu sprach Udo Herrmannstorfer.

Public Public Partnership

Die Neustrukturierung des öffentlichen Sektors zwischen Kommerzialisierung und Bürokratisierung. Ein Beispiel für Beiträge aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung zur Suche der Zivilgesellschaft nach Alternativen

Christoph Strawe

Am 10. Juli 2004 fand im Forum 3 in Stuttgart ein Kolloquium der Initiative Netzwerk Dreigliederung statt, in dem es um Beiträge aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung zur Suche der Zivilgesellschaft nach Alternativen ging. Vorausgegangen war am Vorabend ein Gespräch zwischen Dr. Brigitta Herrmann von Germanwatch, dem Biobauern Josef Bopp und Christoph Strawe zu Fragen einer Alternative in der weltweiten Landwirtschaft. Es schloss sich am Sonntag ein Arbeitstreffen des von Sylvain Cointet begründeten Instituts für soziale Dreigliederung an, dessen Schwerpunktthema Konzeption und Gründung von wirtschaftlichen Assoziationen war. (Vergleiche auch den Beitrag von Stefan Reeder auf S. 22ff.). Die zeitliche und räumliche Nähe beider Treffen sollte die weitere Vernetzung erleichtern. Der folgende Beitrag fasst den Teil des Kolloquiums zusammen, bei dem es um das Thema des öffentlichen Sektors ging. Die Überlegungen, die hierzu angestellt werden, gehen auch auf eine Diskussion im Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen über das Thema zurück.

Die globale Zivilgesellschaft wehrt sich aus guten Gründen gegen die „Privatisierung“ des öffentlichen Sektors der Gesellschaft, d.h. gegen seine Auslieferung an große Konzerne und damit an den Kommerz. Dabei stellt sich aber natürlich auch die Frage nach der Alternative: Wie soll der öffentliche Sektor in Zukunft aussehen? Für manche Freunde, die in Bürgerinitiativen oder Kommunalparlamenten tätig sind, ist das eine besonders drängende Frage. Ist öffentlich gleich staatlich? Die Bejahung dieser Frage wäre keine überzeugende Perspektive. Denn staatliche Trägerschaft hat sich in der Vergangenheit nur zu oft als bürokratisch und vormundschaftlich erwiesen, ja hat oft sogar der Korruption die Tür geöffnet. Die Gleichsetzung von öffentlich und staatlich ist also offenbar mehr als problematisch.

Public Private Partnership?

Deshalb scheint die Zauberformel „Public Private Partnership“ für viele Menschen durchaus überzeugend. Scheint es doch, dass hier die Effizienzvorteile privater Wirtschaft genutzt werden, ohne dass darauf verzichtet wird, einen gesetzgeberischen Rahmen abzustecken und durch Aufsichts- und Regulierungsbehörden dafür zu sorgen, dass die öffentliche Daseinsfürsorge im Gesundheitswesen, der Wasserversorgung usw. nicht unter die Räder gerät. Freilich: Wenn man private Investoren locken will, muss man ihnen entsprechende Renditen ermöglichen. Hier setzt die Kritik zu Recht ein: Wie soll man mächtige weltweit tätige Konzerne, die primär ihren Kapitalgebern verpflichtet sind, durch kommunale Aufsichtsbehörden wirksam kontrollieren und in ihrer Unternehmenspolitik beeinflussen können? Gibt es nicht doch einen unüberwindlichen Zielkonflikt zwischen öffentlichem Versorgungsauftrag und der Orientierung am Shareholder Value?

Das letzte Argument, das gegen solche Einwände stechen soll, ist dann meist ein pragmatisches: Was bleibt uns übrig - angesichts der Ebbe in den öffentlichen Kassen - als diesen Weg zu gehen? Und gerade für die Ärmsten auf der Welt gibt es angeblich keine Alternative

dazu. Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul formuliert das Problem schlicht so: „... um alle Menschen mit Wasser zu versorgen, benötigen wir 180 Milliarden \$ jährlich; die öffentlichen Haushalte haben aber nur 80 Milliarden \$, deshalb bemühen wir uns um die Einbeziehung der Privatwirtschaft.“

Dieses Argument wird auch von der Weltbank immer wieder benutzt. Dabei sind es nicht zuletzt die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank, die zahlreiche Staaten in zusätzliche Finanznöte gebracht haben. Ganz zu schweigen von tieferliegenden strukturellen Ursachen des Problems, die in einer Geld- und Bodenordnung liegen, deren Umverteilungseffekte arbeitslose Einkommen wachsen lassen, während sie die Realwirtschaft und den öffentlichen Sektor zunehmend aussaugen.

Gewiss gibt es in Finanzierungsfragen immer pragmatische Notwendigkeiten, aber pragmatische Schritte und Kompromisse dürfen richtige Lösungen nicht verhindern, sondern müssen den Weg zu ihnen bahnen oder ihn wenigstens offen halten!

Public Public Partnership: „Öffentlich“ ist nicht notwendig gleich „staatlich“

Die Debatte über den öffentlichen Sektor leidet wie so vieles, was mit der Erkenntnis und Erneuerung des sozialen Lebens zu tun hat, unter einem Mangel an Differenzierungsvermögen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen der Kultur, des Staates und der Ökonomie. Der moderne demokratische Staat ist der Garant des Rechtes und der Sicherheit. Das schließt hoheitliche Funktionen im Kernbereich ein, die nicht geschwächt werden dürfen. In diesem Kernbereich des Staates sollte es selbstverständlich auch nur staatliche Institutionen geben. Die Auslagerung solcher Funktionen des Kernbereichs an private Sicherheitsdienste, Konzerne, die Gefängnisse betreiben, oder gar an private militärische Kräfte als „Ergänzung“ der regulären müssen zur Auslöschung des Rechtsstaates führen.

Zugleich sind viele Rechte, die der Staat zu garantieren hat, verwoben mit der Kultursphäre oder der Öko-

nomie. Bildung und Gesundheit sind letztlich Fragen des geistigen Lebens der Gesellschaft, der Zugang zu ihnen ist jedoch eine Rechtsfrage: Bildung ist ein Menschenrecht. Und die Garantie dieses Menschenrechtes schließt zugleich die Notwendigkeit einer weitgehend solidarischen Finanzierung des Bildungswesens ein, was wiederum in die Ökonomie mit eingreift. So haben wir also zu unterscheiden: einerseits einen staatlichen Kernbereich, andererseits Teilbereiche von Kultur und Ökonomie, in denen es eine staatliche Gewährleistung der Zugangsrechte geben muss. Allerdings, und das ist der entscheidende Unterschied zum staatsbürokratischen Modell, ohne zerstörerischen Eingriff in die Eigengesetzlichkeit dieser nicht-staatlichen gesellschaftlichen Subsysteme! Die Gewährleistung des Zugangs zur Bildung ist etwas anderes als staatliche Bestimmung der Bildungsinhalte. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist etwas anderes als eine vormundschaftliche Staatsmedizin. In der Kultursphäre gibt es heute bereits „viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten - man spricht hier von ‚freier Trägerschaft‘ -, aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Das gilt für Bereiche der Altenbetreuung, der Krankenpflege und Therapie, der Sozialarbeit und Heilpädagogik, der Suchttherapie u.a., teilweise auch für das Schulwesen, in dem nicht-kommerzielle freie Schulen bei der Verwirklichung der öffentlichen Aufgabe, das Menschenrecht auf Bildung zu realisieren, eine wichtige Rolle spielen.“¹

Notwendiger Pluralismus im öffentlichen kulturellen Sektor

In bezug auf das geistig-kulturelle Leben haben wir es heute mit einer doppelten Behinderung zu tun: Einerseits wird der Staat in seiner Gewährleistungsfunktion durch die Tendenzen zur Kommerzialisierung geschwächt, andererseits lässt er aber nicht von der inhaltlichen Bevormundung, die dadurch doppelt anachronistisch wird. Ist es nicht eine Perversion des Denkens, wenn im New Public Management Unternehmen im Wirtschaftsleben generell als autonom anerkannt werden, während man kulturelle Einrichtungen generell als bloß teilautonome Institutionen an der wie immer verlängerten Leine hält?

Die Zusammenarbeit von Staat bzw. Land und Kommune einerseits und Einrichtungen in freier Trägerschaft als „Public Private Partnership“ zu bezeichnen, macht im Grunde keinen Sinn, wie schon der Begriff der Privatschule im Grundgesetz den Charakter freier Schulen eigentlich nicht trifft. Denn „privare“ heißt „rauben“, hat also immer etwas mit Gewinnabsichten zu tun. Freie Trägerschaft dagegen bedeutet, eine öffentliche Aufgabe selbstbestimmt und kreativ wahrzunehmen, was etwas ganz anderes ist. Es ist eine Partnerschaft zwischen staatlich-öffentlichen Einrichtungen einerseits und öffentlicher Einrichtung in freier Trägerschaft andererseits. Für dieses Verhältnis bietet sich viel eher ein Begriff an, den Maude Barlow und Toni Clarke in anderem Zusammenhang in ihrem Buch „Das blaue Gold“ geprägt haben: der Begriff der „Public Public Partnership“²

Versorgungs- bzw. Verkehrsnetze und Infrastrukturbegriff

Zur Charakterisierung des öffentlichen Sektors kann man auch den Begriff der Infrastruktur heranziehen. Die Kultur braucht eine solidarisch finanzierte Infrastruktur. Der Infrastrukturbegriff lässt sich zugleich aber auch anwenden auf (öffentliche) Dienste wie Wasserversorgung, Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr usw. Hier sind wir nun ersichtlich nicht mehr in der Kultursphäre, sondern müssen uns mit spezifischen Feldern der Ökonomie auseinandersetzen. Wasser - im Sinne der Gewährleistung der Wasserversorgung, d.h. des Zugangs zu diesem Lebenselement jedes Menschen - ist ein Menschenrecht. Die praktische Handhabung der Wasserversorgung selbst ist jedoch eine wirtschaftliche Aufgabe, die nicht nur technischen, sondern auch wirtschaftlichen Sachverstand fordert. Diese praktische Handhabung bedarf jedoch besonderer Sensibilität. Mehr noch: Die Infrastrukturverantwortung der Allgemeinheit muss hier voll gewährleistet sein. An wirtschaftliche Träger delegierbar ist hier ausschließlich die Umsetzungsverantwortung, während die Ziele die Allgemeinheit zu setzen hat. Das hängt mit der Spezifik der Infrastruktur dieses Bereichs zusammen: Es gibt nur ein Wassernetz, ein Straßennetz, ein Schienennetz usw.

Wir denken heute die Ökonomie viel zu einheitlich, um der Spezifik ihrer verschiedenen Bereiche gerecht werden zu können. In Wirklichkeit braucht beispielsweise die Landwirtschaft eine besondere Form der Ökonomie, weil sie nicht nur die Bedürfnisse des Verbrauchers, sondern auch die Belange der Natur zu berücksichtigen hat. Und so verlangen ökonomische Tätigkeiten im Bereich der öffentlichen Infrastruktur neben der Rücksicht auf die Umwelt eine besondere Rücksicht auf die Grundrechte der Menschen und ihren Anspruch auf Daseinsfürsorge. Während normalerweise Unternehmen auf die individuelle Nachfrage von Konsumenten reagieren, ist die Nachfrage in der Infrastruktur von vornherein gesellschaftlich eingebettet; Unternehmen in diesem Bereich stehen also zwischen den individuellen Nutzern und der Gesellschaft, die als Ganze ein bestimmtes Niveau der öffentlichen Daseinsfürsorge definiert.

Öffentlicher Leistungsauftrag, Rechenschaftslegung

Das müsste dadurch geschehen, dass ein Leistungsauftrag von Seiten der Allgemeinheit erteilt wird. Die Durchführung wird an das Management der Unternehmen delegiert, diese legen über die Umsetzung des Leistungsauftrags der Öffentlichkeit Rechenschaft ab. Unternehmen dieses Bereichs wären also teilautonom, insofern sich die unternehmerische Verantwortung und Gestaltung nur auf das Wie der Umsetzung, nicht auf das Was der Definition des Versorgungsauftrags beziehen kann. Die Teilautonomie müsste also gerade nicht, wie im New Public Management, in der Kultursphäre greifen, sondern im Bereich der Wasserversorgung, der Verkehrsbetriebe etc., wo das gleiche NPM die Teilautonomie nicht kennt. - Ferner verträgt sich ein öffentlicher Versorgungsauftrag nicht mit dem Ziel der Gewinnmaximierung für private Anleger.

Diese Forderungen ergeben sich daraus, dass Unternehmen in der Infrastruktur der Gesellschaft und der Umwelt verpflichtet sind! Daher kann auch die ökonomische Effizienz an dieser Stelle niemals Selbstzweck sein. Der Bezugspunkt für die Bewertung der Leistungen des öffentlichen Sektors ist der Eigenwert für alle, die eine funktionierende Infrastruktur in der Sozialbilanz hat. Wirtschaftlichkeit ist hier eine notwendige Bedingung, Renditeerzeugung ist es nicht, im Gegenteil! Die Unternehmensziele bestimmen also nicht das Unternehmen selbst wie in der übrigen Wirtschaft. Das würde sich z.B. auf Fragen wie Streckenstilllegungen der Bahn beziehen. Denn wie dicht der regionale Nahverkehr sein soll, ist eine Frage gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen, nicht eine Frage, die sich nach der Höhe des Shareholder Value bestimmen lässt. Es ist doch ein Unding, dass heute die Öffentlichkeit für das Schienennetz nach wie vor zahlt, aber keine Mitsprache bzw. Entscheidung bei Streckenstilllegungen hat!

Auf der Suche nach Rechtsformen für Unternehmen im Bereich der Infrastruktur

Um die Gemeinwesenorientierung von Unternehmen in der Infrastruktur sicherzustellen, sind auch ganz besonders strenge Anforderungen zu stellen, was die Unternehmensform angeht. Schon in der „normalen“ Wirtschaft ist die über die operative Verfügung durch die unternehmerisch Tätigen hinausgehende private Eigentumsform, die die private Veräußerbarkeit von Unternehmen und Unternehmensanteilen einschließt, ein Problem. Im öffentlichen Sektor sind solche Unternehmensformen, die die Wahrnehmung von kommerziellen Partikularinteressen im Mittelpunkt haben, ein völlig Unding. Unternehmen in der Infrastruktur brauchen eine gemeinwirtschaftliche Orientierung, die bis in die Rechtsformen durchgreift. Es kommen verschiedene solcher Rechtsformen in Betracht.

Es gibt bereits gute Beispiele dafür, wie so etwas aussehen kann. In Deutschland hat z.B. die Aktion „Stromnetz in Bürgerhand“ in dem Städtchen Schönau großes Aufsehen erregt, wo die Schönauer „Stromrebell“ gestützt auf einen Bürgerentscheid das Stromnetz von ei-

nem Stromkonzern - den Kraftübertragungswerken Rheinfelden (KWR) - gekauft haben. 70 Prozent dieses Konzerns gehören der Schweizer Watt AG, die Atomkraftwerke betreibt. Das wollten die Schönauer und Schönauerinnen nicht länger unterstützen. Sie gelangten zu der Einsicht, dass Unternehmen, die mit Strom Geschäfte zugunsten ihrer Anleger machen, kein Interesse an nachhaltiger Energienutzung haben. Daher gründeten sie eine Netzbetreiber AG und nahmen die Stromversorgung in die eigene Hand. Aufschlussreich ist auch das Beispiel aus den Philippinen, wo sich herausstellt, dass Kooperativen sich weit besser um die Wasserversorgung kümmern können als Konzerne, die mit Wasser Maximalprofit machen wollen (vergl. Kasten unten).

Man kann auch an Genossenschaften, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs usw. als Rechtsform denken. Vielleicht wird es sich sogar anbieten, neue Formen hierfür zu schaffen. Im Zusammenhang mit dem Umbruch in Osteuropa wurde seinerzeit z.B. über eine „Gesellschaft in operativem Eigentum“ bzw. „Gesellschaft mit assoziativer Haftung“ nachgedacht.

Differenziertes Herangehen ist unbedingt notwendig. Denn es kann selbstverständlich nicht darum gehen, um jeden öffentlichen Kantinenplatz zu kämpfen. Der öffentliche Sektor darf nicht Konzerninteressen ausgeliefert werden. Aber ob man Teilaufgaben an kleinere private Unternehmen delegiert, ist an manchen Stellen sicherlich eine rein pragmatisch zu entscheidende Frage. Schlüsseleinrichtungen allerdings sollten nur Unternehmen übertragen werden, die von ihrer Rechtsform her gemeinwesenorientiert sind. Ferner gibt es Übergangsbereiche zwischen öffentlichem Sektor und „privater Wirtschaft“: Das Transportwesen gehört generell zur Infrastruktur. Das bedeutet sicher, dass eine weit effektivere Kontrolle der Öltanker erfolgen muss als gegenwärtig, nicht jedoch unbedingt, dass Reedereien, die solche Tanker besitzen, in Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden müssten.

Zur Ökonomie des öffentlichen Sektors

Eine zentrale Frage der Ökonomie des öffentlichen Sektors ist die nach der Preisbildung. Preislose, durch Sub-

Die Privatisierung der Leitungsnetze hat den Filipinos nichts gebracht

Die Privatisierung der Wasserversorgung durch die Firmen „Maynilad Waters“ und „Manila-Waters“ hat in Manila zu steigenden Preisen geführt - sechs Jahre nach der Privatisierung kostet das Wasser dreimal soviel wie vorher -, ohne dass sich der Service verbessert hätte. Die Wasserqualität ist miserabel: der Besatz an Kolibakterien übersteigt den nationalen Standard um das Vierzehnfache und es gab Cholerafälle. „Maynilad ist ein Gemeinschaftsunternehmen des französischen Versorgungskonzerns Suez und der philippinischen Unternehmersdynastie Lopez, Manila Waters gehört dem US-amerikanischen Bechtel-Konzern und dem philippinischen Ayala-Clan. Beide hatten 1997 die Konzessionen für die Wasserversorgung in der Metropole Manila erhalten, nachdem sie Milliardeninvestitionen in die maroden Leitungen, die hundertprozentige Versorgung der zwölf Millionen Einwohner und stabile Preise über einen Zeitraum von zehn Jahren versprochen hatten.“

„In den vielen kleinen Gemeinden haben Bewohner ihre Wasserversorgung selbst organisiert. Zum Beispiel in der schon 1968 gegründeten Wasserkooperative von Darangan, einer von 15 Kooperativen im Nordosten. Ihr Direktor Conrado Ramos gibt sich deshalb auch recht selbstbewusst: „Mit unserem Preis sind wir konkurrenzlos billig, unsere Kunden schätzen unseren Service, und an den Gewinnen sind sie als Mitglieder auch noch beteiligt.“

Aus: Michael Netzhammer: Die Privatisierung der Leitungsnetze hat den Filipinos nichts gebracht. Das Wasser fließt, aber trinken mag's niemand, Stuttgarter Zeitung, 17.8. 2004.

ventionen ermöglichte Weitergabe knapper Ressourcen wie Wasser lädt zur Verschwendung ein und widerspricht damit dem Anliegen der Nachhaltigkeit. Eine Begrenzung des Verbrauchs durch Preise, die nur Wohlhabende nicht in Schwierigkeiten bringen, widerspricht dem Ansatz der menschenrechtlichen Absicherung des Zugangs zu den Mitteln der Befriedigung von Grundbedürfnissen. Der Preis für Wasser darf daher nur ein Mindestpreis sein. Er ist kein Marktpreis. Im Grunde müsste man ein neues Wort dafür einführen, z.B. das Wort Sozialpreis. Die Höhe eines solchen Sozialpreises muss in dafür geeigneten gesellschaftlichen Organen entschieden werden. Da dieser Preis nicht alle Kosten abdecken wird, muss eine zusätzliche Finanzierung durch ein solidarisches Umlageverfahren erfolgen - aus dem Steueraufkommen oder einem Sozialausgleich. Am günstigen wäre dabei die Generierung an der Ausgabenseite (Ausgabensteuer oder ausgabensteuerartig wirkender Sozialausgleich).

Damit sind wir bei der Finanzierungsfrage angelangt, die ja heute das Hauptargument für die Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors ist. Neben Nachhaltigkeitsgesichtspunkten - wer viel verbraucht, zahlt auch viel Steuer - ist die Generierung von Steuermitteln an der Ausgabenseite deshalb sinnvoll, weil sich der Verbrauch unter Globalisierungsbedingungen dem Zugriff des Fiskus weniger entziehen kann als die Einnahmen, und weil außerdem solche Formen am ehesten wettbewerbsneutral wirken und damit aus der Globalisierungsfalle herausführen.

Weltweit erfordert die Entwicklung der Wasserversorgung den Einsatz von Kapital. Das weist einmal auf die Notwendigkeit hin, das Finanz- und Geldsystem so zu gestalten, dass sich Geld und Kapital nicht weiterhin aus der Sozialbindung lösen können, sondern veranlasst werden, sich den realwirtschaftlichen Aufgaben, darunter auch der Entwicklung der Infrastruktur, zur Verfügung zu stellen. Allerdings Geld lautet ein entsprechendes Stichwort für ein Thema, das hier nur gestreift werden kann, aber für eine langfristige Lösung der Finanzierungsfrage eine zentrale Rolle spielt. Zu unterscheiden wäre allerdings auch unter den Bedingungen einer neuen Geldordnung zwischen den Mitteln, die der Infrastruktur als Kredit, und jenen, die ihr als Schenkung zur Verfügung gestellt werden. Zu letzteren gehören auch Steuermittel. Bei ihnen handelt es sich zwar um eine Art Zwangsschenkungen, diese hat aber in Bezug auf die Finanzierung öffentlicher Aufgaben an vielen Stellen ihren guten Sinn. Ohne Schenkung gibt es keine Entwicklung, weshalb Schenkung nicht nur eine moralische, sondern vor allem eine ökonomische Kategorie ist.

Neue Finanzierungsideen sind gefragt

Denkbar wäre es z.B., Regionalstiftungen zu schaffen, die das Kapital für die Versorgungsunternehmen halten und es „neutralisieren“ im Sinne der Unverkäuflichkeit dieser Unternehmensanteile. Solche Beteiligungen könnten für Sparer - nicht jedoch für Spekulanten! - durchaus attraktiv gestaltet sein, so dass sie einen Zufluss von Kapital ermöglichen würden. Während heute der Trend

dahin geht, im Bankwesen alle der regionalen Wirtschaft verbundenen Formen zu zerschlagen, könnten Sparkassen und andere Banken mit regionalem Versorgungsauftrag und Regionalfonds den öffentlichen Versorgungsunternehmen besonders günstige Konditionen bieten. Solche Kredite könnten auch durch Bürgschaften der öffentlichen Hand abgesichert werden. Eine interessante Frage, die näher untersucht werden sollte, besteht darin, welche Rolle die Zentralbanken bei der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur spielen könnten (kann die öffentliche Infrastruktur durch frei geschöpften Kredit mit Kapital ausgestattet werden?)

Am prekärsten ist die Frage der Wasserversorgung in den Ländern des Südens. Nach wie vor haben 1 Milliarde Menschen dort keinen Zugang zu sauberem Wasser. Diese Länder müssen die notwendigen Mittel erhalten, um in die Versorgungsnetze zu investieren. Das wird um so eher gelingen, als man den Mut zu radikalen Lösungen findet, - in Richtungen, wie sie bereits einmal John Maynard Keynes in seinem Plan für die internationale Clearing Union 1944, einer Alternative zum dann entstandenen Internationalen Währungsfonds, entwickelt hat. Dieser Plan sah im Kern Einrichtungen vor, die aktiv zum Zahlungsbilanzausgleich für die Länder des Südens beigetragen und verhindert hätten, dass eine Verschuldung dieser Länder überhaupt eingetreten wäre.

Organbildung

Gewiss ist es richtig, dass letztinstanzlich die Parlamente und Regierungen die Allgemeinheit vertreten und dass in Wahlen und Abstimmungen über die öffentlichen Belange entschieden wird. Hier handelt es sich aber um die Ebene des zentralen Versorgungsauftrags, nicht der operativen Leitung der Versorgung. Die ökonomische Verantwortung, die hiermit verbunden ist, sollte aus dem Staat ausgegliedert werden, ohne an den Markt zu fallen. Das ist nur möglich, wenn man gesellschaftliche Organe nichtstaatlicher Art zu denken vermag, themenzentrierte Gremien, sozusagen „Räte für Daseinsvorsorge“. In ihnen würde der Sachverstand regieren, nicht politische Gesichtspunkte. Regionale Selbstverwaltungsorgane wären anzustreben, in denen unter anderen die Vertreter aus der Praxis der Versorgungsunternehmen sitzen - und nicht außerhalb der Praxis stehende Funktionäre. An die Stelle der Interessenbündelung, wie sie in Energiekonzernen vorhanden ist, träte auch hier der Interessenausgleich unter allen Beteiligten, die in Netzwerken kooperieren, in denen es kein Machtzentrum gibt. Eine regionale Arbeitsgemeinschaft für Wasserversorgung oder ein Rat für Müllentsorgung wären solche Gremien.

Wichtig ist die Frage, wie man zu den entsprechenden Entscheidungen unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger kommt und wie man einen Prozess der Public Public Partnership in der Praxis entwickelt.

Anmerkungen

1 Christoph Strawe: Wem dient GATS? Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 2/2001.

2 Maude Barlow / Tony Clarke: Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser. Verlag Antje Kunstmann, S. 294. Barlow und Clarke denken in diesem Zusammenhang an sogenannte Bürgerräte.

Betrachtungen und Berichte

WEM GEHÖRT DER RATIONALISIERUNGSERFOLG?*

Michael Rist

Seit 150 - 200 Jahren wird in der westlichen Welt - ausgehend von Europa - die industrielle Produktion mit Hilfe von Maschinen und der Arbeitsteilung dank menschlicher Arbeit und menschlichem Geist immer weiter vorangetrieben. Infolge der damit verbundenen Effizienz wurde die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 82 Stunden 1825 bis auf 40 - 35 Stunden von heute reduziert. Gleichzeitig stieg zudem der Lebensstandard, so dass die Rationalisierung der Wirtschaft in großem Umfang auch der Gesamtbevölkerung der Westländer zugute kam. Allerdings geschah dies nicht freiwillig, sondern war mit harten Arbeitskämpfen verbunden.

Heute steht nun eigentlich eine weitere Arbeitszeitverkürzung an. Aber die Kapitalinhaber und Manager haben sich anscheinend anders besonnen. Sie tun so, als ob der Rationalisierungserfolg nur ihnen gehörte. Dies drückte sich während des Börsenbooms darin aus, dass Kapitalrenditen von 15 - 20 % angestrebt wurden und die Managereinkünfte ungeahnte Höhen erreichten. So verdient z. B. der bestbezahlte Chef von Nestlé 13,0 Millionen Franken / Jahr, der von Novartis 17,85 Millionen, von Ciba 3,78 Millionen, von ABB 4,24 Millionen usw. (Tages-Anzeiger vom 3.8.04, S.25) Da aber durch die obligatorischen Pensionskassen in der Schweiz heute jeder Kapitalinhaber ist, haben auch diese kräftig mitspekuliert. Beim Börsencrash, der ja kommen musste, denn man kann sich in der Wirtschaft insgesamt nicht mehr aneignen, als an Werten erschaffen wurden, haben dann auch die Pensionskassen große Verluste einstecken müssen, so dass in der Folge bei den entsprechenden Versicherungen die Prämien erhöht und/oder die Renten gekürzt wurden.

Damit tritt die Frage, wem eigentlich der gemeinsam erwirtschaftete Rationalisierungsgewinn zusteht, erneut ins Bewusstsein.

Was meinen die Parlamentarier und Gesetzgeber dazu?

In der Schweiz hat man sich auf einen Mindestlohn von Fr. 3'000.-/Monat geeinigt, also 36'000.- Fr. im Jahr. Gleichzeitig verdient ein Bundesrat 450'000.- Fr./Jahr, also das 12,5-fache des Mindesteinkommens.

Was meint ein Ethiker dazu?

Gemäß Ulrich Thielemann, dem Ethik-Professor der Universität St. Gallen, der Managerschmiede der Schweiz, sind die Manager „gierig geworden“ (Tages-

Anzeiger vom 29.7.04). Ein Konzernchef soll nicht mehr als das 50-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers verdienen (Tages-Anzeiger vom 3.8.04).

Was meinen die Journalisten dazu?

Sie befragen die verschiedenen Leute und publizieren, was diese sagen. Aber immerhin ist bei der Umfrage von Cash vom 15.3.02 herausgekommen: „Die Schamgrenze“ für Manager liege bei einem Einkommen von 1 Million Franken pro Jahr, also weit unterhalb der eingangs genannten Bezüge der Topmanager. - Aus Deutschland wird berichtet, dass der Börsenverlust des Daimler-Chrysler-Konzerns seit 1998 bis heute 60 Milliarden Euro beträgt. „Die Bezüge der Konzernleitung haben sich seither aber nahezu verdreifacht.“ Die im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen angekündigten Gehaltskürzungen der Konzernleitung um 10 % „muten angesichts dieser Dimensionen wie ein Witz an.“ (Tages-Anzeiger vom 2.8.04, S. 7)

Was meinen die Gewerkschaften dazu?

Die fusionierten Angestelltenverbände der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie der Schweiz (VSAM) verlangen eine Gehaltserhöhung um 2,6, % für das Jahr 2005, während die Gewerkschaftsvertreter der Chemie- und Pharmaindustrie eine Anhebung der Gehälter um 3 % und eine Erhöhung der Grundlöhne um Fr. 800.- pro Jahr fordern (Tages-Anzeiger vom 30.6. 04, S. 27). Sie bringen damit zum Ausdruck, dass doch auch die Mitarbeiter am Rationalisierungserfolg prozentual beteiligt werden sollen.

Was ist vernünftigerweise dazu zu bemerken?

Zunächst bestehen zwei Möglichkeiten. Bei Beibehaltung der bisherigen Lohnskalen und Einhaltung einer neu zu bestimmenden „Schamgrenze“ der Chefeinkommen sollte bei weiterer Rationalisierung, an der nicht zu zweifeln ist, die Reduzierung der allgemeinen Wochenarbeitszeit schrittweise die 35-Stunden-Arbeitswoche angestrebt werden. - Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Kopplung von Produktionstätigkeiten und Einkommen prinzipiell zu trennen, wie dies ja heute schon für die Kinder und nicht mehr Arbeitsfähigen gilt und in der Familie von je her als Bedarfsdeckung gehandhabt wird. Stellt man sich - zunächst utopisch - eine immer vollautomatischere Wirtschaft vor, so würden ja immer weniger wirtschaftlich „produzierende“ Menschen für immer mehr wirtschaftlich nur „konsumierende“ Menschen sorgen müssen, d. h. wir kommen ohne eine gerechte Bedarfsdeckung auf die Dauer gesehen gar nicht aus. Deshalb ist es um so klüger, je früher wir uns eingehendere Gedanken über die Bedarfsdeckung machen, wie dies z. B. durch die Frage nach der Höhe des

Kindergeldes (Tages-Anzeiger vom 10.8.04) oder bei Fair Trade bereits angedacht wird.

Es würde sich dann auch die Möglichkeit ergeben, einen Maßstab dafür zu entwickeln, ob in einem „sozial-verträglichen“ Betrieb die Leitung das Drei-, Fünf- oder Zehnfache des Mindestlohnes bezieht, oder ob nur die Familiengröße berücksichtigt wird und die wirtschaftliche Leistung nur aus der Freude an der Arbeit und als Dank, dass man gratis studieren durfte, erbracht wird.

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstraße 1, CH - 8006 Zürich, E-Mail: b.p.kalambokis@dplanet.ch

WELTGESCHEHEN UND DREIGLIEDERUNGSGEDANKEN - HERBST 2004

Hellmut Fischmeister

Die Medien berichten über Spitzenmanager der Wirtschaft, über ihre Millionengehälter und über die Schicksale der Unternehmen, die sie leiten. Immer wieder kommt Unglaubliches an den Tag: Bilanzfälschungen beim US-amerikanischen Energieversorgungsriesen ENRON, in deren Gefolge viele weitere Fälle aufgedeckt wurden; Fälschungen auch beim italienischen Nahrungsmittelkonzern Parmalat. Als die deutsche Telefongesellschaft Mannesmann an die britische Vodaphone verkauft wurde, vergab der Vorstand hunderte Millionen Abschiedsprämien an sich selbst. Jüngst hat das Düsseldorfer Gericht bestätigt, dass dabei nicht gegen das Strafgesetz verstoßen wurde. Aber Ludwig Poullain, deutscher Bankier einer älteren Generation, erinnert daran, dass es neben dem Gesetzbuch auch moralische Gesichtspunkte gibt. Man möge doch „ein Gespür dafür entwickeln, was in den Gemütern derer vorgeht, die nicht auf der Sonnenseite rechtssicherer Dienstverträge leben“¹. Gemeint sind die Mitarbeiter, die befürchten müssen, wegrationalisiert zu werden.

Wie kommt es zu solchen Sumpfpflüchten? Einmal durch die heute allgemein übliche Erfolgsbeteiligung der Manager: zu ihrem fixen Grundgehalt kommt ein variabler Bestandteil, der sich nach dem „Erfolg“ richtet. Dieser wird (nicht allein, aber stark) an der Entwicklung des Aktienkurses gemessen. Zum anderen durch die Entartung des Aktienwesens. Aktienkurse hängen weitgehend von bloßen Erwartungen ab, die professionelle „Analysten“ aus der Beobachtung der Unternehmen ableiten. Es geht dabei weniger um wirkliche Leistungen des Unternehmens, als um erwartetes Anlegerverhalten: werden viele Leute diese Aktien kaufen wollen? Wenn das glaubhaft erscheint, steigt der Aktienkurs. Kurssteigernde Wirkung haben zum Beispiel die Erwartung erhöhter Nachfrage (etwa bei Kriegsgefahr), fallende Preise der speziellen Rohstoffe, die das Unternehmen

benötigt, aber auch der Abbau von Mitarbeitern („Verschlankung“ - denn sie spart Lohn-„Kosten“), die Verlegung von Produktionen in Billiglohnländer und die Stilllegung schwach-rentabler Produktionsstätten. Manches von diesen Erwartungen hat wenig mit der Tüchtigkeit des Managements zu tun, einiges lässt sich manipulieren. Legitim günstigen Einfluss hat ein guter Jahresabschluss mit schönen Gewinnen und hohem Auftragsstand, oder die Ankündigung einer neuen Produktlinie - Faktoren, die sich in der Regel tatsächlich guter Arbeit des Managements verdanken. Die Geschäftsberichte der größten Konzerne werden mit Spannung erwartet; sie verbreiten Optimismus oder Pessimismus über eine ganze Branche oder ein ganzes Land und lassen die Aktienkurse weithin steigen oder fallen. Bis zum ENRON-Skandal ging man davon aus, dass sie überwiegend ehrlich seien.

Als die Geschäfte schlechter gingen, verfielen die Manager von ENRON und Parmalat der Versuchung, mit falschen Zahlen gute Ergebnisse vorzuspiegeln - anfänglich wohl in der Hoffnung, es werde demnächst wieder besser gehen, später im verzweifelten Bemühen, den desolaten Stand des Unternehmens noch ein weiteres Mal zu vertuschen. Der Schritt in die Kriminalität war vollzogen. Als die Wahrheit ans Licht kam, stürzten die Aktienkurse in die Tiefe: die schimärischen Erwartungen lösten sich auf. Während Anleger ihre Pensionsersparnisse, Mitarbeiter ihre Jobs verloren, konnten die Manager fast bis zum Schluss die Prämien kassieren, die sich aus den schimärischen Aktienkursen ergaben,.

Im Fall Mannesmann kann man sich ein anderes Szenario denken. Das Kaufangebot eines Konkurrenten trieb den Aktienkurs hoch. Für Kursanstiege standen den Managern vertraglich Prämien zu, so auch für diesen. Einer der letzten Beschlüsse vor der Auflösung des Vorstandes galt der Ausbezahlung dieser Prämien an Mitglieder eben dieses Vorstandes. So stiegen die Manager bereichert aus, während die Mitarbeiter um ihre Existenz bangen mussten. Keine kriminelle Handlung - es waren „rechtssichere Dienstverträge“ - aber eine schwere Verletzung der Solidarität.

Die Prämien der Manager werden in der Regel in der Form von Aktien des eigenen Unternehmens (oder in Kaufrechten zu einem niedrigen Fixpreis, sogenannten stock options) gegeben. Dadurch entsteht noch ein zweites Mal ein Anreiz, für Kurssteigerungen zu sorgen: Hoher Kurs gibt zum einen mehr Erfolgsprämie, das heißt mehr Aktien; zum anderen hat jede dieser Aktien, wenn der Kurs gestiegen ist, noch höheren Wert. Das Grundgehalt von Managern kann sich so unschwer verdoppeln.

Wie kommt es zu so hohen Manager-Einkommen? Eigentümer (Großaktionäre) und Aufsichtsräte sind überzeugt, dass man Manager am besten auf dem Markt erwirbt: man sucht sich einen, der schon spektakuläre „Erfolge“ aufzuweisen hat und zahlt ihm sicherheitshalber ein gutes Stück mehr als die Konkurrenz - sonst muss man damit rechnen, dass er abgeworben wird. So vergibt der Manager sein Talent an den Meistbieter auf einem weltweiten Markt - nicht unähnlich dem der Fußball-

stars. Ein solches System kennt Bewegung nur in einer Richtung, nämlich aufwärts.

Und der einfache Mitarbeiter? Alljährlich versucht seine Gewerkschaft, ihm einen günstigen Tariflohn auszuhandeln. Als letztes Druckmittel kann sie Arbeitsverweigerung androhen. Aber heute ist es leicht, Fertigkeiten in billigere Länder zu verlegen. Kollektivvertragsabschlüsse verbinden jetzt oft eine mäßige Lohnsteigerung mit der Garantie, dass der Standort nicht aufgegeben wird - aber nur für wenige Jahre!

Wie wäre das in einem sozialen Organismus, der nach den Grundsätzen der Dreigliederung² gestaltet ist?

Der Manager ist Mitglied der Gemeinschaft der Mitarbeiter. Die Produkte des Unternehmens sind gemeinsames Werk dieser Gemeinschaft. Vom Erlös, der dafür hereinkommt, lebt die Gemeinschaft der Produzierenden bis das nächste Produktionslos abgesetzt und bezahlt ist - so, wie der Tischler für einen Schrank neben den Kosten für Material, Werkzeuge usw. so viel Erlös verdienen muss, dass er davon leben kann, bis der nächste Schrank verkauft ist. Im Unternehmen ist der Erlös - nach Abzug aller Betriebs- und Sozialkosten, Steuern usw. - zwischen den ausführenden und den leitenden Mitarbeitern nach ihren Bedürfnissen „in freier Absprache“ zu verteilen. Freie Absprache heißt: jeder versteht die Arbeitsleistung, die der andere einbringt und kann ihre Bedeutung für das Ganze würdigen; jeder versteht auch die Lebensumstände des anderen und seine Bedürfnisse.

In einer solchen freien Absprache gibt es durchaus Raum für eine gerechte Berücksichtigung der speziellen Leistungen des Managers. Er trägt die geschäftliche und soziale Verantwortung für das Unternehmen. Er muss die Talente seiner Mitarbeiter richtig einschätzen und ihnen die Aufgaben und die Leitungsverantwortung geben, für die jeder am besten geeignet ist. Seine Aufgaben fordern einen wesentlich höheren Einsatz von Zeit, Denk- und Nervenkraft, als von den meisten Mitarbeitern erbracht wird. Dienstwagen und persönliche Assistenten sind da keine „Privilegien“, sondern Hilfen zur Effizienz. Dies alles im Vereinbarungsgespräch angemessen zu berücksichtigen, aber ebenso auch die Leistungen und die Bedürfnisse der Mitarbeiter, erfordert Mühe: hohen Aufwand an sozialem Denken. Dann aber können alle Argumente, mit denen heute Managergehälter bei Aktionärsversammlungen gerechtfertigt werden, gewürdigt werden - bis auf eines: man müsse mehr bieten als jeder Konkurrent. Die Denkweise „Manager zum Höchstpreis - da kriegt man den besten; Mitarbeiter zum Mindestpreis - das senkt die Kosten“ ist es, die das asoziale Auseinanderklaffen der Einkommen zwischen Management und Arbeiterschaft verursacht.

Nun gibt es aber gerade unter hochbegabten Menschen so manche, denen Freiraum für die Verwirklichung ihrer Kreativität, Freude an eigener Leistung und harmonisches Zusammenwirken mit zufriedenen Mitarbeitern mehr bedeuten als persönliches Einkommen - wenn einmal ein gewisses, mäßiges Wohlstandsniveau gesichert ist. Die Inflation der Spitzensaläre ist also kein un-

verrückbares Schicksal unseres Wirtschaftssystems. Aber Umdenken ist gefordert: der Aufwand sozialen Denkens, das Sich-Einfühlen in den Anderen, und der Mut, sich den Konflikten, die dabei auftreten können, zu stellen.

Freie, auf Verständnis begründete Absprachen über die Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Erlöses zwischen Unternehmensleitung und Arbeiterschaft, wie Rudolf Steiner sie forderte, sind schon heute möglich. Allerdings fordern sie eine grundlegende Veränderung unserer Einstellungen zu Arbeit und Arbeitsentgelt. Die heutigen Einstellungen orientieren sich am „Haben“; sie haben sich über viele Generationen so festgefressen, dass wir uns andere zumeist gar nicht mehr vorstellen können. Rudolf Steiner (Geisteswissenschaft und soziale Frage, GA 34, 1905) weist aber mit seinem „Sozialen Hauptgesetz“ auf ein ganz anderes Prinzip hin:

„Das Heil einer Gemeinschaft von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“

Dieser Satz erscheint Vielen absolut unfassbar - stellt er doch unser gewohntes Leben völlig auf den Kopf, und zwar gerade dort, wo es um die Grundlage der bürgerlichen Existenz geht. Er schildert eine auf Brüderlichkeit und christliche Liebe gegründete Gesellschaft, in der es keinen Wirtschafts-Egoismus gibt. Dass eine solche Gesellschaft uns eine schönere Welt bringen würde, sehen wir ja ein - theoretisch. Aber wer ist es, der *jetzt* beginnt, im Verlass auf die Solidarität der Gemeinschaft auf Früchte seiner Arbeit zu verzichten? Sollte ich denn mein von mir erarbeitetes Geld nicht bei mir behalten dürfen? Als Reserve, wenn ich arbeitslos oder pflegebedürftig werde, als Starthilfe für mein Kind ... Mit dem Besitz-Haben müsste ich ja meine Selbstbestimmung aus der Hand geben! Wer garantiert mir, dass die Gemeinschaft dann noch geben will, wenn ich auf sie angewiesen bin? Wir sehen doch, wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Krankenversorgung und Pensionen überall gekürzt werden; Brüderlichkeit wird von Neid verdrängt, Kontrolle wird verlangt, Zwang angedroht, Hass entsteht. - Da warte ich lieber noch zu; mitgehen kann ich, wenn die Gesellschaft sich einmal verändert hat ...

Hier wird die Beharrungskraft des „Habens“ sichtbar. Unterbewusst unterstellt sie der Gemeinschaft: auch sie werde sich ewig vom „Haben“ leiten lassen; dem Haben zu entsagen, sei sie noch weniger bereit als ich. Wer heute von Vertrauen auf die Brüderlichkeit der Gemeinschaft spricht, von einer Überwindung des Egoismus, gilt als Utopist.

Aber es gibt Menschen und Gruppen, die es wagen, un-egoistisch zu leben. In den anthroposophischen Einrichtungen, aber auch vielfach anderswo. Sie sind bloß weniger zahlreich und weniger laut als die Egoisten.

Der Einzelne wartet auf die Gemeinschaft, aber diese wartet auf den Einzelnen: macht er den ersten Schritt? Der ist schwer. Sein eigenes Leben zunehmend von Brü-

derlichkeit und christlicher Liebe erfüllen zu lassen: das ist eine Lebensaufgabe für die Selbsterziehung - eine Probe für ausdauerndes Üben, für gelebte Anthroposophie. Keiner kann mir die Selbsterziehung und die Selbstüberwindung abnehmen, jeder kann den Weg nur selbst beschreiten. Aber je mehr Menschen das versuchen, desto leichter fällt es Gleichgesinnten, ihn auch zu gehen. Dann kann Vertrauen auf die Brüderlichkeit der Gemeinschaft erübt werden. Das wäre einer der Vorteile der assoziativen Wirtschaftsform, die Rudolf Steiner empfiehlt.

Wenn weitere Menschen dazukommen, werden größere Schritte möglich werden. Wenn sich das gemeinsame Streben seiner selbst bewusst wird, kann Zusammenschluss ihm Stärke verleihen. So kann eine Veränderung beginnen, die nach und nach unsere Gesellschaft ergreift: vom Egoismus zum Altruismus.

Anmerkungen

1 Ludwig Poullain, „Ungehaltene Rede eines ungehaltenen Mannes“, geschrieben als Einleitungsreferat zu einem Festakt, aber nicht gehalten, nachdem der Veranstalter den Inhalt vorweg kennengelernt hatte. DER STANDARD, Wien, 31.7.2004.

2 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage. GA 23, 1919.

REGULIERUNG DER PREISE DURCH WIRTSCHAFTLICHE ASSOZIATIONEN

Ein Diskussionsbeitrag

Stefan Reeder

I. Faire Preise durch wirtschaftliche Assoziationen

Das Verhältnis der Preise zu einander ist entscheidend

Seit dem Bestehen der Marktwirtschaft gibt es Vereinigungen von Menschen, die sich für bessere Preise und Löhne einsetzen. Genossenschaften versuchen für ihre Mitglieder bessere Preise und Bedingungen zu erzielen. Gewerkschaften fordern die angemessene Beteiligung der Arbeitenden an den Unternehmensgewinnen ein. Neuerdings auch Organisationen für fairen Handel, die sich für bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern einsetzen.

Alle diese Organisationen haben gewöhnlich das Bestreben, höhere Einkommen oder Preise für eine bestimmte Gruppe zu erzielen. Vorteile für eine Gruppe gehen jedoch zu Lasten anderer. So können etwa höhere Löhne zu Lasten der Arbeitslosen gehen: Ein Unternehmen, das im Jahr eine Millionen einnimmt, kann damit zwanzig Mitarbeitern 50.000 im Jahr zahlen. Zahlt es statt dessen 100.000, reicht das Geld nur noch für zehn Mitarbeiter.

Entscheidend ist daher das Verhältnis der Preise zu einander. Die Frage nach dem richtigen Preis für eine

Ware ist die entscheidende Frage des Wirtschaftslebens. Man kann alle wirtschaftlichen Probleme auf falsche Preise zurückführen. Die Zusammenhänge sind allerdings komplex und erfordern einige Denkarbeit.

Noch recht einfach zu verstehen ist der Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum und den Preisen: können die Produzenten einer Ware diese nur zu einem niedrigen Preis verkaufen, so bleiben sie arm. Wer hohe Preise für seine Erzeugnisse erzielt, erreicht dagegen Wohlstand.

Und mit diesem einfachen Zusammenhang begnügen sich bisher gewöhnlich Gewerkschaften und sonstige Wirtschafts-Vereinigungen, zumindest was ihre praktischen Handlungen, Strategien und Aktionen angeht. Organisationen für fairen Handel etwa verkaufen Produkte teurer als üblich, damit sie den Bauern in den Entwicklungsländern mehr bezahlen können. Oder Gewerkschaften streiken für höhere Gehälter. Die Organisationen machen also nichts anderes als das, was auch der einzelne für sich alleine macht: ein möglichst hohes Einkommen für ihre Schützlinge erzielen.

Dieses Streben aller nach möglichst hohem Einkommen bewirkt aber gesamtwirtschaftlich gerade Armut und Not. Erwerbslosigkeit hat darin eine bedeutende Ursache. Denn auch die Wirtschaftskraft eines Volkes oder auch der Erde insgesamt ist begrenzt. Wir können nur eine endliche Menge Güter herstellen. Wenn nun einer besonders viel bekommt, bleibt für die anderen zwangsläufig weniger.

Nun gibt es heute immer mehr Menschen, die ein sehr hohes Einkommen erzielen können. Die Einkommen von Topmanagern und Stars sind in den letzten 30 Jahren exorbitant gestiegen. Dann geht ein fortlaufend größerer Anteil des Erwirtschafteten als Kapitaleinkünfte an die Vermögenden. Solange die Wirtschaft in gleichem Maße fortlaufend wächst, wird dies durch das Wachstum ausgeglichen. Nun ist aber unendliches Wachstum nicht möglich. Und so ist unsere Wirtschaft - also alle Einkommen zusammen gerechnet - in den letzten Jahren auch nur noch sehr gering gewachsen. Die höheren Einkommen auf der einen Seite müssen dann zwangsläufig zu niedrigeren Einkommen auf der anderen führen. Da nun aber nicht die Tarifgehälter sinken, bleibt nur noch die Möglichkeit, dass ein Teil erwerbslos, arbeitslos ist und daher keinen Lohn mehr erhält. Und genau dies ist geschehen.

Weltweit geschieht natürlich das gleiche. Ganze Länder gehören zu den Erwerbslosen. Nur dass diese Erwerbslosen kein Arbeitslosengeld und keine Sozialhilfe erhalten, sondern in Armut und Not leben.

Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände müssten also gegen die zu hohen Einkommen agieren.¹ Nicht aus Neid, sondern weil es eben im Übermaß sozial ungesund wird und zur Erwerbslosigkeit auf der anderen Seite führen muss. Organisationen für fairen Handel müssten auch gegen zu hohe Preise für manche Erzeugnisse aus Industrieländern vorgehen. Nur dann könnten sie erfolgreich bessere Einkommensverhältnisse in den Entwicklungsländern realisieren.

Insbesondere wäre die Möglichkeit zu verhindern, Kapital durch Zinseszinsen fortlaufend zu vermehren. Wobei zu Zinseszinsen im volkswirtschaftlichen Sinne auch die Einkünfte aus Aktienbesitz, Dividenden und Kursgewinne zu rechnen sind. Diese dürfen nicht unbegrenzt sein.

Ein Vorgehen gegen zu hohe Preise und Einkommen ist ein gemeinnütziges, selbstloses Verhalten: wer sich gegen zu hohe Einkommen und Preise engagiert, hilft allen anderen. Wer dagegen höhere Einkommen für eine bestimmte Gruppe fordert, hat nur den Vorteil dieser Gruppe zu Lasten aller anderer im Blick. Ein Agieren gegen zu hohe Preise und Einkommen könnte demjenigen von Umweltschutz-Organisationen gleichen, die sich selbstlos für die Umwelt einsetzen und Missstände anprangern. Eine solche selbstlose Vorgehensweise ist jedoch heutigen Gewerkschaften völlig fremd. Eine Gewerkschaft, die gegen zu hohe Einkommen agiert, gibt es nicht. Ja, es gehört wohl auch Mut dazu, so zu handeln.

Freilich gibt es in der Marktwirtschaft einen Mechanismus, der sich gegen überhöhte Preise wendet: der Wettbewerb der Anbieter untereinander. Solange genügend Konkurrenz unter den Marktteilnehmern herrscht, kann keiner zu hohe Preise verlangen. Im theoretischen Ideal der vollständigen Konkurrenz ist ein überdurchschnittliches Einkommen, also ein Gewinn gegenüber den anderen nicht möglich. Und daher ist in diesem theoretischen Idealfall auch Erwerbs- oder Arbeitslosigkeit ausgeschlossen. Die Kaufkraft oder Nachfrage reicht für die Angebote aller.

Hat jemand Marktmacht, so kann er höhere Preise für seine Waren oder Leistungen durchsetzen. Die höheren Preise der Mächtigen drücken die Preise für die sonstigen Waren und Leistungen anderer Wirtschaftsteilnehmer. Die einen verdienen mehr, die anderen weniger. Zusätzlich entsteht noch ein Wohlstandsverlust.² Die anderen haben nicht nur das weniger, was die einen mehr haben, sondern sogar noch weniger. Denn durch die verzerrten Preise werden die Waren nicht mehr in der gesamtwirtschaftlich optimalen Mengen produziert.

Und genau das geschieht in der Wirklichkeit vielfach. Unternehmen und einzelne streben fortlaufend nach Marktmacht. Und viele gewinnen sie auch und erzielen damit hohe Einkommen zu Lasten aller anderen.

Der Wettbewerb auf dem Markt richtet es eben nicht, weil die mächtigen Marktteilnehmer trotz Kartellämtern und Gesetzen gegen Wettbewerbsbeschränkungen genügend Macht besitzen, fortlaufend größere Anteile am Kuchen für sich durchzusetzen. Und wenn dann Gewerkschaften auch größere Kuchenstücke für ihre Mitglieder fordern, so führt das eben dazu, dass der Kuchen nicht für alle reicht. Die durchaus berechnete Forderung nach größeren Anteilen am Kuchen für die weniger Begünstigten lässt sich nur verwirklichen, wenn man darauf achtet, dass nicht andere zu viel nehmen.

Die übliche gewerkschaftliche Strategie, nur höhere Einkommen für die Arbeiter zu fordern, erweist sich als einseitig. Es ist ein entscheidender Irrtum zu glauben, allgemeiner Wohlstand und die Beseitigung von Armut und Elend könne durch Organisationen erreicht werden, die einfach höhere Löhne fordern oder höhere Preise für Erzeugnisse aus Entwicklungsländern.

Einen Ausweg aus der Situation besteht nur in Organisationen, die nicht höhere Einkommen oder günstigere Preise für ihre Mitglieder oder eine Gruppe anstreben, sondern ein angemessenes Verhältnis der Preise und Einkommen zueinander. Die es dem einzelnen oder Gruppen erschweren oder gar unmöglich machen, solche Wirtschaftsmacht zu gewinnen, dass er für seine Leistungen zu hohe Preise zu Lasten der anderen fordern kann. Zusammenschlüsse, in denen sich nicht Wirtschaftsteilnehmer mit gleichartigen Interessen zu Lasten der anderen organisieren, sondern in denen sich Wirtschaftsteilnehmer mit unterschiedlichen Interessen, Hersteller, Mitarbeiter, Händler und Verbraucher aus den verschiedenen Bereichen assoziieren, um so Preise anzustreben, die allen Beteiligten ein Auskommen ermöglichen.

Gegen solche wirtschaftliche Assoziationen gilt es jedoch einen grundlegenden Einwand in den Köpfen der Menschen auszuräumen. Solche zum allgemeinen Wohl agierende wirtschaftliche Assoziationen erscheinen vielen in einer egoistischen Gesellschaft unrealistisch und nicht lebensfähig.

Dieser Einwand lässt sich jedoch entkräften:

Es besteht offensichtlich ein Bedürfnis in dieser Richtung. So verlieren die herkömmlichen Gewerkschaften laufend Mitglieder. Dagegen hat eine Organisation wie Attac, die sich nicht egoistisch für die Interessen bestimmter Gruppen einsetzt, sondern ganz allgemein bessere Verhältnisse erzielen will, enorme Mitgliederzuwächse in den letzten Jahren.

1. Unternehmen, in denen die Menschen besonders gut zusammen arbeiten, sich für das Unternehmen einsetzen anstatt gegeneinander zu intrigieren, erweisen sich als erfolgreicher. Was auf Unternehmensebene als richtig erkannt ist und angestrebt wird, ist auch für Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen sinnvoll.

2. Auch werden die Menschen in den wirtschaftlichen Assoziation nicht nur selbstlos tätige Engel sein. Sie arbeiten in der Assoziation zusammen, weil sie so gemeinsam mehr erwirtschaften, größere Gewinne und größeren Wohlstand erreichen können als ohne. Es kann so auch der ärgste Egoist die Vorteile einer Assoziation einsehen. Gerade weil er Egoist ist, weiß er auch Vereinbarungen zu schätzen, die den Egoismus aller zum allgemeinen Vorteil einschränken. Denn er wird einsehen, dass durch gute Zusammenarbeit mehr zu erreichen ist. Wirtschaftliche Assoziationen können ihren Mitgliedern durchaus handfeste Vorteile bieten, sogar mehr als herkömmliche Wirtschaftsverbände gleicher Größe. Freilich werden neu gegründete Assoziationen anfangs klein sein und daher zunächst noch geringe Vorteile bieten.

3. Die ausgleichende Funktion zwischen den verschiedenen Interessen ergibt sich ja im Verhältnis der Beteiligten untereinander. Die Assoziation schreibt dem einzelnen ja nicht etwa vor, weniger zu verdienen oder niedrigere Preise für seine Erzeugnisse zu verlangen. Im Gegenteil, auch die Assoziation ist natürlich an Wohlstand und hohem Einkommen ihrer Mitglieder interessiert. Sie achtet jedoch auf das Verhältnis der Preise zueinander. Werden irgendwo die Preise oder Einkommen im Ver-

hältnis zu den anderen Beteiligten zu hoch, so wird sie dort investieren und zusätzliche Menschen beschäftigen, um so wieder ausgeglichene Preise zu haben. Wie das funktionieren kann, skizziert Teil II dieser Darstellung.

II. Regulierung der Preise durch wirtschaftliche Assoziationen

Die Frage des richtigen Preises bei Rudolf Steiner

Die Preisfrage ist die Kardinalfrage des Wirtschaftslebens³. Die gegenwärtigen Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Armut in der dritten Welt lassen sich ohne weiteres auf falsche Preise zurückführen.

Jedoch kann man Preise nicht so einfach festsetzen. Willkürlich festgesetzte Preise wirken kontraproduktiv: es entsteht dann Mangel- oder Überproduktion, oder zwar höherer Wohlstand auf der einen, aber Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Auch Rudolf Steiner weist darauf hin, dass Preise sich nicht einfach festlegen lassen (NöK 25): „Das sind Dinge, die Ihnen zeigen, von welchen unbestimmten Bedingungen der Preis einer Sache im volkswirtschaftlichen Prozess abhängt. Sie können nun natürlich sagen: Ja, aber solchen Dingen muss man steuern. - Bodenreformer und ähnliche Leute stemmen sich gegen solche Dinge, wollen in einer gewissen Weise eine Art gerechten Preis für die Dinge feststellen durch allerlei Maßregeln. Das kann man; aber volkswirtschaftlich gedacht, wird dadurch der Preis nicht geändert. Man kann zum Beispiel, sagen wir, wenn so etwas geschieht und dann die Grundstücke teurer verkauft werden, man kann den Leuten das Geld wiederum in Form einer hohen Grundsteuer abnehmen. Dann steckt der Staat dasjenige, was abfällt, ein. Die Wirklichkeit hat man aber damit doch nicht ergriffen. In Wirklichkeit ist die Sache dennoch teurer geworden. Sie können also Gegenmaßregeln ergreifen, die kaschieren aber nur die Sache. Der Preis ist doch derjenige, der er geworden wäre ohne diese Maßregeln.“

Die wirtschaftlichen Assoziationen als Einrichtungen zur Regulierung der Preise

Nun sollen wirtschaftliche Assoziationen Einrichtungen sein, welche die Preise regulieren.⁴ Durch Beobachtung der Preise entsteht innerhalb der Assoziationen mit der Zeit eine Erfahrung, wann Preise für Erzeugnisse zu hoch oder zu niedrig sind (vgl. NöK 79, 110). Allerdings können die Assoziation *nicht* einfach die Preise festlegen. Eine solche Vorgehensweise ließe die volkswirtschaftlichen Realität unberücksichtigt (vgl. NöK 25).

So sieht denn Steiner auch eine andere Maßnahme zur Regulierung der Preise durch die wirtschaftlichen Assoziationen vor. Hat ein Erzeugnis einen zu niedrigen Preis, so zieht die Assoziation von dort Arbeitskräfte ab, und setzt sie in einem anderen Bereich ein, in dem die Preise zu hoch sind (vgl. NöK 79f).

Die Assoziation rationalisiert also dort, wo die Preise niedrig sind, und investiert dort, wo die Preise hoch sind.

Werden nun von den Waren mit niedrigen Preisen weniger hergestellt, so wirkt dies einem zu niedrigen Preis entgegen. Umgekehrt führt eine größere Angebotsmenge bei den Waren mit hohen Preisen dazu, dass deren Preis sinkt.

Auch eine Möglichkeit ist, dass durch die Rationalisierung die Ware mit günstigerem Preis nun von weniger Menschen in gleicher Menge hergestellt werden kann. Dann reicht ein niedrigerer Preis aus, um den Erzeugern dieser Ware das gleiche Einkommen zukommen zu lassen wie bisher mit einem höheren Preis.

Die Assoziation sorgt durch Ihre Maßnahmen für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung und damit für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Indem dort mehr Menschen arbeiten, wo durch höhere Preise höhere Erlöse möglich sind, und dort weniger, wo niedrigere Erlöse möglich sind, bleibt den Mitarbeitern der Assoziation Lebensunterhalt und Arbeitsplatz bewahrt.

Die Assoziation verhält sich also durchaus wie ein gewöhnliches Unternehmen und investiert dort, wo der meiste Gewinn zu erwarten ist. Durch das assoziative Zusammenwirken kommt dieser jedoch nicht nur einigen wenigen zu Lasten der anderen zugute.

Der Unterschied zur bestehenden Marktwirtschaft

Auch in der Marktwirtschaft investieren die Unternehmen dort, wo hohe Preise dies lohnend machen, und rationalisieren und entlassen dort, wo die Preise sinken. Auch in der Marktwirtschaft wirkt dies regulierend auf die Preise und führt zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Marktwirtschaft erfolgreich ist. Allerdings ist dieser Effekt in der Marktwirtschaft zu schwach und vor allem einseitig ausgebildet. Es besteht die Tendenz, möglichst viele zu entlassen und möglichst wenige einzustellen, um so den Gewinn für die Anteilseigner zu steigern. So steigt mit jeder Rezession die Zahl der Arbeitslosen. Bei der nachfolgenden Konjunktur-Erholung werden diese nicht wieder eingestellt. Es werden immer mehr Menschen aus dem Wirtschaftskreislauf ausgeschieden.

Die Assoziationen investieren und wirtschaften aus dem Erzeuger- und Verbraucher-Interessen, wobei sich die verschiedenen Interessen ausgleichen. In der herkömmlichen Marktwirtschaft ist dagegen das Gewinn-Interesse der Anteilseigner maßgebend. Dazu kommt dann noch das gewerkschaftlich organisierte Interesse der Mitarbeiter nach möglichst hohen Arbeitseinkommen. Beide Interessen führen nun dazu, immer mehr Menschen zu entlassen, aus dem Wirtschaftskreislauf auszuschließen.

Die Unverkäuflichkeit von Natur, Arbeit, Kapital

Der Vergleich der assoziativen Wirtschaft zur herkömmlichen Marktwirtschaft zeigt, dass die assoziative Wirtschaft nichts mit zentralistischer Planwirtschaft zu tun hat. Es ist nicht so, dass die Assoziationen die Preise für die Waren einfach von oben festlegen. Dies kann gar nicht funktionieren (vgl. Einleitung). Die guten Seiten der Marktwirtschaft - da wo diese sozial wirkt - werden durch die wirtschaftlichen Assoziationen sogar verstärkt. Allerdings

unterliegen nur *Waren*, das sind durch menschliche Arbeit hergestellte Erzeugnisse, dem Handel auf dem Markt, nicht jedoch *Natur*, *Arbeit* und *Kapital*.

Die Mitarbeiter der Assoziationen sind Beteiligte, nicht gekaufte Lohnknechte. Unternehmen und unternehmerische Initiative sind innerhalb der Assoziationen und deren angeschlossenen Unternehmen nicht käuflich. Es kann dann auch keine Spekulation mit Anteilsscheinen geben.

Deshalb wird innerhalb der Assoziationen auch aus anderen Motiven heraus investiert werden. Es kommt nicht darauf an, Kapital immer nur zu vermehren. Das Kapital muss auch wieder verbraucht werden. Zum Beispiel dafür, dass den Mitarbeitern etwas Neues beigebracht wird, damit sie in einem anderen Bereich arbeiten können (vgl. NöK 67f., 76-78, 81). Das ist auch eine Aufgabe der Assoziationen, einerseits darauf zu achten, dass genügend Kapital gebildet wird, andererseits, dass das Kapital auch wieder verbraucht wird und sich nicht verselbständigt (vgl. NöK 79-81). Daher müssen die Anteilsscheine der Assoziationen altern, einen Endtermin haben, wie auch die angeschafften Produktionsmittel ja verbraucht werden.⁵ Die Anteilsscheine einer Assoziation drücken das Recht auf einen Anteil der innerhalb der Assoziation in einem gewissen, begrenzten Zeitraum hergestellten Waren aus. Im Gegensatz dazu drückt die herkömmliche Aktie einen Anteil der in einer Aktiengesellschaft jemals erzeugten Waren beziehungsweise deren Wert aus, ohne zeitliche Begrenzung auch für alle Zukunft. Und daraus entsteht dann das Interesse der Aktionäre, die Produktion immer zu steigern, immer möglichst viel zu verkaufen, damit dann ihr Anteils-Wert immer mehr und mehr steigt. Nicht das Verbraucher-Interesse bewirkt hier die Produktion, sondern das Aktionärs-Interesse an einem höheren Wert ihrer Anteilsscheine. Dies führt dann dazu, dass künstlich Bedürfnisse geschaffen werden und Produkte mit aufdringlicher Werbung in den Markt gedrückt werden.

Wie kommt das Verbraucher-Interesse in den Assoziationen zur Geltung?

Indem man die Anteilsscheine befristet und diese so einen Anteil an den erzeugten Produkten bedeuten, bringt man auch mehr Verbraucher-Interesse in die Assoziationen hinein. Die Geldgeber werden dann aus Verbraucher- und Produzenten-Interesse investieren: sie geben Geld, weil sie bestimmte Produkte wünschen oder weil sie selbst in der Erzeugung dieser Produkte arbeiten und ihren Lebensunterhalt verdienen wollen.

Wie können wirtschaftliche Assoziationen verwirklicht werden?

Assoziationen zu verwirklichen bedeutet in der heutigen Zeit und Wirtschaftsordnung vor allem, *neue Rechts- und Finanzierungsformen* zu schaffen, in die sich dann bestehende Unternehmen und Verbände vertraglich eingliedern lassen. Wir können hier nicht auf den Staat warten. Denn der Staat wird ein gutes allgemeines Gesetz nur schaffen, wenn Beispiele, Vorbilder da sind. Wir müssen selber aktiv werden.

Ein bloßer Zusammenschluss von Unternehmen und Verbrauchern oder Verbraucherverbänden kann den gewünschten Zweck eines Interessenausgleichs und angemessener Preise für alle Beteiligten nicht erreichen, wenn nicht neue Rechtsformen, insbesondere neue Finanzierungsformen entwickelt und gefunden werden. Denn bestehende Rechtsformen sind auf die bestehenden Kapitaleigner-Interessen konstruiert, und so werden auch deren Interessen einseitig wirksam werden.

Da es geeignete Rechtsformen noch nicht gibt, sind vorläufig Hilfskonstruktionen nötig. Möglich ist etwa eine Aktiengesellschaft als Holding, welche die beteiligten Unternehmen oder zumindest Anteile an diesen hält. Die Aktiengesellschaft selbst kann dann durch eine Stiftung gehalten werden und so unverkäuflich sein. Über das Grundkapital hinaus finanziert sie sich durch fortlaufend ausgegebene Genussscheine, die auch ein Verlustrisiko enthalten und somit als eine Art „befristetes Eigenkapital“ fungieren. Eine andere Möglichkeit wäre eine Satzung der Aktiengesellschaft, die festlegt, dass die Aktien durch einen Treuhänder verwaltet werden und das Eigentum daran immer nur befristet an die Aktionäre übertragen wird. Die Aktionäre unterschreiben gleich beim Erwerb eine Verkaufsoption zu einem festgelegten Wert. Der Verkauf dient dann nur der Befristung, nicht etwa freiem Handel oder Aktienspekulation.

Ziel ist, dass die Assoziation und die beteiligten Unternehmen nicht den Geldgebern gehören, sondern diese erhalten befristete Genussscheine oder Aktien für eine bestimmte Frist. Da jährlich ein Anteil der Genussscheine ausläuft oder der Aktien zurückgekauft werden, kann sich das Unternehmen fortlaufend neue Geldgeber aussuchen.⁶ Nur dadurch, dass die Unternehmen in der Assoziation auf diese Weise nicht dauerhaft von Kapitaleignern und ihren Interessen abhängig sind, können sich in der Assoziation die verschiedenen Interessen Assoziationsmitglieder als Verbraucher, Händler oder Erzeuger der verschiedenen Produkte ausgleichen.

In Berlin will die Initiative Silnova e.V. eine solche Assoziation realisieren. Für weitere Informationen siehe www.silnova.de (noch im Aufbau).

Ansprechpartner: Stefan Reeder, Telefon: 0178-8733 337, Fax: 0911-366 8315E-Mail: sr.2005@gmx.de

Anmerkungen

1 Allerdings muss dabei natürlich immer beachtet werden, wie ein solches Einkommen verwendet wird. Ein Unternehmer, der Millionen verdient, diese aber gar nicht selbst konsumiert, sondern nur in sein Unternehmen steckt, und so seinen Kunden und Mitarbeitern dient, hat kein zu hohes Einkommen im Sinne der Betrachtungsweise. Getrennt davon müssen die Preise des Unternehmens betrachtet werden.

2 Dies lässt sich anhand der mikroökonomischen Allokationstheorie zeigen.

3 Vgl. Rudolf Steiner, *Nationalökonomischer Kurs:Vierzehn Vorträge, gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922 für Studenten der Nationalökonomie*, Gesamtausgabe 340, Dornach 1979, im folgenden zitiert als NöK, S. 23-26, 49, 82, 110.

4 Vgl. NöK 79 und <http://www.dreigliederung.de/glossar/assoziaton.html>

5 Vgl. dazu NöK 179f und Stefan Reeder, „Geld zähmen“, *Das Goetheanum* 41, 82. Jg., 12.10.2003, S. 6f.

6 Die Finanzierung über befristetes Kapital wäre in einem weiteren Artikel zu betrachten.

„STATT HARTZ IV: GRUNDEINKOMMEN FÜR ALLE“

Das Netzwerk Grundeinkommen am 9.7.2004 in Berlin gegründet

Das deutsche „Netzwerk Grundeinkommen“ wurde am 9. Juli 2004 im Wissenschaftszentrum Berlin von Wissenschaftlern, Studierenden, Vertretern der Erwerbslosen- und Armutsbewegung, kirchlichen Verbänden sowie von Mitgliedern verschiedener Parteien gegründet.

Am Tag der Verabschiedung der so genannten „Hartz IV“-Gesetze verwies ein breites und pluralistisches Spektrum von Befürwortern eines bedingungslosen, garantierten Grundeinkommens auf grundlegende Alternativen zur Arbeitsverpflichtung. „Die heute verabschiedeten Gesetze führen letztlich zur Entwürdigung derjenigen, die auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind“, sagte Prof. Dr. Michael Opielka vom Institut für Sozialökologie in Königswinter. „Das Netzwerk Grundeinkommen versteht sich als pluralistisches Forum für Wissenschaftler und politisch Aktive, die sich für die Einführung eines Grundeinkommens einsetzen.“

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ formulierte auf dem Gründungstreffen vier Kriterien, die ein Grundeinkommen erfüllen sollte: existenzsichernd, individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung, kein Zwang zur Arbeit.

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ legt sich nicht auf ein bestimmtes Finanzierungsmodell fest. Entscheidend, so die Sprecher des Netzwerks, sind die vier Kriterien. Das Grundeinkommen soll die gesellschaftliche Teilhabe garantieren und unabhängig sein von Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Ehegatten, Eltern und erwachsenen Kindern. Eine Bedürftigkeitsprüfung wird abgelehnt, aber natürlich wird das Grundeinkommen mit dem Steuer- und Beitragssystem abgestimmt. Schließlich soll das Grundeinkommen nicht mit einem Zwang zur Arbeit verbunden sein und damit eine neue Vielfalt von Arbeits- und Tätigkeitsformen ermöglichen.

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ wird die Diskussion um die Einführung eines Grundeinkommens mit politischen Entscheidungsträgern, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften wie sozialen Bewegungen suchen und den wissenschaftlichen Diskurs zum Grundeinkommen fördern. Es wird sich auf europäischer Ebene mit dem 1986 gegründeten „Basic Income European Network (BIEN)“ (www.basicincome.org) vernetzen.

In Berlin wurde eine Sprechergruppe bestimmt, der folgende Personen angehören: Ronald Blaschke, Arbeitslosenverband Deutschland (ALV D) (Rblaschke@aol.com) // Katja Kipping, MdL, stellv. Parteivorsitzende der PDS (katja.kipping@web.de) // Prof. Dr. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie, Königswinter/Fachhochschule Jena (s.u.) // Wolfram Otto, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) (wolframotto@web.de) // Birgit Zenker, Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

(birgit.zenker@kab.de) (Die Organisationen, Institutionen, Parteien dienen dabei lediglich zur Information über die Person.) Steuerabzugsfähige Spenden zur Unterstützung der Arbeit des Netzwerks bitte an: Institut für Sozialökologie, Kennwort „Netzwerk Grundeinkommen“ Konto 27284, Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)

Quelle: Presseerklärung des Netzwerks Grundeinkommen. Presserechtlich verantwortlich: Prof. Dr. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie (ISÖ), 53639 Königswinter, Pützbungert 21, Tel. 02244-871659, Fax: -871664, Mail: michael.opielka@isoe.org

Im Zusammenhang mit dieser Presseerklärung sei noch auf zwei Artikel von Michael Opielka verwiesen. Der eine „Grundeinkommen statt Hartz IV“ erschien im September-Heft der Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, 2004, S. 1081-1090. Der andere ist betitelt „Die Qualität der Quantität - Für eine ‚starke‘ Bürgerversicherung“ und erschien in der Zeitschrift „Kommune“, Heft 4/2004.

ZUM GENFER RAHMENABKOMMEN DER WELTHANDELSORGANISATION WTO

Christoph Strawe

Ziel der 1995 entstandenen Welthandelsorganisation WTO ist ein globaler Markt, auf dem von großen Konzernen nicht nur Güter, sondern auch Dienstleistungen gehandelt und geistige Eigentumsrechte kommerziell verwertet werden können. Nicht zuletzt ist sie angetreten, einen „liberalisierten“ Weltagrarmarkt zu schaffen.

Zweimal war die mächtige WTO ‚entgleist‘. Zum ersten Mal beim Gipfel 1999 in Seattle, dann letzten September im mexikanischen Cancun, wo man sich unter anderem über die Fragen der Landwirtschaft nicht hatte einigen können. Damit war fraglich geworden, ob die laufende Verhandlungsrunde - die sogenannte Doha-Runde - überhaupt würde zu Ende geführt werden können, was planmäßig bis Ende dieses Jahres hätte geschehen müssen. Da die Präsidentschaftswahl in den USA und der Wechsel in der EU-Kommission entscheidende Akteure für längere Zeit handlungsunfähig machen würde, versuchte man fieberhaft, bis Ende Juli 2004 wenigstens ein Rahmenabkommen zwischen den 147 Mitgliedstaaten zustande zu bringen. Dies gelang nach fünftägigem Verhandlungsmarathon in letzter Minute in der Nacht zum 1. August auf der Grundlage eines Entwurfs der USA, der EU, Australiens, Brasiliens und Indiens.

Das Abkommen verspricht Subventionsabbau in der Landwirtschaft. Dazu gehört auch die Beseitigung der skandalösen Agrarexportsubventionen des Nordens, die zur Zerstörung lokaler Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch Preisdumping geführt haben und führen. Die Industriezölle sollen ausnahmslos gesenkt werden, was für die lokale Wirtschaft in zahlreichen Südländern schwere Probleme hervorrufen wird. Auch wurde ein

Endtermin zur Abgabe der Angebote zur Marktöffnung für Dienstleistungen beschlossen. Zur Erleichterung des Handels sollen Zollformalitäten abgebaut werden.

Das Abkommen ist in weiten Teilen sehr schwammig. Bei den Exportsubventionen beispielsweise wird kein Enddatum genannt. Alle konkreten Details sollen erst noch bis Ende 2005 ausgehandelt werden. Dabei können sich neue Widersprüche ergeben. Zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft weltweit lehnen das Abkommen ab. Es sei „völlig unfair“, so Brigitta Herrmann von Germanwatch; die „Marktöffnungsagenda des Nordens“ werde „die Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Süden weiter vorantreiben“, so Pia Eberhard von Attac.

Das Abkommen hält daran fest, Landwirtschaft als gewöhnlichen Markt zu sehen und die Probleme der Nachhaltigkeit, einer diese ermöglichenden Preisbildung und der notwendigen Regionalität der Landwirtschaft zu ignorieren. Das dient den Exportinteressen des großen Agrargeschäfts, auch zum Beispiel in einem Land wie Brasilien, nicht jedoch den Lebensinteressen der Menschen und der Erde. Grund, die Anstrengungen zur Durchsetzung einer Wende zu verstärken.

DIE EINHEITSSCHULE IST LÄNGST PRAXIS

Waldorfschulen sehen sich durch OECD-Bildungsbericht bestätigt

In einer am 15.9. vom Bund der Freien Waldorfschulen verbreiteten Erklärung heißt es: Nach dem Pisa-Schock die OECD-Schelte: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat in ihren aktuellen Bildungsberichten dem deutschen Schulsystem schlechte Noten ausgestellt. Für Politiker aller Parteien dient das als Anlass, die Bildungspolitik zum Wahlkampfthema zu machen. In der SPD wie bei den Grünen werden als Konsequenz aus der Studie Forderungen nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems laut. Die Waldorfschulen verweisen in dem Zusammenhang auf den Erfolg ihrer pädagogischen Praxis.

„Bei uns gibt es die zwölfjährige Einheitsschule seit Jahrzehnten und sie ist eine Basis unseres Erfolges“, sagt der Geschäftsführer des Bundes der Freien Waldorfschulen, Walter Hiller. „Was jetzt von Politikern in Deutschland als notwendiger Schritt gefordert wird, praktizieren wir bereits seit 1919“, so Hiller weiter. Die OECD hatte in ihrer Studie „Bildung auf einen Blick“, die internationale Vergleiche der Bildungssysteme anstellt, bemängelt, dass Deutschland zu wenig für Bildung ausgibt, seine Schüler unzureichend fördert und zu wenig Akademiker hervorbringt. Insbesondere hatte der OECD-Bildungskoodinator Andreas Schleicher mehr Flexibilität und Differenzierung gefordert und die Gestaltungsspielräume der Schulen als zu gering erachtet.

„Unser Ansatz ist es, Schüler mit verschiedenen Talenten und Fähigkeiten individuell und ohne Auslese zu fördern“, führt Walter Hiller aus. Waldorfschüler wür-

den gemeinsam unterrichtet werden, ob sie einen Handwerksberuf oder ein Studium anstrebten. Das sei auch in den skandinavischen Ländern, den Gewinnern in der Pisastudie, die Maxime. Walter Hiller kritisiert, dass das wichtige Bildungsthema nun nur wieder als Anlass für politisches Geplänkel diene und als Wahlkampfthema unter dem Motto ‚Schuldige suchen statt Ursachen aufdecken‘ missbraucht werde. „Die grundsätzliche Debatte um die Reformen, die wir eigentlich in der Bildung brauchen, geht darüber unter“, kritisiert er. „Der pädagogische Ansatz bleibt wie immer auf der Strecke“, so Hillers Fazit der aktuell hoch kochenden Diskussion.

Das Thema OECD-Studie soll auch eines der Themen der bundesweiten Aktionswoche der Waldorfpädagogik vom 25.9. bis 2.10. werden.

Bund der Freien Waldorfschulen, Walter Hiller, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-2104225, hiller@waldorfschule.de

PROEUROPÄISCHES NEIN ZUR EU-VERFASSUNG

Einen Paukenschlag in der französischen Debatte um die EU-Verfassung gab der frühere sozialistische Premier Laurent Fabius ab. Er sprach sich für ein Nein bei der kommenden Volksabstimmung zur EU-Verfassung aus, wenn nicht der Stabilitätspakt reformiert, das EU-Budget erhöht, eine Steuerharmonisierung zur Verhinderung eines Wettlaufs nach unten sowie eine Schutzklausel für öffentliche Dienstleistungen in die Verfassung aufgenommen wird.

„Endlich einmal wagt sich ein prominenter europäischer Politiker aus der Deckung und spricht die zentralen Probleme dieser Verfassung an. In dieser Verfassung wird eine radikale neoliberale Wirtschaftspolitik festgeschrieben und militärisch abgesichert.“ So kommentierte Karin Küblböck, Obfrau von Attac-Österreich den Vorstoß von Fabius. Fabius begründet seine Initiative damit, dass diese Verfassung weit über institutionelle Regelungen hinausgeht, wie man sie üblicherweise in Verfassungen findet, indem man politische und wirtschaftliche Weichenstellungen in Verfassungsrang hebt und sie so in Stein meißelt. „Eine Verfassung als verbesserter institutioneller Rahmen für eine größer gewordene Union ist sehr zu begrüßen. Eine Verfassung welche Privatisierung, Steuerwettbewerb, Abbau von Sozialsystemen und Aufrüstung quasi zu Staatszielbestimmungen macht, kann aber nur abgelehnt werden“, so die Sprecherin weiter.

Bisher wurden in der öffentlichen Debatte die GegnerInnen dieser EU-Verfassung durchwegs als GegnerInnen der EU an sich und ewiggestrige NationalistInnen dargestellt. Dies alles trifft auf Laurent Fabius dezidiert nicht zu. Im Gegenteil: „Wer eine Europäische Union im Sinne der Menschen, basierend auf sozialer Gerechtigkeit haben will, der muss gegen eine solche Verfassung sein. Wer ein Europa der Konzerne

will, der muss diese Verfassung unterstützen.“, resümiert Küblböck abschließend.

Quelle: attac Österreich/Presse, Margaretenstr. 166, 1050 Wien, Tel.: +43-1-54 641/431, Fax: +43-1-54 641/435, presse@attac-austria.org, www.attac-austria.org

KENIA: DEM WASSERKRIEG VORBEUGEN - LEBENSWASSER

Zisternen für Regenwasser als ideale Lösung für Kleinbäuerinnen - Eine Initiative der Stiftung Entwicklungshilfe

Trinkwasser ist eines der großen Zukunftsprobleme. - Auch ist die Qualität des Leitungswassers in vielen Entwicklungsländern mangelhaft. Umso profitträchtiger wird das Geschäft mit in Flaschen abgefülltem Wasser. Kein anderer Markt expandiert so rasch, nämlich jedes Jahr um 7 % und mehr. Das Flaschenwasser ist aber mehr als tausendmal teurer als Leitungswasser. - Dabei ist Flaschenwasser ökologischer Wahnsinn. Es ist völlig absurd, dieses sehr schwere und zugleich preiswerte Produkt über weite Strecken zu vermarkten. Ein Problem wird auch der Plastikabfall.

Coca-Cola stieß in Kerala (Indien) auf massive Proteste, weil deren Abfüllfabrik die Brunnen der Umgebung trocken fallen ließ. Auch in Zeiten der Wasserknappheit werden dort 1, 5 Mio. Liter Grundwasser am Tag entnommen. Die Anwohner fordern, die Fabrik zu schließen. Sie sehen sich aber der geballten Staatsmacht gegenüber, welche den ausländischen Investor vor dem Zorn der Protestierenden schützt. - Die Arroganz der Mächtigen hat gravierende Konsequenzen für die, die im globalen Wettbewerb um Erfolg und Einkommen ohnehin schon verloren haben.

Wie kann man zur Entschärfung künftiger Wasserkriege beitragen? Eine Alternative sind die Regenwassertanks der Kleinbäuerinnen in Kenia. Diese garantieren sauberes und nahes Wasser für Mensch und Tier das ganze Jahr über. So ein Tank fasst zwischen 12.000 l (aufstehender Tank) bzw. 21.000 l (Erdtank bei vorhandenem Gefälle).

Die Vorteile liegen auf der Hand: - Ein sicherer Vorrat sauberen Wasser ist auf eigenem Land jederzeit verfügbar. - Das mühselige Wasserschleppen entfällt. - Körperpflege und Wäsche werden regelmäßig möglich. - Sämlinge und Baumsetzlinge können gegessen werden.

Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt haben keine ausreichende Versorgung mit sauberem Wasser, berichtet die FAO-Welternährungsorganisation. Vor allem in Asien und Afrika ist die ländliche Bevölkerung betroffen. In vielen Regionen müssen die Frauen täglich mehrere Kilometer weit gehen, um einige Eimer Wasser zum Kochen und Trinken für die Familie herbeizuschleppen. - Besorgniserregend ist auch die Entwicklung in den Städten: immer häufiger laufen die Leitungsnetze

leer. Die Vereinten Nationen warnen vor Wasserknappheit in den meisten Großstädten Asiens und Afrikas.

Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe, Postfach 100829, 44708 Bochum, Tel. 0234-5797-124, Fax. 0234-5797-188, E-Mail: info-ewh@gls.de. Internet: www.zukunftsstiftung-entwicklungshilfe.de, Spendenkonto-Nummer: 12 330 010, BLZ: 430 609 67, GLS-Bank.

VERFASSUNGSGERICHT ERKLÄRT SICH FÜR UNZUSTÄNDIG - KLAGE GEGEN DIE GESUNDHEITSREFORM NICHT ANGENOMMEN

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat am 26. August bekannt gegeben, dass die Verfassungsbeschwerde gegen die Gesundheitsreform, über die im letzten Rundbrief berichtet wurde, „nicht zur Entscheidung angenommen“ werde. Damit hat sich zugleich der Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Anordnung erledigt.

Das Bundesverfassungsgericht hat bei seiner Entscheidung betont, es sei den 6.575 Beschwerdeführern zuzumuten, zunächst (in jedem Einzelfall) den Rechtsweg vor den Sozialgerichten zu beschreiten, und dort zu klären, welche Bedeutung der Ausschluss nicht-verschreibungspflichtiger Arzneimittel im jeweiligen Einzelfall hat. Dabei soll dann auch geklärt werden, ob die Ausnahmeliste in der jetzigen Form überhaupt rechtmäßig ist. In eiligen Fällen kann einstweiliger Rechtsschutz bei den Sozialgerichten beantragt werden.

Die Sammelklage, die von Prof. Dr. Rüdiger Zuck eingereicht wurde, ging davon aus, dass das Beschreiten des Sozialgerichtswegs den einzelnen Beschwerdeführern nicht zuzumuten ist, weil das zu einem jahrelangen Verfahren (allein die erste Instanz dauert im Regelfall mindestens anderthalb Jahre) führen würde und dass auf Grund der Grundrechtsverletzung der direkte Weg zum Verfassungsgericht eröffnet sein müsse.

Trotz der „politischen Entscheidung“ des Verfassungsgerichts, zunächst nicht selbst in die Reformgesetzgebung der Gesundheitspolitik und die dahinter stehenden Sparbemühungen der Bundesregierung einzugreifen, ist noch nicht alle Hoffnung verloren. So hat das Bundesverfassungsgericht in auffälliger Weise betont, dass von den Sozialgerichten zu prüfen sein wird, ob die Ausnahmeliste rechtmäßig und über diese Ausnahmeliste der Eingriff in die Grundrechte zulässig ist. Eine neuerliche Verfassungsbeschwerde kann daher über den Sozialgerichtsweg eingereicht werden. Prof. Dr. Zuck wird auf Bitten des Vereins gesundheit aktiv für zwei Beschwerdeführer entsprechende Musterverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit durchführen.

Weitere Infos unter www.heilwesen.de

WIE WOLLEN WIR LEBEN?

Kultur des Dialogs bei Konferenz für Alternative Wirtschaft

Christoph Strawe

Vom 9.- 12. Juni dieses Jahres fand in Stuttgart eine bemerkenswerte Konferenz über alternative Wirtschaft statt. Bemerkenswert war sie zum einen durch die Vielzahl der Veranstalter und mitwirkenden Persönlichkeiten und Initiativen, unter ihnen kleine wie große Organisationen. Zum anderen durch die beachtliche Fülle und Qualität der Beiträge in den Workshops. Und schließlich beeindruckte die Kultur des Dialogs und der echte Wille zum Zuhören und Aufeinandereingehen - bei einer großen Spannweite verschiedener und inhaltlich keineswegs immer leicht in Einklang zu bringender Ansätze ganz und gar nicht eine Selbstverständlichkeit.

Veranstalter, Unterstützer und Teilnahme

Der Veranstalterkreis reichte von Attac Stuttgart über den Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, das Forum 3, die GLS-Gemeinschaftsbank, die Initiative Colibri und die Initiative Netzwerk Dreigliederung bis zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Stuttgart.

Die Konferenz wurde finanziell unterstützt von der Aktion Selbstbesteuerung, der Gemeinschaft für Sozialgestaltung Stuttgart, der Hans Böckler Stiftung, inWEnt.org. - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg und dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung ZEB.

Rechnet man alle TeilnehmerInnen zusammen - ständige und solche, die nur einzelne Veranstaltungen besuchten oder an einzelne Tagen anwesend waren - so ergibt sich eine Zahl von fast 300 Personen. Das ist ein erfreuliches Ergebnis, zumal wenige Wochen vorher der Anmeldestand so gering war, dass ernsthafte Befürchtungen aufkamen, das Ganze könnte misslingen. Doch schließlich erwiesen sich die Sorgen als unbegründet bis ins Finanzielle hinein - die Tagung schloss sogar mit einem kleinen Überschuss ab. Und das, obwohl die Veranstalter nur Richtsätze für die Teilnahmebeiträge angegeben hatten, um niemandem aus finanziellen Gründen den Zutritt zu verbauen.

Arbeitsformen und Themengruppen

Das Konferenzgeschehen spielte sich in verschiedenen Arbeitsformen ab: Plena, Parallele Vorträge/Workshops, Offener Raum für selbstorganisierte Arbeitsgruppen und Abendveranstaltungen.

Die Workshops und Vorträge waren in Themengruppen verteilt: Grundsatzfragen, Werteorientierung, übergeordnete Konzepte // soziale Infrastruktur // Welthandel, globale Solidarität, globale Kooperation // Energie, Ökologie // Landwirtschaft. Dabei gab es auch eine recht gut gelungene Balance zwischen mehr konzeptionellen Themen und Strategiefragen einerseits und der Darstellung bereits existierender alternativer Ansätze und Projekte für ein menschen- und umweltgerechtes Wirtschaften andererseits.

Vorträge und Workshops

Es ist unmöglich, an dieser Stelle allen Beiträgen gerecht zu werden. Doch mag auch die folgende, nicht ganz vollständige Aufzählung einen kleinen Eindruck von der thematischen Fülle bieten. Es sprachen und arbeiteten in ihren Vorträgen und Workshops:

Bernd Riexinger über Daseinsvorsorge und Privatisierung, Ralf Trettner über den kommunalen Bürgerhaushalt in Pleidelsheim, Ulrike Kress über die Kampagne saubere Kleidung, Peter Viebahn über eine nachhaltige Energieversorgung in der Region, Michael Windfuhr über Landkonflikte und Recht auf Nahrung, Maude Barlow über öffentlich Daseinsvorsorge weltweit, Christoph Strawe und Martin Zeis über eine Wirtschaftsform jenseits von Planbürokratie und Marktideologie;

Kurt Weissenbach und Michael Kohlhaase über Energieeffizienz und Ökomanagement, Claudia v. Werlhof über Subsistenzperspektive, Gerhard Breidenstein über neue Werte für unsere persönliche Lebensweise, Franz Groll über Wege in eine sozial-ökologische Gesellschaft, Marc Berghaus über Regiogeld, Johannes Gröh zu einem Ökofriedensdorf-Projekt, Frank Bohner über Boden und Rohstoffe, Mona Grigolo mit Danilo und Marco Valeri über den „Gandhi Italiens“ Danilo Dolci;

Christoph Strawe über Alternativen für die globale Landwirtschaft, Manuela Waitzmann über „Oikocredit - Investieren in Gerechtigkeit“, Claus Tscherning und Thomas Seltmann jeweils über die Frage, warum bzw. ob überall das Geld fehle, Sue Dürr über Zukunftsfähigkeit als ein Win-Win-Spiel, Christian Czesla über Wege zu kooperativem Wirtschaften in der Praxis, Reinhard Wollnik über Welthandel am Beispiel Kaffee, Paul Benkhofer und Jean-Marc Decressonnière über den alternativen Bankansatz der GLS-Bank, Markus Riek über die Suche nach einer anderen Sozialpolitik.

Abendveranstaltungen und Medienecho

Während die Workshops im Forum 3 stattfanden, traf man sich zu den gutbesuchten Abendveranstaltungen im DGB-Haus, wobei ein „World-Cafe“ am Eröffnungabend ganz bewusst vor allem als Begegnungsmöglichkeit der TeilnehmerInnen untereinander angelegt war. Der Bundestagsabgeordnete und Träger des alternativen Nobelpreises Herrmann Scheer legte am Donnerstagabend überzeugend da, dass das drängende Problem einer Energiewende nicht eine Frage unter anderen sei, sondern bei allen sonstigen Themen mitbedacht werden müsse. Maude Barlow, Mitglied des International Forum on Globalization und eine der profiliertesten Vertreterinnen der globalen Zivilgesellschaft sprach am Freitag mit ihrem Beitrag über Alternativen zur jetzigen Globalisierung und über die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft die Herzen der Zuhörer an. Der Musiker und Kabarettist Winfried Zimmermann und andere Künstler rissen die Anwesenden immer wieder durch ihre Beiträge mit.

Wenig zufriedenstellend war das Medien- und Presseecho, mit nur zwei Ausnahmen: Radio Z Nürn-

berg, das ein Interview im Vorfeld brachte und die Stuttgarter Zeitung, die sich nach einem Leserprotest doch noch kurzfristig entschieden hatte, eine Berichterstatte- rin zu schicken, die dann exemplarisch über einen Workshop zum fairen Handel schrieb. Um so wichtiger ist es, dass für den November eine weitere Konferenz geplant ist, die sich mit Alternativen im Medienwesen beschäftigen und Medienschaffende miteinander und mit der übrigen Zivilgesellschaft vernetzen helfen soll.

Ausblick

Ziel der Konferenz war es gewesen, die weltweite, zivilgesellschaftliche Arbeit an Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung und den vorhandenen Reichtum an Ideen, Konzepten, konkreten Umsetzungen und Beispielen bekannter zu machen, Beiträge und Arbeitsprozesse zur Weiterentwicklung von Konzepten alternativer Wirtschaft, politische Gegenmodelle zum herrschenden System und konkrete Handlungsperspektiven zu erarbeiten und anzuregen sowie regionale Aspekte alter-

nativer Wirtschaft zu diskutieren. Das ist weitgehend gelungen. Die Absicht der Veranstalter, einen offenen Arbeitsprozess und einen Raum anzubieten, in dem vielfältige Ansätze und Herangehensweisen dargestellt und vernetzt werden können, ist umgesetzt worden. Das bietet zugleich Chancen für eine Weiterführung des Prozesses in der Zukunft.

Das ist von großer Bedeutung für die weitere lokale, regionale und globale Entwicklung. Denn es wird immer weniger genügen, besorgniserregenden globalen Entwicklungen und ihren lokalen Auswirkungen Widerstand entgegenzusetzen, so absolut notwendig dieser auch ist. Die durch erfolgreichen Widerstand gewonnene Zeit wird jedoch nur dann wirklich genutzt werden können, wenn Alternativen für eine andere Welt konzeptionell und praktisch angeboten und immer mehr realisiert werden können.

Einige Berichte und Materialien der Konferenz sind zu finden unter der Internetadresse www.uwkw.de, die dortige Sammlung soll noch ergänzt werden.

Ankündigungen / Initiativen

ÜBERREGIONALE DEMONSTRATION AM 2. OKTOBER IN BERLIN

In einer von Attac Deutschland verbreiteten Erklärung heißt es: „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV - Wir haben Alternativen“: Unter diesem Slogan wird am Samstag, 2. Oktober in Berlin eine große Demonstration gegen Hartz IV und Sozialabbau stattfinden. Das hat eine Aktionskonferenz in Leipzig beschlossen, an der rund 200 Vertreterinnen und Vertreter von Montagsdemonstrationen, Sozialforen und lokalen Gewerkschaftsgliederungen aus über 50 Städten teilnahmen. Ebenso wie die Montagsdemonstrationen, an denen sich auch in dieser Woche wieder an die 100.000 Menschen in 240 Städten beteiligt haben, soll die überregionale Demonstration deutlich machen, dass die Menschen die unsoziale Politik von Bundesregierung und CDU-FDP-Mehrheit im Bundesrat nicht hinnehmen.

Breiten Raum nahm bei dem Treffen auch die Diskussion von Alternativen ein. „Es ist pure Demagogie, wenn die Bundesregierung behauptet, wir hätten keine Alternativen“, sagte Pedram Shahyar vom Attac-Koordinierungskreis. „Unsere Alternativen liegen auf dem Tisch: eine Steuerpolitik, die das Geld dort holt, wo es in Massen vorhanden ist, nämlich bei den transnationalen Unternehmen und den Reichen, eine Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, Arbeitszeitverkürzung, Investitionen in Umwelt, Gesundheit, Bildung und Kultur.“

Aktuelle Informationen stets auf der Webseite <http://www.attac.de/genug-fuer-alle>

EU-VERFASSUNGS-AGENDA 2009

Dokumentation

Wir haben in der letzten Nummer des Rundbriefs über den Aufruf „für einen Volksentscheid über die Verfassung der EU“ berichtet, der darauf abzielt, doch noch einen Verfassungsprozess von unten in Europa in Gang zu bringen. In Achberg findet traditionell eine „Sommer- tagung“ statt, in der in diesem Jahr eines der Ergebnisse in der Überarbeitung des Textes bestand, der im letzten Rundbrief veröffentlicht war. Er hat jetzt die Form eines Memorandums bekommen und ist mit weiteren begleitenden Texten versehen worden, in denen zur Unterstützung aufgerufen wird. „Wie können wir an der Gestaltung unserer sozialen Zukunft im vereinigten Europa maßgebend mitarbeiten? Ein Memorandum aus der Zivilgesellschaft. Einladung zur Mitarbeit und Unterstützung der Initiative, eine zeitgemäße Verfassung für die Europäische Union zu entwickeln und durch deren Bürgerschaft zu beschließen. EU 21. Verfassungs-Agenda 2009“, so lautet die Überschrift.

In Vorbemerkungen zu dem Memorandum heißt es: „Wir erleben in diesen Monaten - eher nur am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit registriert -, wie durch den Beschluss über eine Verfassung die Lebensverhältnisse von über 450 Millionen Menschen der EU auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden. Es dürfte aber nur verhältnismäßig wenige unter ihnen geben, die über- und durchschauen, was das in den kommenden Jahren und Jahrzehnten für die europäische Gemeinschaft und jeden ihr Zugehörigen bedeuten wird.“

Die Bürgerschaft der EU war vom bisherigen Konstitutionsprozess ausgeschlossen. Nachdem man einem aus den parlamentarischen Institutionen der Union gebildeten ‚Konvent‘ die Aufgabe übertragen hatte, einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, war viel davon die Rede, auch Initiativen aus der Zivilgesellschaft könnten sich mit Eingaben an dem Prozess beteiligen. Für Vorschläge (mit Begründungen) wurde im Internet auch eine Plattform eingerichtet. Doch ist nicht bekannt geworden, ob und welche Eingaben Berücksichtigung fanden. Einen wirklichen Dialog zwischen Konvent und Zivilgesellschaft gab es jedenfalls nicht. Solche Erfahrungen tragen mit dazu bei, dass sich bislang nur verhältnismäßig wenige Menschen für Europa und die Gestaltung seiner Zukunft interessieren, dass die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen schwindet und letztlich die Idee der Demokratie an Überzeugungskraft verliert.

Gegen diese Tendenzen möchte die Initiative ein Zeichen setzen. Sie erwartet dafür auch Interesse und Unterstützung bei den Institutionen der EU und ihren Mitgliedsländern. Sie geht von der Erkenntnis aus, dass es in der EU nach ihrem weitgehend abgeschlossenen Integrationsprozess in der Tat der Ablösung ihrer bisherigen Vertragsgrundlagen durch eine einheitliche Konstitution bedarf; aber an der Gestaltung dieser Aufgabe muss auch die Bürgerschaft selbst initiativ teilnehmen können. Das demokratische Prinzip der Volkssouveränität verlangt hier die komplementäre Aktion: Neben dem Parlamentarismus muss auch die Kraft der Zivilgesellschaft selbstorganisiert ihre Vorstellungen in den Prozess der Urteilsbildung und Entscheidung einbringen können.

Ein ‚Memorandum‘ will den Weg zeigen. Um das zu ermöglichen, hat die IG EuroVision, eine seit 1999 in mehreren Mitgliedsländern der EU für neue soziale Ideen und demokratische Projekte tätige Organisation der Zivilgesellschaft, ein Projekt gestartet. In diesem „Memorandum“ und weiteren Publikationen stellt sie dar, warum und wie sie dieses Ziel schrittweise bis 2009 erreichen will. Dies wird freilich um so eher gelingen, als möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union sich aktiv an dem Projekt beteiligen.

Alle, die daran interessiert sind, laden wir herzlich zur Mitwirkung und Unterstützung ein.“

Bauprojekt

In einem Teil IV. des Memorandums geht es um „Das Symbol. Ein Bau als Repräsentant der neuen Vision“: „Wir wollen parallel zum Projekt „EU-Verfassungs-Agenda 2009“, besser: als integralen Teil desselben, einen solchen Bauimpuls initiieren, durch welchen die objektiv aus der geschichtlichen Entwicklung hervortretende Vision einer zeitgemäßen Konstitution für die Europäische Union eine ihr entsprechende, sie repräsentierende architektonische Erscheinungsform bekäme - als sinnlich erfahrbares Realsymbol ihrer geistigen Grundstruktur (Idee).“

Mehr hierzu kann man unter den unten angegebenen Post- und Internet-Adresse finden.

Information zur Initiative „EU-VerfassungsAgenda 2009“ und Einladung zur Mitarbeit an einem zu bildenden BÜRGERKONVENT für eine EU-Verfassung auf der Höhe der Zeit

Ergebnis einer Tagung - 5. September 2004 - An alle in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten tätigen Menschen in Europa!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir möchten über ein Ergebnis einer Tagung informieren, die vom 25. bis 29. 8. 04 im Internationalen Kulturzentrum Achberg (bei Lindau am Bodensee) stattfand und an der europa-engagierte Menschen aus mehreren Mitgliedsländern der EU teilgenommen haben.

I.

Die bisher in Deutschland, Österreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Norwegen tätige IG EuroVision - die „Initiativ-Gesellschaft zur Förderung der europäischen Integration durch neue Ideen und demokratische Projekte“ - hatte für die Tagung den Entwurf eines „Memorandums“ vorbereitet. Sie begründet darin das *Projekt für eine neue Verfassungsperspektive der EU* mit dem Ziel, zusammen mit der nächsten Wahl zum europäischen Parlament 2009 über eine aus der Zivilgesellschaft zu entwickelnde Alternative zu dem jetzt aus dem EU-Parlamentarismus hervorgegangenen Verfassungsentwurf des unter dem Vorsitz des Ex-Präsidenten Frankreichs, *Giscard d'Estaing*, arbeitenden „Konvents“ plebiszitär zu beschließen.

Auch wenn dieser an traditionellen westeuropäischen Konstitutionsvorstellungen orientierte Entwurf außer durch die nationalen Volksvertretungen zusätzlich plebiszitär verabschiedet werden sollte, kann er allenfalls ein *Dokument des Übergangs* - von den historischen Verträgen der EU hin zu einer *zeitgemäßen Konstitution* für das 21. Jahrhundert - sein. Auch er ist - nicht anders als das zuvor schon vom *Herzog-Konvent* für eine „Charta der Grundrechte“ vorgelegte Arbeitsergebnis - unter Zeitdruck über die Köpfe der Europäerinnen und Europäer hinweg und an den Initiativen der Zivilgesellschaft vorbei zustande gekommen. Er ist anachronistisch - noch ehe er in Kraft gesetzt ist.

II.

Die Beratungen über die Vorschläge der IG-EuroVision haben zu dem Beschluss der Konferenz geführt, eine *Kampagne für eine aus der Mitte der Rechtsgemeinschaft der Europäischen Union zu erarbeitende Alternative einzuleiten*.

Diese hat zum Ziel, nach ausführlicher Aufklärung und Diskussion den Bürgerinnen und Bürgern der EU zum Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert und gleichzeitig mit der Wahl zum europäischen Parlament 2009 den Entwurf einer zeitgemäßen Verfassung zur Entscheidung vorzulegen.

In einem „Memorandum“ werden *drei Schritte* beschrieben, welche zu diesem Ziel führen sollen:

Die verschiedenen Instanzen der Europäischen Union (Rat, Präsidentschaft, Kommission, Konvent und Parlament) werden aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass bei den bevorstehenden Plebisziten über den Konvents-Entwurf auch über die *Grundlinien einer Alternative*, wie sie im „Memorandum“ (unter III.) skizziert ist, abgestimmt werden kann;

2. noch in diesem Jahr einen Etat einzurichten, welcher es den an dem Projekt sich beteiligenden Initiativen ermöglicht, einen „BürgerKonvent“ zu bilden, der auf der Basis der im „Memorandum“ beschriebenen „Grundlinien“ bis 2008 für den plebiszitären Entscheid 2009 eine zeitgemäße Verfassung zu erarbeiten hat. Die Höhe des Etats soll sich nach dem richten, was dem „Konvent“ für seine Arbeit zur Verfügung stand.

3. Das Arbeitsergebnis des BürgerKonvents soll ab Mai 2008 ein Jahr lang EU-weit öffentlich diskutiert werden. Der BürgerKonvent kann seinen Entwurf in dieser Phase im Rahmen der „Grundlinien“ noch ändern, d. h. Anregungen aus der Diskussion aufnehmen. Ab Februar 2009 soll dann der zur Abstimmung kommende Entwurf vorliegen.

III.

An welchen Intentionen und Erkenntnissen orientieren sich die „Grundlinien“ der Alternative?

1. Das Europa des 21. Jahrhunderts soll seine *gesellschaftliche Werteordnung* auf denjenigen Idealen gründen, die in Europa seit dem Beginn der demokratischen Epoche mit der Devise „*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*“ allgemeine Anerkennung gefunden haben, aber noch längst nicht im Alltag des sozialen Lebens verwirklicht worden sind (z. B. hat auch der deutsche Bundespräsident *Horst Köhler* nach seiner Wahl - wie andere vor ihm - wieder einmal nur von der „*Kraft der Freiheit*“ gesprochen, während es hierzulande wie überall in Europa - bei keineswegs schon recht verstandener Freiheit! - gewiss noch immer mehr an den Richtkräften der demokratischen Gleichheit, sozialen Gerechtigkeit und Brüderlichkeit mangelt).

2. Noch weniger als der moderne Nationalstaat kann und darf sich die EU als Gemeinwesen eines neuen Typs in zentralistischen Machtstrukturen entfalten. Die Erkenntnis ist längst überfällig, dass wir eine *dezentrale Struktur* schaffen müssen, die aufnimmt und konsequent weiterführt, was die *innere emanzipatorische Tendenz der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung Europas in den Jahrhunderten der Neuzeit* ist. Demgemäß müssten die *entsprechenden Organe des Systemganzen* der Europäischen Union deren

- *politisch-rechtliches Subsystem* mit seinem *demokratischen Charakter* (Volksgesetzgebung, Parlament, Exekutive und Rechtsprechung auf der Gemeinschaftsebene), deren

- *ökonomisches Subsystem* mit seinen vertikal und horizontal *assoziativ-verflochtenen Arbeitsstätten* (Wirtschafts- und Sozialrat), deren

- *monetäres Subsystem* mit seiner Verantwortung für die Währungsstabilität und die Finanzierungen eines bedarfsorientiert handelnden Arbeitsfeldes, eines gerecht

ausgleichenden Sozialwesens und dementsprechender Besteuerungen für die Erfordernisse der öffentlichen Aufgaben (EZB und Zentralbanken der Länder mit allen angeschlossenen Bankinstituten) und deren

- *geistig-kulturelles Subsystem* als den freien sozialen Ort der Pflege der individuellen Fähigkeiten der Menschen in Erziehung und Bildung, Wissenschaft, Kunst, Religion und in den Medien (Kulturrat) verfassungsrechtlich auf der Basis ihrer systemischen Selbstverwaltung dergestalt vernetzen, dass sie ihre jeweiligen Aufgaben im Ganzen der EU und weltweit möglichst optimal realisieren können.

3. Entsprechend diesem Bild würde es dann in der EU eine *vierfache Mitgliedschaft* geben können, aber auch nur die einfache, zweifache und dreifache wäre möglich. Weiteres zu diesen „Grundlinien“ ist im „Memorandum“ beschrieben.

Bitte besprecht das Projekt in eurem Umfeld und teilt uns mit, wie ihr darüber denkt. Ob das Ziel erreicht werden kann, wird wesentlich davon abhängen, wie viel Zustimmung und Mitarbeit es aus der Zivilgesellschaft dafür geben wird. Um die Zustimmungen zu organisieren, haben wir im Netz unter der Adresse www.willensbekundung.net (Projekt EU21) eine Sammelstelle eingerichtet. Auch das „Memorandum“ steht im Netz zur Verfügung. Für Nachfragen bzw. Ankündigung von Mitarbeit: KontaktProjekte@IG-EuroVision.net.

Wir freuen uns über eure Antwort und verbleiben mit besten Grüßen! Peter Frank, Alfred Groff, Wilfried Heidt, Ines Kanka, Martin Koch-Löbner, Gerhard Meister, Sabine Münzebrock, Herbert Schlicka, Gerhard Schuster, Tassilo Seidl-Zellbrugg, Franck Torrin, Stefan Vey, Hermann Willanzheimer, Josef Zeisel // IG-EuroVision / Projekt EU-VerfassungsAgenda 2009

Internet: www.willensbekundung.net. Material, z.B. Unterschriftenlisten, auch über: IG EuroVision, Panoramastr. 30, D-88147 Achberg, Tel. +49 (0) 8380 335 oder 98228, Fax 675, Bankverbindung für das Projekt „EU-VerfassungsAgenda 2009“: IG EuroVision e.V., Volksbank Allgäu-West BLZ 65092010 Konto Nr. 2929007 BIC: GENODES1WAN - IBAN: DE48 6509 2010 0002 9290 07, E-Mail: Projekte@IG-EuroVision.net.

GLS AKADEMIE STARTET

Die GLS Gemeinschaftsbank und die Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. erweitern Ihre Angebote auf das Feld der Fortbildung und gründen eine GLS-Akademie. Von Oktober bis Dezember dieses Jahres findet 14 Seminare statt, eine Reihe davon an mehreren Orten. In der Ankündigung heißt es: „Wie unsere ganze Bankarbeit soll Ihnen die GLS Akademie helfen, ideale Ziele und praktisches Handeln erfolgreich miteinander zu verbinden.“

Zu den ReferentInnen gehören u.a. Sandra Müller, Ingo Krampen, Renate Hasselberg, Stephan Rothhaus, Walter Hiller, Harald Jäckel und Christian Czesla.

Die Themen: Zeitgemäße Rechtsstrukturen für gemeinnützige Einrichtungen // Grundzüge des steuerlichen

Gemeinnützigkeitsrechts // Rechnungslegung im gemeinnützigen Verein // Wie gründe ich eine Stiftung? // Grundzüge der doppelten Buchführung // Konflikte - Wege zu existenziellen Begegnungen // Grundlagen und Bausteine der Projektfinanzierung // Gesundheitsmodernisierungsgesetz, SGB XII, SGB II // Auf zu neuen Ufern! - Organisationsentwicklung als Ansatz der strategieorientierten Veränderung // Organisation, Führung und Verantwortung an Waldorfschulen: Ansätze zur Modernisierung der Selbstverwaltung und Anleitung zur Selbstevaluation // Photovoltaik - Finanzierung, Beschaffung, Betrieb und Rechtsfragen // Alternative Energiekonzepte für gemeinnützige Einrichtungen // Public Relations für Non-Profit-Unternehmen - Kommunikation als Erfolgsfaktor // Mittelbeschaffung in schwierigen Zeiten - Bausteine von Non-Profit-Unternehmen // Arbeitsrecht in gemeinnützigen Einrichtungen // Wilhelm Ernst Barkhoffs Impulse.

Die Gebühr für ein Tagesseminar beträgt 230 EUR, ermäßigt 200 EUR für Mitglieder der GLS-Gemeinschaftsbank eG und Mitgliedseinrichtungen der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. in Bochum.

Nähere Informationen und Anmeldung: GLS Akademie, Uschi Vortisch, Oskar-Hoffmann-Str. 25, Tel.: (0234) 5797-126, Fax: (0234) 5797-188, akademie@gls.de, Internet: <http://www.gemeinschaftsbank.de/gls-akademie.html>

DURCHBLICK - MEDIEN IN BEWEGUNG(EN)

Konferenz für alternative Medien, Freitag, 19. bis Sonntag, 21. November 2004, Stuttgart, Forum 3, Gymnasiumstraße 21

Die Entwicklung einer lokal und global sich vernetzenden und aktiv an einer menschenwürdigeren Welt arbeitenden Zivilgesellschaft erfordert wesentliche Veränderungen in der Informationskultur: Wichtige Vorgänge, Entwicklungen und vor allem deren Hintergründe werden nur von einer sehr kleinen Minderheit wahrgenommen. Der Kontext, in dem Informationen in die Öffentlichkeit eingespeist werden und die nicht ausgesprochenen Paradigmen hinter den veröffentlichten Diskursen, erzeugen eine Verengung des Blickwinkels. In diesen verzerrten Darstellungen scheinen Vorgänge mit naturgesetzmäßiger Gewalt über die Menschen hereinzubrechen und dem Einzelnen bleibt nur das Erdulden von Ereignissen und Veränderungen, in denen es subjektiv keine Mitgestaltungsmöglichkeit gibt. Der geistigen Monokultur der Öffentlichkeit entspricht eine Kultur der Hoffnungslosigkeit bei den einzelnen Menschen.

Daneben gibt es aber vielfältige Entwicklungen einer anderen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Entwicklung einer globalen Zivilgesellschaft und neuer technischer Möglichkeiten entwickelt sich auch eine neue Kultur des Informationsaustauschs und der Eigen-Aktivität in der Informationsbeschaffung.

Mit der Medienkonferenz verfolgen wir folgende Ziele und Inhalte:

- öffentliche Auseinandersetzung über die Problematik der Medien und der herrschenden Informationskultur,
- Austausch zwischen ZivilgesellschaftsaktivistInnen und Medienschaffenden über Möglichkeiten einer alternativen Informationskultur,
- Vernetzung von AktivistInnen und Medienschaffenden und Besprechung möglicher gemeinsamer Projekte.

Ihre Teilnahme haben bisher zugesagt: Sihem Bensedrine (Tunesische Journalistin und Schriftstellerin, Herausgeberin der unabhängigen internet Zeitschrift „Kalima“ - auf deutsch „Das Wort“), Renate Börger (Radio Lora, München), vom Freien Radio für Stuttgart u.a. Sabine Gaertling und Janka Kluge, Sarah von Gelder (Yes Magazine, USA), Harald Schumann (Journalist), Christoph Strawe (Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Stuttgart) Bertram Verhaag (DENKmal, u.a. Film „Das Leben ausser Kontrolle“, München)

Beteiligt an der Vorbereitung: Attac Stuttgart, DEAB, Forum3, Freies Radio für Stuttgart, Initiative Colibri, Ver.di Bezirk Stuttgart

Information und Anmeldung bei: Carol Bergin, Nauklerstr. 13, 72074 Tübingen, Tel 07071 - 52517, Fax 255609, Internet: www.uwkw.de

VERANSTALTUNGEN IN DRESDEN, COTTBUS, LEIPZIG UND BERLIN

Schule & Arbeitswelt: Sa. 2. Oktober 2004, 14.30 - 18.30 Uhr. Arbeitsgruppen / Podiumsdiskussion u.a. mit: Mathias Riepe (Projektmanager, Universität Witten Herdecke, Studium fundamentale), Manfred Kannenberg Rentschler (Volks- und Betriebswirt, Buchhändler, Berlin), Sylvain Coiplet (Institut für soziale Dreigliederung, Berlin), Dr. Martina Münch (Vorsitzende SPD-Fraktion, Cottbus), Michael Wonneberger (CDU-Fraktion, Cottbus), Hans Georg Heise (Ausbildungsleiter, Vattenfall, Cottbus). Freies Bildungsforum Cottbus, Ort: Freie Waldorfschule Cottbus, Leipzigerstr. 14, 03048 Cottbus

Erkenntnistheorie und soziale Frage: Mi. 6. Oktober 2004, 20.00. Der Philosoph Paul Asmus - ein Wegbereiter der Anthroposophie. Vortrag von Thomas Brunner. Ort: Carl Gustav Carus Zweig, August-Bebel-Str. 12, Leipzig

Die soziale Frage im Zeitalter der Globalisierung: Mi. 13. - Fr. 15. Oktober, jeweils 17.00 - 22.00. Arbeits- und Begegnungstagung u.a. mit Peter Tradowsky (Berlin), Wilfrid Jaensch (Berlin), Michael Wilhelmi (Berlin), Bernhard Steiner (Eberdingen), Martin Kollwijn (Berlin), Manfred Kannenberg (Berlin), Sylvain Coiplet (Berlin), Kurt Wilhelmi (Berlin), Thomas Brunner (Cottbus). Ort: Rudolf Steiner Haus Berlin, Bernadottestr. 90 - 92

Anthroposophie und soziale Frage: Fr. 19. Oktober, 20.00 - So. 21. Oktober, 13.00. Öf-

fentliche Arbeitstagung u.a. mit Claus Dittmer, Thomas Keil, Sascha Scholz, Thomas Brunner. Ort: Anthroposophische Gesellschaft Dresden, Angelikastraße 4, Auskunft: 035936-37786

Weitere Auskunft: Thomas Brunner, Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, Tel./Fax 0355 - 4887480, votiv@web.de

TAGUNGEN FÜR MITGLIEDER UND INTERESSENTEN DER SEKTION FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN AM GOETHEANUM

9. - 10. Oktober 2004: Kolloquium zur Bedeutung des Männlichen und des Weiblichen

29. - 31. Oktober 2004: Putzfachtagung, Tagung zum Thema Putzen; von unterschiedlichen Aspekten her beleuchtet, mit Fachpersonen und Ausstellungen; für alle, die privat oder beruflich putzen, oder vom Putzen betroffen sind.

19. - 21. November 2004: Sektionsplenium für Hochschulmitglieder (Sektionsmitglieder)

14. - 16. Januar 2005: Tagung zur dynamischen Urteilsbildung, mit Lex Bos

28. - 30. Januar 2005: Hochschulkolloquium, vorbereitet durch die Familienkultur: für alle interessierten Hochschulmitglieder

11. - 13. März 2005: Öffentliche Sektionstagung im Frühjahr

22. - 24. April 2004: Konflikttagung

3. - 5. Juni 2005: Familienkulturtagung

Sektion für Sozialwissenschaften, Ulrich Rösch, Postfach, CH-4143 Dornach 1, Sektion für Sozialwissenschaften, Tel. +41 (0)161 706 43 26, Fax +41 (0) 61 706 43 50. E-Mail: sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch

SIND WIR ZUKUNFTSFÄHIG?

Veranstaltungen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Roland Geitmann

Die Fachhochschule Kehl lädt in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Hanauerland Kehl zu 17 öffentlichen Vorträgen mittwochs um 18.00 - 19.30 Uhr in der Aula.

Die nunmehr ins siebte Jahr gehende Veranstaltungsreihe möchte den Blick auf Bedingungen „nachhaltiger Entwicklung“ schärfen und konzentriert sich auf drei Aufgabefelder sozialer Gestaltung.

I. Geld: 22.09.04: Heiko Kastner, Meppen: Die irrationale Herrschaft des Geldes über Arbeit, Mensch und Natur // 29.09.04: Prof. Dr. habil. Dirk Löhr, Mannheim: Damit Geld dient und nicht regiert // 06.10.04: Dr. Hugo Godschalk, Frankfurt: Welche Chancen eröffnen Regionalwährungen? // 13.10.04:

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Prof. Dr. R. Geitmann, Kehl: Vortrag und Streitgespräch: Öffentliche Verschuldung - verantwortlich, vermeidbar, systembedingt? // 20.10.04: BM Gerhard Dietz, Rheinstetten: Bürgerhaushalt - Beteiligung der Bürger/innen an Finanzfragen // 27.10.04: BM Gerhard Kiechle, Eichstetten: Bürgerschaftliches Engagement - am Beispiel der Gemeinde Eichstetten // 10.11.04: Lothar Baumelt, Moringen: Leihgemeinschaften - ohne Moos nix los

II. Umwelt: Sechs Vortragsveranstaltungen am 17. und 24. Nov., 1. und 8. Dez. 2004 sowie am 12. und 19. Jan. 2005 zu Umweltthemen, vorbereitet durch die Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg.

III. Europa: Vier Vorträge am 2., 9., 16. und 23. März 2005, vorbereitet durch Prof. Dr. Franz Thedieck.

Weiter Infos bei Bedarf über Roland Geitmann, geitmann@fh-kehl.de

UMDENKEN - UMLERNEN

Ökonomische Globalisierung und die Frage nach den Alternativen

Arbeitsseminar mit Vandana Shiva, John Cavanagh, Jerry Mander, Christoph Strawe und Harald Spehl, Freitag, 3. bis Sonntag, 5. Dezember 2004, Forum 3 Stuttgart

Eine andere Welt ist möglich - Ein Buch mit diesem Titel ist das Resultat dreijähriger gedanklicher Arbeit von Experten des International Forum on Globalization - darunter Vandana Shiva, Martin Khor, Maude Barlow, Lori Wallach u.v.a. (deutsch im Riemann-Verlag). Ihre gemeinsame Aussage lautet: Die rein ökonomisch orientierte Globalisierung ist ein Irrweg. Aber sie ist kein Schicksal. Die formulierten Ideen zeigen konkrete Alternativen auf und sollen an diesem Arbeitswochenende auch mit Ansätzen der sozialen Dreigliederung in einen konstruktiven Dialog treten.

Auftaktveranstaltung am Freitag, 19.30 h (Ort wird noch bekanntgegeben). Seminar, Samstag, 4. und Sonntag, 5. Dezember, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D-70173 Stuttgart. Beginn Samstag, 09.30 Uhr, Ende Sonntag 13.00 Uhr.

Bei dem Seminar werden Themen eine Rolle spielen wie: Eigentum, öffentlicher Sektor, und kooperative Wirtschaft // Ausrichtung vom Globalen zum Lokalen, Regionale Selbstverwaltung und Globalisierung // Internationales Handels- und Finanzsystem // Alternativen auf einzelnen Gebieten wie Landwirtschaft und Sozialsysteme // Handlungsrichtungen und Perspektiven // Referate, Arbeitsgruppen, Plenumsgespräche. Die Veranstaltung wird inhaltlich getragen von: Forum 3 Stuttgart // Initiative Colibri // Initiative Netzwerk Dreigliederung

Seminarsprache: Englisch/Deutsch mit Übersetzung
Kosten: 90,- / erm. 55,- / SchülerInnen 25,-. Anmeldung über Forum 3, Adr. s.o., Tel. +49 (0) 711-290372, Fax 291178, www.forum3.de.

Literaturhinweise

DIETRICH SPITTA: DIE STAATSIDEE WILHELM VON HUMBOLDTS

(cs) In der Reihe Schriften zur Rechtsgeschichte des Duncker & Humblot Verlages Berlin erscheint jetzt ein Buch mit diesem Titel. Es wurde von dem bekannten anthroposophischen Juristen Dietrich Spitta verfasst. Die Bedeutung dieser Veröffentlichung liegt nicht zuletzt darin, dass Humboldts „Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ in vieler Hinsicht fruchtbar ist für eine dreigliedrige Betrachtung des sozialen Organismus.

Das 330 Seiten starke Werk, auf das wir sicher im Dreigliederungs-Rundbrief noch zurückkommen werden, ist bis 30. November 2004 zum Subskriptionspreis von EUR 68,- erhältlich. Der Ladenpreis wird ab 1. Dezember dann EUR 79,80 betragen. Bestellungen können an jede Buchhandlung oder an den Verlag gerichtet werden (Internet: www.duncker-humblot.de). ISBN-Nummer: 3-428-11457-4.

MICHAEL OPIELKA: GEMEINSCHAFT IN GESELLSCHAFT. SOZIOLOGIE NACH HEGEL UND PARSONS

(cs) Das Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft ist ein zentrales Thema der Soziologie. Opielka versucht es im Rahmen einer Theorie der sozialen Viergliederung anzugehen, wobei er sich auf Talcott Parsons und auf die Gesellschaftskonzeption Hegels beruft. In der Auseinandersetzung mit Habermas und Luhmann, mit dem „Viergliederer“ Johannes Heinrichs und den zeitgenössischen Ideen des Kommunitarismus entwickelt er einen soziologischen Entwurf, der grundlegende Deutungen der modernen Gesellschaft erlauben soll.

Aus dem Inhalt: Der soziologische Gemeinschaftsdiskurs - Theorie der Viergliederung - Gemeinschaft nach Parsons - Kommunikation als Gemeinschaft - Sinn ohne Gemeinschaft - Der Wert der Gemeinschaft - Gemeinschaft heute - Gemeinschaft als Chance

Zwei Bewertungen des Werks, die Gewicht haben: „Michael Opielka schlägt in diesem Buch ein neues Kapitel in der Debatte über Gemeinschaft und Gesellschaft auf: Die Dichotomie wird aufgelöst und Gemeinschaft als Subsystem zu Gesellschaft begriffen. Diese Idee ist originell. Der Autor verfolgt sie mit großer Klarheit in ihren sozialphilosophischen Voraussetzungen und empirischen Konsequenzen.“ So Prof. Ulrich Beck, Universität München. „Opielka will mit seiner gelehrten Studie den Begriff der Gemeinschaft für die Analyse moderner Gesellschaften reaktualisieren. Im Laufe seiner kreativen Auswertung durchaus heterogener Denktraditionen gelingt es ihm, auch Anschlüsse an aktuelle ordnungs- und sozialpolitische Debatten zu knüpfen.“ So Prof. Claus Offe, Humboldt Universität Berlin. Die Bezeichnung „gelehrte Studie“ darf wörtlich genommen werden: Dem Leser wird einiges abverlangt, er wird aber auch für seine Mühen belohnt.

Für Leser des Dreigliederungs-Rundbriefs, die eine so schwierige Lektüre nicht scheuen, dürfte die Frage nach dem Verhältnis von Dreigliederung und Viergliederung besonders interessant sein. Opielka geht auch auf die Auseinandersetzung über den Viergliederungsansatz von Johannes Heinrichs im Rundbrief 1/2002 in einem Unterkapitel „Dreigliederung oder Viergliederung?“ (S. 207ff.) ein. Er lässt sich von C. Strawes Argumenten zwar nicht gänzlich überzeugen, macht sich aber doch Aspekte von dessen Kritik an den Auffassungen seines ehemaligen Mentors Heinrichs zu eigen. „Strawe trifft aber doch einen Nerv bei Heinrichs, wenn er ihm eine hierarchische Sozialkonzeption abliest“ (S. 210).

Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn und Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie in Königswinter. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Bücher zur Sozialpolitik, zur soziologischen Theorie und zur Kultursoziologie, auch in anthroposophischen Zeitschriften.

Michael Opielka: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. 2004. 443 S. Geb. EUR 42,90 ISBN 3-531-14225-9. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

AUFGABEN UND PERSPEKTIVEN DER DREIGLIEDERUNGSARBEIT

Arbeitstreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Sonntag, 28. November 2004, 11.00 - 18.00 Uhr, Freie Hochschule Stuttgart (Seminar für Waldorfpädagogik), Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart

Das Treffen soll dem Austausch über die Arbeit auf dem Feld der Dreigliederung des sozialen Organismus und ihre Weiterführung dienen. Eingeladen sind alle Interessierten, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen. Es geht sowohl um die Stellung des Dreigliederungsimpulses in den großen Zeitausandersetzung und die Rolle der Dreigliederungsbewegung für das Ringen der Zivilgesellschaft um eine bessere Welt als auch um die Arbeit der Initiative Netzwerk im nächsten Jahr (Etat, Rundbrief usw.). Zeitplan: 11.00 - 12.30: 1. Arbeitsabschnitt // 12.30 : Mittagspause // 14.00 - 15.30: 2. Arbeitsabschnitt // 16.45 - 18.00: 3. Arbeitsabschnitt

Anmeldung über das Netzwerkbüro: Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Seminare 2. Jahreshälfte 2004

Vertiefungsseminar, Fr, 5. - So, 7. November 2004

Rudolf Steiner Haus, Hugelstr. 67, 60433 Frankfurt/M

Die Wirkung des Doppelgängers im Sozialen

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe. Die Vorträge werden ergänzt durch Rezitationen (Ulla Herrmannstorfer u.a.)

Freitag, 5. November: 19.15: Öffnung des Tagungsburos // 20.00: Der Wanderer und sein Schatten: Wesen und Aufgaben des Doppelgängers (Christoph Strawe) // **Samstag, 6. November:** 9.30 - 11.00: Die Auseinandersetzung mit dem Doppelgänger in der Entwicklung der individuellen Sozialfahigkeit (Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprachsarbeit // 15.00 - 16.30: Doppelgangerwirksamkeiten im Zeitgeschehen und die Aufgaben der sozialen Erneuerung (C. Strawe) // 17.00 - 18.30: Gesprachsarbeit // 20.00: Wirkungen des Doppelgängers im menschlichen Zusammenleben und wie man ihnen begegnet (Udo Herrmannstorfer) // **Sonntag, 7. November:** 9.00 - 10.30: Doppelgangerwirksamkeiten in der Zusammenarbeit - Wege zur Heilung der Zusammenarbeitsverhaltnisse (U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch.

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Arbeitstagung, Fr, 12. - So, 14. November 2004

Universität Trier, Universitätsring 15, 54286 Trier, Gebäude A

Konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung

Das Ringen um eine soziale Geldordnung

Funktionale und regionale Handlungsansätze im Dialog

Mit Prof. Margrit Kennedy, Udo Herrmannstorfer, C. Strawe, Prof. Harald Spehl, Prof. Wolfgang Filc u.a.

Freitag, 12. November: 19.30: Öffnung des Tagungsburos // 20.00 - 20.15: Einführung: Vom Protest zur Sozialgestaltung: Die aktuelle Bedeutung der Geldfrage für den zivilgesellschaftlichen Dialog (Christoph Strawe) // 20.15 - 21.45: Notwendigkeit und Richtung der Neugestaltung des Geldwesens (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 13. November:** 9.00 - 10.00: Wie kann Geld allen dienen? Möglichkeiten und Grenzen regionaler Geldschöpfung (Vortrag Prof. Dr. Margrit Kennedy) // 10.00 - 10.30: Aussprache im Plenum // 11.00 - 12.00: Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien (Referat Christoph Strawe) // 12.00 - 13.00: Arbeitsgruppen // 14.30 - 16.00: Forum „Verändern statt Warten auf Veränderung“ - Praktische Ansätze für einen neuen Umgang mit der Geldfrage. Beispiele für funktionierende regionale Komplementarwahrungen; neue Ansätze im Bankwesen und in der Unternehmensfinanzierung, die regionale Ebene im Geldwesen (Prof. Dr. Margrit Kennedy, Prof. Dr. Harald Spehl - zu Regionalfonds - und andere) // 16.30 - 18.15: Fortsetzung des Forums „Verändern statt Warten auf Veränderung“ // 19.30: Die Neuordnung der Finanz- und Kapitalmärkte - eine Schlüsselfrage für die globale Entwicklung. Ein Gespräch zwischen Prof. M. Kennedy, Prof. Wolfgang Filc, U. Herrmannstorfer und Prof. H. Spehl, moderiert von C. Strawe // **Sonntag, 14. November:** 9.00 - 10.30: Gelddynamik und Sozialgestaltung - die Abhängigkeit der Geldordnung vom sozialen Verständnis und Wollen der Menschen (Einleitender Vortrag: Udo Herrmannstorfer, ergänzende Beiträge Harald Spehl und Christoph Strawe) // 11.00 - 12.30: Plenumsgesprach Abschluss.

Kostenbeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) Berufstätige EUR 60,-, Nichtberufstatige und Studierende 30,-, SchulerInnen 10,-.

Anmeldeunterlagen:

Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, D-70188 Stuttgart

Tel. + 49 (0)711 - 23 68 950, Fax 23 60 218, E-Mail Institut@sozialimpulse.de, Internet www.sozialimpulse.de